

# DER KAMPF

Jahrgang 4

1. Oktober 1910

1. Heft

## Oswald Bien: Das Oktoberdiplom

Dass die Natur fünfzigjährige Säuglinge nicht kennt, ist keineswegs ein Beweis dafür, dass auch gesellschaftliche Institutionen, die ein halbes Jahrhundert alt wurden, schon dem Kindesalter entwachsen sind. Oesterreichs Völker haben jetzt Gelegenheit, die Wahrheit dieser Erkenntnis an einem naheliegenden Beispiel zu prüfen; binnen kurzem kehrt der Tag zum fünfzigsten Male wieder, an dem die Verfassung Oesterreichs geboren wurde, und harmlose Gemüter mögen sich die Freude bereiten, die Monarchie den Staaten Westeuropas anzureihen, die auf eine mehr oder weniger lange, in stetig steigenden Bahnen sich entwickelnde konstitutionelle Periode zurückblicken können. Freilich, den tiefer Blickenden wird dieses vaterländische Jubiläum kaum mehr sein als eine formale Tatsache. Denn das halbe Jahrhundert österreichischer Verfassungsgeschichte mit seinen sprunghaften Aenderungen, seinen hilflosen Experimenten, mit seinen widerspruchsvollen und unzureichenden Versuchen, auch nur die drängendsten Aufgaben zu lösen, hat durchaus den Vergleich mit der Entwicklung der Weststaaten zu scheuen, die sich in weit höherem Mass ausgeprägter, hart auf einander prallender Gegensätze, zielbewusster moderner Parteien, einheitlicher, bedeutungsvoller Resultate, glatter, vollständiger Lösungen erfreuen können. Und ein peinliches Gefühl der Beschämung wird der nicht bemeistern können, der sich besinnt, dass keine Magna Charta, keine politische oder soziale Revolution, keine folgenschwere Wahlreform, die eine Revolution überflüssig machte, der Gegenstand des Jubiläums ist, sondern — das Oktoberdiplom.

In dem Jahrzehnt 1849 bis 1859 versuchte der Absolutismus noch einmal Oesterreich auf seine Weise zu organisieren und zu regieren. Aber er musste es anders beginnen als im Vormärz, da er es nicht wie damals mit einer Bevölkerung zu tun hatte, die in fast unglaublicher Lethargie und Willensschwäche sich die sinnlosesten Massregeln und Massregelungen einer weniger willkürlich-brutalen, als stumpfsinnig-launenhaften, bornierten und weltfremden Kamarilla und Beamtenschaft gefallen liess, sondern mit Völkern, die der Sturmwind der Revolution aus betäubendem Schlaf gerissen, vor deren Augen er die umhüllenden Nebel zerfetzt hatte, um ihnen für kurze Zeit Ausblick in von intensiverem, kraftvollerem, reicherem Leben erfüllte Fernen zu gewähren. Straffer musste so der Absolutismus seine Kräfte zusammenhalten, zielbewusster seine Mittel gebrauchen, wollte er seiner Gegner wirklich Herr werden, Dauerndes schaffen. Und er musste eine Klasse von unmittelbarer Teilnahme an der politischen Macht ausschliessen, der er vor der Revolution besonders vertraut hatte: den Adel. Denn davon abgesehen, dass die leitenden Staatsmänner von den politischen Fähigkeiten der Aristokratie keine besonders gute Meinung hatten — der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg schrieb 1849, er kenne in der ganzen Monarchie nicht zwölf Männer seines Standes, die mit Nutzen in einem Oberhause Platz finden könnten — der Adel hatte den Erwartungen des Hofes keineswegs entsprochen. Er, der sich schon in den ersten Jahrhunderten der Neuzeit als der hartnäckigste Gegner der aufstrebenden, zentralisierenden Fürstenmacht erwiesen hatte, war 1848 in Ungarn der Wortführer und Vorkämpfer der magyarischen Revolution gewesen, er stand in Galizien an der Spitze der polnischnationalen Opposition, und sogar die Aristokratie der Erblände hatte im Anfang, wenn auch zaghaft genug, die Forderungen nach Modernisierung des Staatswesens unterstützt, ihnen in den Landtagen eine Tribüne geboten, wo sie laut und deutlich formuliert werden konnten.



So standen dem Absolutismus nur die Waffen zu Gebote, die er in seiner Jugend mit Erfolg gegen den Adel gewendet hatte, mit denen er nun, da er seinen letzten grossen Kampf ausfocht, gegen alle Klassen einer weiterentwickelten Gesellschaft streiten musste: **Bureaukratie und Heer.**

Die Art ihrer Wirksamkeit wie ihr Verhältnis zueinander wurden durch die konkreten Aufgaben und Zwecke bestimmt\*. Deshalb ist es weniger als die halbe Wahrheit, wenn man glaubt, diese Periode als bürokratischen Zentralismus charakterisieren zu können; denn der Säbel des Soldaten war mächtiger als die Feder des Beamten. Die Armee hatte die Monarchie vor dem Umsturz gerettet; Windischgrätz, Jellačić und Radetzky waren die Väter des Vaterlandes. Ungarn wurde wie eine eroberte Provinz behandelt und auch in Oesterreich brauchte man vor der Anwendung des schärfsten Druckes nicht zurückzusehen. Zudem wollte man die Grossmachtstellung behaupten und erweitern, Schiedsrichter von Europa sein; und das Siebzigmillionenreich, von dem Fürst Schwarzenberg träumte und das Italien und Süddeutschland mit umfassen sollte, konnte nur durch Blut und Eisen zusammengekittet werden. Das alles machte die Armee zur wichtigsten Stütze des Absolutismus, und sie wusste ihre Stellung gut auszunützen. Der Belagerungszustand, den die Konterrevolution über Böhmen, Wien, Galizien, Ungarn, Siebenbürgen, Italien verhängt hatte, wurde erst 1853 und 1854 aufgehoben. In den meisten Provinzen des Reichs stand ein General auch an der Spitze der Zivilverwaltung. Der Kaiser befand sich gänzlich unter dem Einfluss seiner militärischen Umgebung, aus der besonders der Generaladjutant Graf Grüne hervorragte, an Macht den Ministern überlegen. So konnte die Armee mit Erfolg die wirkliche Leitung der Dinge der Bureaukratie abringen.

Diese war notwendig zentralistisch organisiert. Denn ein Verwaltungssystem, das auf die nationalen, provinziellen, örtlichen Verschiedenheiten Rücksicht nahm, hätte vielleicht den Untertanen Gelegenheit gegeben, die Administration in ihrem Sinne zu beeinflussen; hätte wahrscheinlich den Sondergeist schärfer betont und belebt, der dem Ziele, das Länderbündel zu einer Einheit zusammenschweissen, entgegenstand. Strenge Zentralisation und Gleichförmigkeit ist das Kennzeichen des nach dem Minister des Innern, dem Renegaten der Revolution, benannten Babschen Systems. Es ist natürlich, dass diese komplizierte Maschinerie unter fortwährenden Störungen und Widerständen zu leiden hatte, denen aber trotz unausgesetzter Aenderungen nicht abgeholfen werden konnte. So folgte, besonders in den ersten Jahren, in den meisten Zweigen der Verwaltung und der Justiz ein Provisorium dem andern, was natürlich die Leistungsfähigkeit der Beamenschaft erheblich beeinträchtigte. Allerdings, eine Aufgabe erfüllte sie musterhaft: die Reglementierung und nötigenfalls — es war fast immer nötig — Unterdrückung jedes geistigen Lebens. Die Zeit, die das Wort vom „beschränkten Untertanenverstand“ schuf, setzte alles daran, ihn in dieser Beschränkung zu erhalten. Dabei fand sie die Unterstützung der Polizei, die, 19.000 Köpfe stark, weniger mit der Verfolgung der Verbrecher als mit der Bewachung der „Verdächtigen“ zu tun hatte. Das Erziehungswerk wurde von der Macht vollendet, die dem Staate nahm, was des Staates war, weil dieser sich dafür an dem einzelnen Individuum schadlos halten konnte: dem katholischen Klerus. Das Resultat von Verhandlungen mit dem Vatikan, die Zusammenfassung und Erweiterung früherer Gesetze, das Konkordat vom Jahre 1855, übergab dem Klerus die Macht über Schule und Ehe, dehnte die kirchliche Gerichtsbarkeit aus, führte eine geistliche Zensur ein u. a. m. „Ein stehendes Heer von Soldaten, ein sitzendes Heer von Beamten, ein kniendes Heer von Priestern und ein schleichendes Heer von Denunzianten“\*\*, das waren die Machtmittel des Absolutismus.

Dieses System trug den Keim des Verderbens in sich. Es musste das Beispiel des napoleonischen Kaiserreiches, natürlich in verdünnter Masse, nachahmen, das die Klassen für ihre politische Rechtlosigkeit durch ökonomische Vorteile zu ent-

Vgl. zu dem Folgenden das Werk des Franzosen Eisenmann: „Le Compromis Austro-Hongrois“, die bisher einzige befriedigende Darstellung der österreichischen Geschichte 1848 bis 1867.

Für unsere Zwecke handelt es sich nicht darum, eine erschöpfende Würdigung des Absolutismus zu geben, sondern seine destruktiven Tendenzen aufzuzeigen.

\*\* Fischhof, „Oesterreich und die Bürgschaften seines Bestandes“. Wien 1869. Seite 172.



schädigen suchte. Die Grundentlastung, das Werk der Revolution, wurde zu Ende geführt; die Beruhigung des Reiches, so schädlich sie auch politisch war, kam der Volkswirtschaft zugute und die handels- und wirtschaftspolitischen Massnahmen — Aufhebung der Zwischenzolllinie zwischen Oesterreich und Ungarn, Handelsvertrag mit Preussen, Einführung der Gewerbefreiheit — stärkten die Kraft von Industrie und Handel, die wirtschaftliche und damit auch die soziale Stellung der Bourgeoisie. Das Jahrzehnt des Absolutismus ist auch von einer raschen Entfaltung des Kapitalismus erfüllt; gegen das Ende der Fünfzigerjahre war die Klasse, die die Forderung nach einer Verfassung am lautesten erheben, die sich am heftigsten gegen den geistigen Druck wehren musste, stärker als je zuvor. Und eine ähnliche Wirkung trat in nationaler Beziehung zutage. Hatte die Konterrevolution die Völker Oesterreichs noch in letzter Stunde gezwungen, Wege zur friedlichen Verständigung im Rahmen des bestehenden Staates zu suchen, so erwachte unter dem Druck des Absolutismus wieder die nationale Leidenschaft, sie fand in den notgedrungen germanisatorischen Tendenzen der bürokratischen Zentralisation den Feind, der nur mit dem System selbst beseitigt werden konnte.

So zog der Absolutismus seine eigenen Totengräber gross; beschleunigt wurde sein Untergang durch die innere Zersetzung, der er unrettbar preisgegeben war. Seine leitende Idee lag auf dem Gebiete der auswärtigen Politik: als Vormacht des Katholizismus — „das Konkordat ist die österreichische Konstitution und mehr wert als eine solche“, jubelten die offiziellen Blätter — sollte die Monarchie die Geschicke Europas lenken. Aber dies Ziel stand im krassen Missverhältnis zu den vorhandenen Fähigkeiten und Mitteln. Der Krimkrieg offenbarte die schwankende Politik einer Regierung, die aus hochmütiger Begehrlichkeit es so lange aufschob, sich endgültig für Russland oder die Westmächte zu entscheiden, bis sie mit beiden Teilen verfeindet und nicht gerade glänzend isoliert war.

Noch schlimmere Wirkungen aber hatte es, dass die dauernde Arbeit an der Ausgestaltung der Armee, die scheinbar grossartige Entfaltung der militärischen Machtmittel die Finanzkraft des Staates weit übertraf\*. Schon der Etat des Ministeriums des Innern, der Justiz und der Polizei stieg in den Jahren 1850 bis 1859 auf das Doppelte, zum grossen Teil eine Folge der Zentralisation und der kostspieligen „Provisorien“ wirtschaft; aber das Heer war ein wahres Danaidenfass: es verschlang im Jahresdurchschnitt 148 Millionen Gulden. Wofür diese Summen ausgegeben wurden, das sollte das Jahr 1859 in furchtbarer Deutlichkeit lehren; bis dahin sah man mit steigender Angst das gähnende Loch, in dem die ganze Staatskraft versank, man behalf sich mit der Vermehrung der Staatsschuld um mehr als 1300 Millionen und mit der Verschleuderung von Staatsgut im Wert von über 100 Millionen; das alles, obwohl in diesem Jahrzehnt um 800 Millionen mehr Steuern erhoben wurden als im vorhergehenden\*\*. Je näher so der finanzielle Ruin heranzukommen schien, um so uneiniger wurden die Cliquen, die am Hofe um die Macht kämpften; Bach, der ehemalige „Jakobiner“, stritt mit erlahmendem Arm. Und diese Zwietracht bringt das System, das in seiner mühevollen Künstlichkeit auf einen einheitlichen, energischen Willen gestellt war, zum Stocken. Fertige Gesetze bleiben jahrelang liegen; man rührt möglichst wenig am Bestehenden aus Furcht vor einer Katastrophe. Jeder fühlte mit Schrecken oder Freude den drohenden Zusammenbruch.

Rascher als man erwartet kam der vernichtende Stoss: wie dies so oft bei volksfeindlichen, despotischen Regierungen geschieht, von aussen. Der Kampf um die Freiheit Italiens brachte auch den österreichischen Völkern die Freiheit; auf den Schlachtfeldern von Magenta und Solferino erlitt der Absolutismus seine entscheidende Niederlage. Der Krieg von 1859, „schlecht vorbereitet, leichtfertig eingeleitet und jämmerlich durchgeführt“\*\*\*, offenbarte, dass auch die kräftigste Stütze des Systems, das Heer, ganz verfault und zerfressen war. Der politische Bankerott war da, die Liquidation musste beginnen.

\* Beer, „Die Finanzen Oesterreichs im 19. Jahrhundert“. Prag 1877. Seite 289.

\*\* Springer, Protokolle des Verfassungsausschusses 1848 und 1849. 1885. Seite XXII.

\*\*\* Springer, a. a. O. Seite XXI.



Aber die Männer, die Oesterreich in diese Gefahr gestürzt hatten, wurden durch andere ersetzt, die die Lehre aus den Ereignissen nicht zu ziehen verstanden. Man empfand die Niederlage zwar als sehr unangenehm, suchte aber die ganze Affäre möglichst leicht zu nehmen, zu bagatellisieren, die Oeffentlichkeit mit einigen geringfügigen Konzessionen abzuspeisen, auf irgendwelche Weise Ordnung und Ruhe wiederherzustellen; denn noch immer waren die auswärtigen Angelegenheiten der Mittelpunkt aller politischen Erwägungen, die inneren Aufgaben standen erst in zweiter Reihe. So sind die ersten Handlungen der neuen Regierung — an ihrer Spitze stand Graf Rechberg, Minister des Innern war ein polnischer Aristokrat, Graf Goluchowski — zerfahren, planlos, widerspruchsvoll. Ihr Programm vom August 1859 versprach die Gemeindeautonomie wiederherzustellen und die ständischen Vertretungen neu zu beleben; nach einigen Monaten verbot ein Pressgesetz jede öffentliche Kritik, indem es die „Schwächung des Vertrauens zur Regierung“ unter Strafe stellte, warnte die Polizei davor, die Verfassung des Reiches in die Debatte zu ziehen. Das Programm verhiess den nicht katholischen Religionsgenossenschaften Autonomie und freie Religionsübung; der Konkordatsminister Graf Thun veröffentlichte ein Patent über die Organisation der protestantischen Kirche in Ungarn, das trotz liberaler Grundsätze eine Aufzwingung bedeutete, die man zur Zeit des Absolutismus — das Gesetz war schon seit Jahren fertig — nicht gewagt hatte: „die kolossalste Dummheit, die die Regierung seit 1848 begangen“, nannte es ein altkonservativer Magnat. Die Opposition Ungarns, die sich an diesem Patent entzündete, zwang das Ministerium zu unrühmlichem Rückzug, so dass das einzige Resultat — die Schwächung der Regierung war. Das Augustprogramm versprach eine wirksame Kontrolle sämtlicher Ausgaben; gleichzeitig wurde bekannt, dass die grosse Nationalanleihe vom Jahre 1854 um 111 Millionen gesetzwidrig überschritten worden war. Das gab dem Staatskredit den letzten Stoss und da das Budget für 1860, welches einen Fehlbetrag von 280 Millionen Gulden zeigte, auf die bittere Notwendigkeit, das verlorengegangene Vertrauen der Oeffentlichkeit wiederzugewinnen, deutlich hinwies, sah sich die Regierung gezwungen, mit grösserer Gewissenhaftigkeit den Weg zu verfassungsmässigen Einrichtungen zu betreten.

Um nichts zu überstürzen und nicht den Schein innerer Schwäche zu erwecken, knüpfte das Patent vom 5. März 1860 an den Reichsrat an, eine Einrichtung, die, zur Zeit der oktroyierten Verfassung entstanden, vom Absolutismus jedes Inhalts entkleidet worden war. Zu den 12 ständigen Reichsräten berief der Kaiser noch 48 ausserordentliche aus der Aristokratie, dem Klerus und der höchsten Beamtschaft; die Bürgerlichen, sieben an der Zahl, verschwanden daneben. Mit einer Thronrede eröffnet, die die Einheit des Reiches ziemlich stark betonte, schritt der verstärkte Reichsrat zur Beratung der ihm zugewiesenen Vorlagen, hauptsächlich des Staatsvoranschlages. Die Regierung hatte sich über ihre Absichten, über ihre Stellung zu den Verfassungsfragen, die am meisten drängten, nicht geäussert. Der Reichsrat aber, der sich auch ausführlich mit der Kritik der Vergangenheit beschäftigte, betrachtete es, seine Kompetenz überschreitend, als seine wichtigste Aufgabe, die notwendigen Reformen zu beraten und Vorschläge über die künftige Organisation des Reiches zu machen.

Es gab zwei Wege, um Oesterreich auf verfassungsmässiger Grundlage neu aufzubauen. Der Kampf zwischen Zentralismus und Föderalismus, den der Kremser Verfassungsausschuss zu schlichten unternommen und der Absolutismus unterdrückt hatte, lebte nun wieder auf. Soziale und nationale Gegensätze bergen sich hinter diesen Schlagworten. Der Adel ist von jeher Gegner des Zentralismus gewesen; nur im engeren Kreise gelingt es ihm, auf seine soziale Macht gestützt, seine politische Herrschaft unumschränkt zu behaupten. So begünstigt er, sobald er einmal gezwungen ist, neben sich die Krone und andere Klassen politisch zu dulden, jede Regierungsform, die die Selbständigkeit der Teile stärker betont: er wird in Oesterreich Anhänger des Provinzialföderalismus. Die Bourgeoisie andererseits braucht zur Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Macht ausgedehnte einheitliche Gebiete, weitgehende Gleichförmigkeit in den Bedingungen des Handels und Wandels; sie verlangt zur Befriedigung dieses Bedürfnisses nach einem mit umfangreicher Kompetenz ausgestatteten Zentralparlament. Der Gegensatz wird nun noch dadurch verstärkt, dass das



Bürgertum um 1860 noch fast ausschliesslich deutsch war; der slawische Arbeiter und Gewerbetreibende waren gleichzeitig ihr sozialer und nationaler Feind. Aus dieser Situation schafft sich vor allem der böhmische Hochadel in späteren Jahren neue Waffen, indem er mit dem Schlagwort des böhmischen Staatsrechts seine eigenen, für die tschechische Nation durchaus nicht vorteilhaften Interessen, die bei grösserer Selbständigkeit der Kronländer besser fahren würden, verfiicht und so die tschechnationalen Parteien an seine Seite zieht\*. Zu Beginn der Verfassungsära war dieser Kampf bei der geringeren politischen Reife und Erfahrung der beteiligten Klassen natürlich noch nicht in vollem Gang, doch war auch damals schon das Problem einer slawisch-föderalistischen Verfassung, die den Adel, oder einer deutsch-zentralistischen, welche die Bourgeoisie begünstigte, deutlich gestellt.

Zunächst errang die föderalistische Richtung den Sieg. Wenn es schon die Macht zu teilen galt, so vertrug sich der Hof noch immer lieber mit dem Adel, dessen reaktionäre Gesinnung erprobt war, als dass er mit der Bourgeoisie paktierte, die schon einmal eine Revolution gemacht hatte. Die Ungarn unterstützten zum Teil gleichfalls die Bestrebungen des österreichischen Adels in der nicht getäuschten Erwartung, dadurch ihre eigene Sache, die Aufrichtung der alten Verfassung, zu fördern. So konnten die Clam-Martinitz, Nostitz-Rieneck im Reichsrat, der ja grösstenteils aus Aristokraten zusammengesetzt war, ihre Theorie der „historisch-politischen Individualitäten“ ungestört vorbringen; der Siebenbürge Maager, der eine wirkliche Repräsentativverfassung verlangte, blieb isoliert und mit überwiegender Mehrheit gelangte eine Resolution zur Annahme, die, sollte „eine Beteiligung des Landes an den öffentlichen Angelegenheiten in das Leben treten, eine Anknüpfung an früher bestandene historische Institutionen“ zur Bedingung machte. Damit beschloss der verstärkte Reichsrat seine Tätigkeit. Wenn man sich die Hoffnung gemacht hatte, es würde genügen, ihn als verfassungsmässige Einrichtung beizubehalten — das Handschreiben vom 19. Juli, das die Einführung neuer Steuern, Aufnahme neuer Anlehen und anderes mehr an die Zustimmung des Reichsrats knüpfte, wies darauf hin — so täuschte man sich; die Bevölkerung trat den „Vertrauensmännern der Regierung“, wie Goluchowski die Reichsräte später nannte, mit Gleichgültigkeit und Misstrauen entgegen; man sah ein, dass die neue Verfassung festere Gestalt annehmen, grössere Garantien für eine wirkliche Anteilnahme der Völker an der politischen Macht bieten müsse.

Am 20. Oktober fertiggestellt, wurde das Diplom, das die Grundlagen der Verfassung festsetzte — ein Werk des mittlerweile zum Staatsminister ernannten Grafen Goluchowski — am 21. Oktober 1860 publiziert; es gab sich als „beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz“. Die Terminologie der Reichsratsmehrheit sich zu eigen machend, betonte es in den einleitenden Sätzen, dass „nur solche Institutionen und Rechtszustände, die dem geschichtlichen Rechtsbewusstsein, der bestehenden Verschiedenheit der Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen kräftigen Verbandes gleichmässig entsprechen“, geschaffen werden könnten. Das Gesetzgebungsrecht war zwischen Reichsrat und Landtagen geteilt und letztere in zwiefacher Weise in den Vordergrund geschoben: sie entsandten hundert Reichsräte in das Zentralparlament (der Kaiser hatte das Recht, von je drei Kandidaten einen zu wählen); die Kompetenz des Reichsrats wurde im Diplom ausdrücklich festgesetzt: die Gesetze über Geld- und Kreditwesen, Handelspolitik, Verkehrswesen, Militärpflicht, Steuern, Anlehen, Prüfung der Voranschläge wurden ihm zugewiesen. Alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung sollten die Landtage Ungarns und der österreichischen Kronländer erledigen. Die Macht des Reichsrats wurde noch dadurch eingeschränkt, dass das Diplom nur in finanziellen Fragen von seiner Zustimmung, in den übrigen Fällen von seiner Mitwirkung sprach und die Krone Mitglieder in unbeschränkter Zahl ernennen konnte.

Das Oktoberdiplom ist in jeder Beziehung eine Halbheit. Es setzt den Reichsrat überaus vorsichtig, demokratischen Grundsätzen möglichst weit aus dem Wege gehend,

\* Vergleiche dazu Otto Bauer, „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“. „Marx-Studien“, II. Band, Seite 286 ff.



zusammen, beseitigt keineswegs die Möglichkeit, auch absolutistisch zu regieren; es rückt das Verhältnis der Provinzen zum Reichsganzen nicht ins klare Licht, indem es höchst unbestimmt von Angelegenheiten spricht, die jahrelang von den österreichischen Kronländern gemeinsam behandelt wurden und deshalb, obwohl nicht in die Kompetenz des Reichsrats fallend, doch nötigenfalls unter Mitwirkung der österreichischen Reichsräte erledigt werden können; es rüttelt endlich an der so laut verkündeten Einheit des Reiches, da es Ungarn die alte historische Verfassung wiedergeben will, während es die westlichen Provinzen auf neu zu erlassende Landesordnungen verweist — also den Dualismus vorbereitet.

Die neue Verfassung fand weder in Ungarn noch in Oesterreich die von ihren Urhebern erwartete Aufnahme. Den magyarischen Konservativen, die auf der Seite der Regierung standen und an der Ausarbeitung des Diploms teilgenommen hatten, gelang es, durchzusetzen, dass noch vor Einberufung des Landtages, um das Volk zu beruhigen, das Worten misstraute und endlich Taten sehen wollte, die alte vom Absolutismus beseitigte Komitatsverfassung wieder hergestellt wurde. Hier entflammte sich der Widerstand der radikaleren Parteien; sie wehrten sich dagegen, dass man ihnen eine Verfassung oktroyierte, ihnen ihr Recht vorenthielt. „Man gab der Nation 1847 zurück, mit Verbesserungen und Korrekturen, sie forderte 1848 ohne Einschränkung\*.“ Vielleicht hätte die Krone kräftiger dagegen auftreten können, wenn sie von Oesterreich unterstützt, das Diplom wenigstens hier freundlich aufgenommen worden wäre. Aber auch diese Hoffnung schlug fehl. Die deutsche Bourgeoisie war mit der Verfassung, die ihre nationale und soziale Stellung beeinträchtigte, natürlich sehr unzufrieden, ebenso die Bureaukratie, die einen Teil ihrer Macht an den Adel hätte abgeben müssen. Diese feindselige Stimmung wurde noch verstärkt, sie erwachte auch bei den übrigen Nationen, als die Statuten für die Landtage, auf denen die Verfassung sich aufbaute, bekannt wurden. Goluchowski beging die Naivität, auf Landesordnungen zurückzugreifen, die Bach in den Fünfzigerjahren „zur Befriedigung der Schweigenden“ hatte ausarbeiten lassen. Sie brachten nichts als eine Wiederbelebung der alten ständischen Vertretungen; der Tiroler Landtag zum Beispiel sollte aus je vierzehn Abgeordneten der Prälaten, des Adels, der Bürger und Bauern bestehen. Wiederum sprachen die Landesstatuten nur von der „Mitwirkung“ der Landtage bei der Gesetzgebung, dafür wurde der rote Ständefrock wieder eingeführt. Der Minister gab dazu in aller Ruhe den Kommentar, „in den Erblanden würden gar keine tiefgreifenden Aenderungen beabsichtigt, weil die Regierung die vollgültigsten Beweise dafür in den Händen habe, dass dieselben mit dem bisherigen Regime ganz zufrieden seien“\*\*. Dieses Mass an reaktionären Absichten erregte im ganzen Reiche steigende Erbitterung: man war gezwungen, mit der Publikation der Landesstatuten innezuhalten.

Auch sonst zeigte sich die Unhaltbarkeit der vom Diplom aufgestellten Grundsätze. Man hatte sich von ihm günstige Wirkungen auf den öffentlichen Kredit versprochen — sie blieben aus; der Kurs der Staatspapiere sank, das Silberagio stieg im Winter 1860 höher als je zuvor. Die Oktoberverfassung stand in direktem Widerspruch zu den Zielen der auswärtigen Politik, die man mit grosser Hartnäckigkeit verfolgte. Nach der Niederlage gegen Italien konzentrierte sich das Interesse der österreichischen Staatsmänner auf das Verhältnis zu dem Deutschen Bund und Preussen. Ein Staat, der um die Vorherrschaft in Deutschland rang, musste den Wünschen seiner deutschen Untertanen Rechnung tragen; ein Staat, der in absehbarer Zeit einen zweiten Krieg zu führen hatte, konnte auf das Vertrauen und die Unterstützung des Bürgertums nicht verzichten. So blieb nichts anderes übrig, als die bisher eingeschlagene Politik schleunigst zu verlassen: Goluchowski stürzte und Schmerling trat an seine Stelle. Kaum vier Monate nach ihrer Publikation wurde die föderalistische Oktoberverfassung durch das deutsch-zentralistische Februarpatent ersetzt.

Das Oktoberdiplom ist eine Episode. Als Beginn der österreichischen Verfassungsära muss die Geschichte einen Fehlgriff verzeichnen. Aber die Schwierigkeiten, die in

\* Eisenmann, a. a. O., Seite 248.

\*\* Rogge, „Oesterreich von Vilagos bis zur Gegenwart“. 1873. II. Band, Seite 89.



dem so komplizierten Problem selbst liegen, dürfen dem einzelnen Versuch, der es lösen wollte und dabei verunglückte, nicht als Schuld zugerechnet werden; die Februarverfassung war in noch grösserem Widerspruch zu den notwendigen Bedingungen einsichtiger innerer Politik: die Idee, der sie entsprang, führte das Reich nach Königgrätz. Doch zeigt die Geschichte des Oktoberdiploms deutlich, auf welche Weise Oesterreich lange Zeit regiert worden ist. Oberflächliche Leichtfertigkeit paart sich mit reaktionärer Gesinnung, Unfähigkeit, die drängenden Aufgaben im Innern auch nur klar zu erfassen, mit der Sucht, den Staat als Instrument dynastischer Grossmachtspolitik zu gebrauchen, phantastischen Schimären enger Diplomatenhirne an Gut und Blut der Völker schwere Opfer zu bringen. Höfische Cliques und Adelskoterien gewinnen Einfluss auf die Gestaltung der Dinge, um an dem allgemeinen Brande ihr Süppchen zu kochen. Die nationalen Gegensätze werden gegeneinander ausgespielt, um die Kraft der Demokratie zu brechen, über dem Chaos als einziger Retter aus der Not zu thronen. Das Oktoberdiplom, mit den Fehlern seines Ursprungs behaftet, leitet die Periode, in der die Völker unter steten Hemmungen und Wirrnissen vergeblich um eine ihnen gemässe Verfassung ringen, nur ein, es ist nicht das furchtbarste Beispiel österreichischer Regierungskunst. Und ist diese Zeit schon völlig entschwunden? Beherrschen uns nicht Aehrenthal und Bienenroth? Werden sie die letzten sein, die von der Not des Staates leben, ihn hochfahrend-egoistischen Zwecken dienstbar machen?

Das vergangene halbe Jahrhundert hat zum Hauptinhalt die Nationalisierung des öffentlichen Lebens; möge das folgende — ein kleinerer Zeitraum wird wohl nicht genügen — uns endlich seine Rationalisierung bringen — es tut uns bitter not!

---

## Otto Bauer: Krieg oder Friede?

Aussprechen, was ist — kein Geringerer als Lassalle hat uns diese erste Regel jeder politischen Erörterung gelehrt. Es ist zwecklos, die realen Machtverhältnisse zu verdecken. Es ist verderblich, die Kraft des Gegners zu klein zu zeichnen. Verkleidung gilt auf dem Markte der Geschichte nicht. Wer wirken will, muss aussprechen, was ist.

Darum dürfen und wollen wir nicht verschweigen, dass der gefährlichste unserer Gegner kühner und trotziger denn je sein Haupt erhebt. Der Nationalismus ist auf dem Marsche. Wer es nicht früher erkannt hat, den mag die Nachwahl in Gablonz-Land sein Erstarken erkennen lehren. Wir können der drohenden Gefahr nicht begegnen, wenn wir nicht aussprechen, was ist.

Die Tatsache, die der ganzen Entwicklung unseres öffentlichen Lebens in den letzten Jahren ihr Gepräge aufgedrückt, ist die Verschärfung der Klassengegensätze. Das Erstarken unserer Gewerkschaften und Genossenschaften hat Fabrikanten, Handwerksmeister, Kleinhändler gegen die Arbeiterklasse vereinigt. Die Landflucht und der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung haben die Bauern gegen uns mobilisiert. Die wirtschaftlichen Organisationen der besitzenden Klassen — Unternehmerverbände, Gewerbe-Genossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften — rufen zum Sturm. Unsere Siege im Wahlrechtskampf und im Wahlkampf haben die besitzenden Klassen gelehrt, dass nur kraftvolle Organisationen den Sieg erringen können. Die besitzenden Klassen zu organisieren, den Zuzug der Arbeiter zu unseren Organisationen zu verhindern, möglichst viele Arbeiter als willenlose Gefolgschaft unter bürgerliches Kommando zu stellen — das sind nun die Ziele ihres Strebens. Aber nur die Werbekraft einer Idee, die alle besitzenden Klassen, wie verschieden auch ihre Interessen sein mögen, gegen uns zu vereinigen und möglichst viele Arbeiter zu betören vermag, kann die Bourgeoisie zu ihrem Ziele führen. Diese Idee ist der Nationalismus. Er vereint alles, was gegen uns steht, in den nationalen Schutzvereinen und den nationalen Jungmannschaften. Die Gemeindestuben sind seine Werbekanzleien, die Unternehmer liefern ihm seinen Kriegsschatz, die Betriebsbeamten treiben ihm seine Opfer zu, die Lehrer sind seine Organisatoren, die ganze bürgerliche Presse steht in seinem Dienst. So stehen im ganzen



deutschen Gebiet der Sudetenländer Deutschnationale und Sozialdemokraten einander gegenüber — beide in starken Organisationen vereint, beide von Hass gegen den Gegner erfüllt. Der Klassengegensatz verdichtet sich zu persönlicher Feindschaft.

Die Zeit war dem Unternehmen günstig, breite Massen hinter der schwarz-rot-goldenen Fahne zu sammeln. In ganz Deutschböhmen und Deutschmähren hat das Erstarren und Erwachen der tschechischen Minderheiten die nationale Reibungsfläche verbreitert. Der Klassengegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern, der Gegensatz zwischen dem sesshaften Kleinbürgertum und der fluktuierenden Arbeiterschaft, die Reibungen zwischen dem alt eingesessenen und dem zuwandernden Arbeitervolk, zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, zwischen Arbeitern auf verschiedenem Kulturniveau und mit verschiedenen Ansprüchen an das Leben — all das gewinnt hier, wo der Kapitalismus tschechische Bauernsöhne in das deutsche Industriegebiet lockt, die Gestalt nationaler Gegensätze. Je höher das Kulturniveau der tschechischen Einwanderer steigt, je stärker die Bande werden, die sie mit ihrer tschechischen Heimat verknüpfen, je stolzer der tschechische Proletarier sein Haupt erhebt, desto deutlicher erkennt der deutsche Bürger, dass sich die einsprachige Stadt des Kleinbürgertums in den zweisprachigen Industrieort verwandelt. Nun scheint ihm seine deutsche Heimat bedroht: Soll Deutschböhmen, dieses Kleinod deutschen Besitztums in Oesterreich, tschechisch werden? Die deutsche Scholle deutsch zu erhalten, wird nun nationale Ehrenpflicht. Während der letzten Prosperitätsperiode ist die Zahl der tschechischen Arbeiter im deutschen Lande schnell gestiegen; der Aufstieg der Arbeiterklasse, das Erstarren der Gewerkschaften, die Demokratisierung des öffentlichen Lebens durch den siegreichen Wahlrechtskampf haben mit ihrem sozialen auch ihr nationales Selbstbewusstsein gestärkt, mit ihrer wirtschaftlichen auch ihre nationale „Begehrlichkeit“ gesteigert. Nun kam die Wirtschaftskrise. Kohlengruben und Eisenwerke, Webereien und Spinnereien, Glas- und Porzellanfabriken hatten für die Arbeitermassen, die sie in den Jahren der Hochkonjunktur herangezogen hatten, keine Beschäftigung mehr. Jetzt schien der Augenblick gekommen, das deutsche Siedlungsgebiet von den tschechischen Arbeitern zu „reinigen“. Unter dem Einfluss der deutschnationalen Agitation begannen die deutschen Unternehmer die tschechischen Arbeiter, die deutschen Bürger das tschechische Gesinde zu entlassen, die deutschen Hausbesitzer den tschechischen Mietern die Wohnungen zu kündigen. Die Tschechen antworteten mit Gegenmassregeln. Tschechische Banken kauften Häuser im deutschen Gebiet, setzten die deutschen Mieter auf die Strasse und Tschechen an ihre Stelle. Der nationale Kampf, dessen Schauplatz bisher nur das Parlament, der Landtag, die Gemeindestuben gewesen, wurde zum Kampf um die Wohnung und um die Arbeitsstelle. Die Liebe zur ererbten Scholle, die ganze Kraft des Heimatsgefühls wurden in den Dienst des Nationalismus gestellt. Tausende, die ehemals von nationalem Hasse frei gewesen, wurden von nationaler Leidenschaft erfasst, da ihnen die deutsche Heimat gefährdet erschien.

Gleichzeitig erstarkten die nationalen Leidenschaften aber auch unter den Tschechen. Seit sechs Jahrzehnten hat die tschechische Nation sich emporgerungen in hartem Kampf. Bald verfolgt von den Schergen des Staats, bald wieder von den Regierungen begünstigt und gefördert, bald von hussitischem Zorn gegen das alte Oesterreich erfüllt, bald wieder mit den Herrschenden paktierend und parlamentierend, immer aber im Kampfe gegen das deutsche Bürgertum, immer von Neid erfüllt ob der älteren, reicheren Kultur des Gegners, immer im erbitternden Gefühl der Ohnmacht gegenüber den starken Waffen, die den Deutschösterreichern die Zugehörigkeit zu einem der drei grossen Weltvölker, die ihnen ihre überlegene wirtschaftliche Macht, ihre stärkere Vertretung in allen herrschenden Klassen, die ihnen die ganze Tradition verleiht, hat die tschechische Nation ihren Kampf geführt. Zuletzt glaubte sie sich unter Badeni endlich auf dem Wege zum Sieg. Die Katastrophe Badenis brachte ihr eine furchtbare Enttäuschung. Da plötzlich, unter dem Einfluss der Revolution in dem slawischen Riesenreich im Osten, schien ihr der Augenblick des Triumphes gekommen. Die Wahlreform sollte nicht nur die sozialen Privilegien, sondern auch das nationale Vorrecht stürzen. Die slawische Mehrheit im Abgeordnetenhaus — das war die grosse Hoffnung der tschechischen Wahlrechtskämpfer. Aber auch diese Hoffnung brach zusammen. Das Regime Bienert



drängte die Tschechen in die Opposition. Vergebens haben sie von der Strassenrevolte bis zur Herrenhausintrigue alle Mittel in Bewegung gesetzt, die Regierung zu stürzen, gegen die sich der ganze Hass der enttäuschten Hoffnung kehrt. Von dem ganzen Feldzug ist nichts geblieben als das erbitternde Gefühl der Niederlage, die Scham der Enttäuschung, die den Hass nährt. In solcher Stimmung fand die tschechische Nation der Kampf um die Minderheiten: die Schutzgesetze, die alle Hoffnungen der tschechischen Minderheiten ausserhalb der Sudetenländer vernichten; der Terror der Unternehmer und der Hausbesitzer, die die tschechischen Arbeiter aus den Fabriken und aus ihren Wohnungen verjagen, wenn sie für ihre Kinder tschechische Schulen fordern; die Winkelzüge der Gemeinden und Behörden, die tschechische Privatschulen unter dem verlogenen Vorwand baupolizeilicher oder sanitätpolizeilicher Gründe sperren. So erstarkt die Leidenschaft auch hier.

Bei den Deutschen wie bei den Tschechen sind breitere Massen als jemals zuvor von nationalen Leidenschaften erfasst. Der nationale Hass ist auf beiden Seiten erstarkt. Der Nationalismus ist mächtiger, als er jemals gewesen. Es nützt nicht, den Feind zu unterschätzen. Wir müssen aussprechen, was ist.

\* \* \*

Wie wirkt diese Entwicklung auf die Massen der Arbeiter?

Mit wachsender Erbitterung sieht der klassenbewusste deutsche Arbeiter das Erstarken des Nationalismus. Was bedeuten die nationalen Kämpfe, von deren Getöse das öffentliche Leben widerhallt? Sie haben schon im Sturmjahr 1848 die Armee der Revolution gespalten und alle Nationen der Gegenrevolution ausgeliefert. Sie haben von 1860 bis 1897 das Bürgertum kampfunfähig gemacht, bald die Deutschen, bald die Tschechen zu Bundesgenossen der Feudalen, zu Stützen des bürokratischen Absolutismus erniedrigt. Sie haben das erste Parlament, in das wir unsere Vertreter entsenden konnten, zum Schauplatz wüster Obstruktionsszenen gemacht und alle Hoffnung auf sozialpolitische Arbeit begraben. Sie haben auch jetzt wieder, nach dem grossen Siege im Wahlrechtskampf, die furchtbare Enttäuschung herbeigeführt: der Nationalismus ist verantwortlich dafür, dass wir auf die Altersversicherung warten müssen, dass die sozialpolitische Arbeit stockt, dass der Kampf um Sprachenfragen unsere ernste Sorge um Arbeit und Brot in den Hintergrund drängt. Und wie ist es ausserhalb des Parlaments? Sind die nationalen Kämpfe nicht das Mittel, unsere Brüder zu betören, sie von uns zu trennen, sie in das Lager des Feindes zu führen? Die schwarz-rot-goldene Fahne deckt die gelbe Ware. Unser Unglück sind die nationalen Kämpfe. Darum wollen wir keinen Teil haben an ihnen. Wir wollen uns nicht in das Getümmel der Kämpfenden mengen, die seit sechs Jahrzehnten den fruchtlosen Kampf um die Sprache führen. Wir wollen das Getöse des Kampfes übertönen mit unserem Rufe nach Arbeit und Brot. Krieg dem nationalen Kriege! Friede den Nationen! — das ist der Schlachtruf des deutschen Arbeiters. So interpretiert er den Internationalismus.

Ganz andere Vorstellungen gestalten das Urteil des tschechischen Arbeiters über die nationalen Kämpfe. Es gab eine Zeit, in der nur Bürokraten und Offiziere, Grundbesitzer und Kapitalisten Einfluss im öffentlichen Leben besaßen. Diese Herrenklassen waren aber auch im tschechischen Lande deutsch oder germanisiert. Kleinbürger, Bauern, Arbeiter waren rechtlos; aus den entrechteten Klassen setzte sich die tschechische Nation zusammen. Die Rechtlosigkeit der arbeitenden Klassen bewirkte hier die Rechtlosigkeit der ganzen tschechischen Nation; das soziale Privileg der Herrenklassen bedeutete die Vorherrschaft des Deutschtums. Das letzte Jahrhundert brachte uns nun das Erwachen, den wirtschaftlichen Befreiungskampf, den kulturellen und politischen Aufstieg der arbeitenden Klassen. Und mit den Klassen, aus denen sie sich zusammensetzt, stieg auch die Nation empor. Aber immer noch bestehen die Reste der alten deutschen Fremdherrschaft fort. Das erstarrte Recht entspricht den lebendigen Bedürfnissen der emporsteigenden Nation nicht mehr. Die nationalen Privilegien müssen fallen. Die Nationen müssen ihr gleiches Recht erringen. Darum können wir nicht abseits stehen, wenn die tschechische Nation darum kämpft, dass sie in allen Vertretungskörpern und im Beamtenkörper nach ihrer Volkszahl vertreten sei, dass sie ihren Anteil an der Re-



gierungsgewalt erlange, dass die Behörden mit den Tschechen überall in ihrer Sprache verkehren, dass die tschechischen Eltern überall tschechische Schulen für ihre Kinder finden. Krieg dem nationalen Unrecht! Gleichberechtigung der Nationen! — das ist der Schlachtruf des tschechischen Arbeiters. So interpretiert er den Internationalismus.

Deutsche und tschechische Arbeiter nennen sich international. Aber dasselbe Wort deckt verschiedene Begriffe. Wohl wünscht auch der deutsche Arbeiter die nationale Gerechtigkeit, auch der tschechische den nationalen Frieden. Aber die Grundstimmung angesichts der nationalen Kämpfe ist doch da und dort verschieden. Diese Verschiedenheit wird nun zum taktischen Problem der Partei. Sollen wir um des Friedens willen von den nationalen Kämpfen uns auch dann fernhalten, wenn das Ziel des Kampfes eine berechtigte Forderung ist? Oder sollen wir um des Rechtes willen uns in die nationalen Kämpfe mengen und unsere Kraft dem Streitteil verbünden, dessen Forderungen wir für berechtigt halten, auch wenn dieser Kampf uns hindert, die unmittelbaren wirtschaftlichen Forderungen der ganzen Arbeiterklasse auf die Tagesordnung zu setzen?

Es gibt gewiss in der internationalen Sozialdemokratie weit schwierigere, weit tiefer greifende Streitfragen. Die Gegensätze zwischen der revolutionären und der revisionistischen Taktik, die sich auf entgegengesetzte Auffassungen der ganzen kapitalistischen Entwicklung und des ganzen proletarischen Klassenkampfes stützen, die gegensätzlichen Auffassungen über die Agrarfrage, ja zuweilen selbst Gegensätze der Anschauungen über praktische Gegenwartsfragen (die zahllosen sachlichen und taktischen Einzelfragen der Sozialversicherung zum Beispiel!) sind an sich noch schroffer, sie sind vielleicht noch schwerer zu überwinden als das taktische Problem, wie wir uns zu den nationalen Kämpfen verhalten sollen. Aber dieses nationalpolitische Problem soll nun gelöst werden, Tag für Tag in grossen parlamentarischen und kleinen lokalen Kämpfen immer von neuem gelöst in einer Atmosphäre, die vergiftet ist durch den erstarkenden nationalen Hass, durch die sich steigernden nationalen Leidenschaften um uns. So wird die Einheit der österreichischen Gesamtpartei selbst zum Problem. Sie kann in einer Zeit der Verschärfung aller nationalen Kämpfe nicht erhalten werden, wenn nicht die Massen selbst das, was uns eint, als viel, viel stärker empfinden als alle Einzelheiten, die uns scheiden.

\* \* \*

Von mächtigeren Feinden als jemals bedroht, vor schwere innere Fragen gestellt, sind wir aller Schwierigkeiten doch überraschend leicht Herr geworden. Vor wenigen Monaten noch konnte Genosse Nemeč sagen, dass unser Verband im Abgeordnetenhaus, der aus Deutschen, Tschechen, Polen, Italienern und Ruthenen besteht, mit weniger inneren Schwierigkeiten zu kämpfen habe als unsere Genossen im deutschen Reichstag, in der französischen und in der italienischen Kammer. Da wurde die Organisationsfrage in die Massen geworfen. Und mit einemmal hat sich das Bild völlig verändert.

Der Separatismus dringt in die Fabrik ein. Er spaltet die Arbeiter, trennt die Tschechen von den Deutschen. Mit welchem Gefühl mag der deutsche Arbeiter die Spaltung seiner Gewerkschaft betrachten? Er hat Jahrzehnte für die Organisation gearbeitet. Er hat ihr die Ruhe seines Feierabends, die Heller von seinem spärlichen Lohn geopfert. Er hat ihretwegen die Verfolgungen der Unternehmer und Behörden ertragen. Nun ist das Werk, sein Werk, herrlich gross geworden. Es ist sein Stolz, dass es rastloser Arbeit gelungen ist, auch die tschechischen Arbeiter der Organisation zu gewinnen. Nicht mehr Lohndrücker und Streikbrecher wie einst, sondern treue Kampfgenossen sind die tschechischen Mitglieder der Organisation. Mag deutschnationale Torheit uns des nationalen Verrates zeihen — wir wollen mit den tschechischen Brüdern treu zusammenstehen, um im gemeinsamen Kampf die Kapitalherrschaft zu brechen. Vergebens locken uns die Sendboten der deutschnationalen Gewerkvereine, uns von den tschechischen Klassengenossen zu trennen — nur die Gemeinschaft, nicht die Spaltung verbürgt uns den Sieg. Wir haben es erfahren: Haben wir nicht Schulter an Schulter gekämpft in vielen Schlachten? Hat uns die gemeinsame Organisation nicht Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gebracht? Haben wir nicht im gemeinsamen



politischen Kampfe die Wahlrechtsprivilegien, die Willkür der Behörden gebrochen? Und nun, mit einemmal, kommt die Spaltung! Die Organisation wird zerstört. Vom Kampfe zwischen Zentralisten und Separatisten angewidert, bleiben Hunderte unorganisiert. Unsere Werbekraft ist gelähmt. Der Unternehmer triumphiert. Und die das Unheil bringen, sind nicht die Söldlinge der Unternehmer, nicht die Agenten der Gelben, sondern die eigenen Genossen. Ist es wunderbar, dass der deutsche Arbeiter erbittert und enttäuscht aus der Fabrik heraustritt? Hier harret schon seiner der deutsch-nationale Agitator. Habt ihr die Tschechen endlich kennen gelernt? Seht ihr jetzt endlich ein, dass keine Gemeinschaft mit ihnen möglich ist? Haben wir euch nicht immer gepredigt, dass ihr euch auf nationaler Grundlage, ohne die Tschechen und gegen sie, organisieren sollt? Und seht, die Tschechen, die eure Organisation zerstören, sind dieselben, die das Parlament obstruieren, die in unsere Heimat den nationalen Kampf tragen, die unsere Stadt tschechisieren wollen! Wird der deutsche Arbeiter, durch die Zerstörung seiner Organisation erbittert, nicht empfänglich werden für diese verführerischen Worte? Muss nicht der Hass gegen die Tschechen in seinem Herzen zu keimen beginnen?

Gleichzeitig bestürmt der Separatismus den tschechischen Arbeiter: In den internationalen Gewerkschaften herrschen die Deutschen. Nur aus Herrschsucht, nur um die deutsche Herrschaft über euch zu erhalten, verweigern sie euch die Selbständigkeit eurer gewerkschaftlichen Organisation. Ihr fordert die Gleichberechtigung im Staat; könnt ihr den deutschen Despotismus in der eigenen Organisation ertragen? Und sind denn die Deutschen so treue Genossen, dass ihr in ihrer Gemeinschaft bleiben könnt? Haben sie nicht, als sie gegen den Antrag Stanek stimmten, gezeigt, dass sie den tschechischen Arbeiterkindern tschechische Schulen verweigern wollen? Ihnen ist die tschechische Arbeiterschaft zu stark, zu mächtig geworden; darum wollen sie euch durch die mit dem Wiener Gelde gekauften Gewerkschaftssekretäre beherrschen oder, wenn ihnen das nicht gelingt, unsere Partei, die tschechische Sozialdemokratie, die euch von Sieg zu Sieg geführt hat, spalten! Jetzt haben sie die Internationale gegen uns gehetzt; natürlich gehen Legien, ein Deutscher aus dem Reich, und Greulich, ein Deutscher aus der Schweiz, mit den Deutschösterreichern! Und was der nationalen Solidarität aller Deutschen nicht gelingt, das bewirken dann die falschen Informationen, die die Deutschösterreicher der Internationale gegeben haben. Wie wäre es möglich, dass die Internationale gegen uns entscheidet, wenn sie nicht irreführt worden wäre? Und habt ihr nicht gelesen, dass Adler sich auf dem Kongress darauf berufen hat, dass 118.000 tschechische Arbeiter Mitglieder der von den Deutschen kommandierten Reichsgewerkschaften sind? Welche Dreistigkeit, dass ein Deutscher im Namen von 118.000 tschechischen Arbeitern spricht! Brauchen wir Tschechen denn Deutsche als unsere Wortführer? Und hört ihr es, tschechische Arbeiter in den Zentralorganisationen, dass ihr dazu missbraucht werdet, von den Deutschen gegen eure tschechischen Volksgenossen ausgespielt zu werden? Wollt ihr die Judasrolle derer spielen, die um eines wirtschaftlichen Vorteils willen sich von der eigenen Nation trennen und sich von Fremden missbrauchen lassen? So spricht der tschechische Separatismus zu den Arbeitern. Er kann nicht anders sprechen — wer die tschechischen Arbeiter überzeugen will, dass die Gemeinschaft mit den deutschen Klassengenossen ihnen schädlich ist, muss ihnen ja die Deutschen als ihre Feinde hinstellen.

Die Erhaltung der Einheit unserer internationalen Gesamtpartei ist durch die ganze politische Entwicklung der letzten Jahre zu einem ernststen Problem geworden. Dieses Problem wird unlösbar, wenn der Kampf um die Gewerkschaften nationale Empfindlichkeit in den Massen auslöst, deutsche und tschechische Arbeiter einander als Feinde gegenüberstellt! Stärker als alle parlamentarischen Fragen berührt ja die Frage der gewerkschaftlichen Organisation die proletarische Masse. Und je länger der Kampf dauert, je schroffer die Gegensätze werden, desto stärker wird das Bedürfnis der Separatisten, nationale Konflikte in der Partei heraufzubeschwören, aufzubauschen, auszunützen, um die tschechischen Arbeiter von der Notwendigkeit, sich von den deutschen Genossen zu trennen, zu überzeugen. Was innerlich auseinanderwächst, ist mit äusseren Mitteln nicht zusammenzubinden. Keiner Kunst wird es gelingen, die Einheit der Gesamtpartei zu erhalten, wenn der Kampf um die Gewerkschaften nicht bald ein Ende nimmt.



Der Versuch, den Bruderkrieg zu beenden, muss bald und energisch gemacht werden: jeder Tag bringt unersetzbaren Schaden, jeder Tag bringt neue Gefahr für die internationale Gesinnung der Arbeiterklasse und die internationale Einheit der Partei.

\* \* \*

Der Beschluss des Internationalen Kongresses erlegt uns die Pflicht auf, die Wiederherstellung einheitlicher internationaler zentralisierter Gewerkschaften anzustreben. Diese Pflicht müssen wir erfüllen. Es ist keine Verabredung möglich, deren letztes Ziel ein anderes wäre als die Auflösung der separatistischen Organisationen und die Rückführung ihrer Mitglieder in die internationalen Verbände.

Andererseits muss unseren tschechischen Genossen der Weg zu einem solchen Entschluss gebahnt werden. Die Eingliederung der 40.000 Mitglieder der tschechischen Sonderorganisationen in unsere internationale Gesamtorganisation ist nicht zu erreichen, wenn nicht gleichzeitig organische Änderungen im Aufbau unserer Gewerkschaften vorgenommen werden. Wollen wir den Bestand internationaler Organisationen sichern, dann müssen wir den Arbeitern jeder Nation in ihrem Rahmen einen Kreis autonomer Selbstverwaltung einräumen, der so weit gezogen werden muss, als dies mit den Aufgaben und der Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften vereinbar ist.

Ich habe schon in meiner „Nationalitätenfrage“ (§ 33), ausführlicher in meiner Broschüre „Krieg oder Friede in den Gewerkschaften?“ untersucht, mit welchen Mitteln dieses schwierige organisatorische Problem gelöst werden kann. Die Aufnahme dieser Broschüre scheint mir zu zeigen, dass ein Versuch, auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage eine Verständigung herbeizuführen, vielleicht doch nicht ganz aussichtslos ist.

Die zentralistischen Gewerkschaftsblätter haben mir allerdings viele sehr schwerwiegende Einwände gemacht. Ich leugne nicht, dass die von mir entworfene und jede ähnliche Organisation komplizierter, schwerfälliger und kostspieliger arbeiten würde als eine Gewerkschaft, die ganz nach dem Beispiel einsprachiger Länder aufgebaut ist. Aber der ruhige und wohlwollende Ton der Kritik, die die zentralistische Presse an meiner Broschüre geübt hat, scheint mir doch zu beweisen, dass auch die Leiter unserer internationalen Gewerkschaften nicht verkennen, dass eine noch so komplizierte internationale Organisation immer noch besser wäre als die nationale Zersplitterung der Organisation. Die Beendigung des Kampfes wäre ein Opfer wert!

Und die Separatisten? In seiner Broschüre „Das Recht auf die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung“ behauptet Genosse Tayerle, dass sich meine Vorschläge von den Forderungen, die die tschechischen Genossen im Jahre 1905 gestellt haben und durch deren Annahme der Konflikt hätte verhindert werden können, nicht wesentlich unterscheiden, in mancher Hinsicht sogar noch weiter gehen als sie\*.

Diese Behauptung hat auch in den Bericht der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission an den Internationalen Kongress Eingang gefunden. Sind die Separatisten dieser Meinung, dann können sie eine Verhandlung über meinen oder einen ähnlichen Vermittlungsvorschlag nicht ablehnen. Wenn sie überhaupt den Frieden wollen, dann können sie ja nach dem Kopenhagener Beschluss nicht mehr die volle Selbständigkeit ihrer Gewerkschaften, sondern nur die Autonomie innerhalb internationaler Verbände anstreben!

Ist also wirklich der Wille zum Frieden da, dann muss darüber verhandelt werden, wie der innere Aufbau unserer internationalen Gewerkschaften fortentwickelt werden muss, um den tschechischen Separatisten die Auflösung ihrer und den Eintritt in die internationalen Verbände zu erleichtern. Diese Verhandlungen müssen zunächst die Organisation der einzelnen Berufe und Industriegruppen ins Auge fassen; gelingt es uns, hier ein für beide Teile erträgliches Kompromiss zu finden, dann werden wir uns über die Frage der Zusammenfassung der Fachverbände (Gewerkschaftskommission u. s. w.) leichter verständigen. Nur die Politiker, die vor allem die Fragen der äusseren Repräsentation im Auge haben, interessieren sich für den Aufbau der Gesamtorganisation mehr als für

\* Tayerle, „Právo na samostatnost odborového hnutí“. Prag 1910. Seite 20.



den des einzelnen Fachverbandes. Die englische Gewerkschaftsbewegung beweist, dass die Gewerkschaftsbewegung auch bei schlechter Gesamtorganisation gedeihen kann, wenn nur die einzelnen Fachverbände gesund sind. Es wäre ein arger Fehler, wenn wiederum alle Aufmerksamkeit darauf konzentriert würde, wie das Verhältnis der Prager zur Wiener Gewerkschaftskommission gestaltet oder wie die Reichskommission zusammengesetzt werden soll; sind diese Fragen nicht unwichtig, so ist doch unendlich wichtiger die Frage, wie die einzelnen Verbände aufgebaut werden sollen.

Gewiss wird das neue Organisationsprinzip nur in schweren, langwierigen Verhandlungen gefunden und noch schwerer durchgeführt werden können. Solche Verhandlungen sind nun natürlich in einer Atmosphäre des Kampfes undenkbar. Darum sollte ein Waffenstillstand den Verhandlungen über den definitiven Friedensschluss vorausgehen. Ein solcher Waffenstillstand setzt zunächst die Lokalisierung des Konfliktes voraus: Es dürfen nicht weitere Verbände gespalten werden und es darf der Kampf nicht in Orte getragen werden, die bisher verschont geblieben sind. Soll der Waffenstillstand längere Zeit dauern, soll wirklich eine friedliche Stimmung erzeugt werden, dann wäre freilich mehr erforderlich: es müsste das Konkurrenzverhältnis zwischen den beiden Organisationen aufgehoben werden, es müsste verhindert werden, dass die Spaltung in den einzelnen Betrieben noch länger dauert. In Kopenhagen hat Genosse Němec gesagt: „Wir wollen die Trennung nicht bis in jede einzelne Werkstätte, bis zum letzten Mann tragen; aber wir haben grosse geschlossene Sprachgebiete, deutsche und tschechische, und da muss sich eine zweckmässige Organisationsform finden.“ Nun, wenn sich die separatistischen Organisationen auf das geschlossene tschechische Sprachgebiet beschränken wollten, dann könnten die Zentralisten meiner Ansicht nach sehr wertvolle Gegenkonzessionen für dieses Zugeständnis bieten. Dann wäre ein Waffenstillstand möglich, der die Stimmung so beruhigen würde, dass die langwierigen und schweren Verhandlungen über den Umbau der internationalen Gewerkschaften und die Rückführung der tschechischen Separatisten in sie sehr erleichtert würden\*.

Das Problem ist gewiss sehr schwer zu lösen. Aber wenn die Separatisten den ernststen Wunsch haben, den Beschluss des Internationalen Kongresses durchzuführen, dann ist es nicht unlösbar.

\* \* \*

Und wenn der Versuch misslingt? Wenn die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen? Dann freilich befürchten wir das Schlimmste: das Schlimmste für die Gewerkschaften wie für die Partei. Dann werden wir erst in langem selbstmörderischen Bruderkrieg erringen müssen, was heute schon die Einsicht in die Notwendigkeiten unseres Kampfes uns geben könnte. Bringt uns der Schiedsspruch des Kongresses nicht den Frieden, dann wird er uns stärken im Kampf.

Der Gewerkschaftskonflikt ist zur Lebensfrage unserer Gesamtpartei geworden. Der heutige Zustand ist unerträglich. Die Entscheidung über diese Frage muss sehr bald fallen und nur die Gesamtpartei selbst kann sie entscheiden. Wir schenken den Exekutivorganen der Partei und der Gewerkschaften volles Vertrauen; sie allein sind berufen, die vorbereitenden Verhandlungen zu führen. Aber was immer das Ergebnis dieser Verhandlungen sein mag: die Entscheidung muss möglichst bald vor den Augen der ganzen proletarischen Öffentlichkeit fallen, das letzte Wort kann nur ein internationaler Gesamtparteitag sprechen. Können die Exekutivorgane sich nicht einigen, dann muss die österreichische Gesamtpartei selbst die Entscheidung fällen. Der heutige Zustand ist unerträglich; so oder so — der oberste Vertretungskörper unserer Partei muss über die Streitfrage entscheiden, die längst mehr als eine Gewerkschaftsfrage ist.

Was immer aber die nächsten Wochen uns bringen mögen: kleinmütig zu werden, haben wir auch im schlimmsten Falle keinen Grund. Keine Gesellschaftsordnung stirbt, ehe sie nicht alle Gegensätze, die in ihr enthalten sind, vollständig entfaltet hat. So

\* Nochmals: all das ist nicht mehr als meine persönliche Ansicht. Weder die deutsche Partei noch die internationalen Gewerkschaften haben mich ermächtigt, in ihrem Namen zu sprechen. Ob ihre leitenden Körperschaften meine Ansichten teilen, ist mir vollständig unbekannt.



muss auch das Staatensystem, das auf dem internationalen Kapitalismus ruht, nicht nur alle sozialen, sondern auch alle nationalen Gegensätze entfalten, ehe die Zeit seines Falles kommt. Das Völkerchaos, das im ganzen Osten Europas zusammengezwängt ist, muss in Bewegung geraten, die sozialen und die nationalen Gegensätze müssen so schroff werden, dass die Mittelchen überlieferter Staatskunst ihnen gegenüber vollständig versagen: dann erst sind wir reif für die nahende Zeit grosser Umwälzungen. Dann werden die Völker in Wochen erlernen, was Jahrzehnte sie nicht zu lehren vermochten. Die Zukunft bringt uns noch ganz anderer Probleme Lösung als der, um die wir heute uns bemühen. Darum fürchten wir den Vormarsch des Nationalismus nicht. Je schneller er den Gipfel ersteigt, desto näher ist er dem Abgrund. Mag der Nationalismus marschieren! Er marschiert in sein Verderben.

---

## Heinrich Wissiak (Aussig): Die Parteischule in Bodenbach

Mit dankenswerter Raschheit wurde das Verlangen erfüllt, das in einem vom Reichenberger Parteitag der Parteivertretung überwiesenen Antrag gestellt worden war: eine Parteischule in der Provinz abzuhalten. Vom 25. Juli bis 24. August tagte diese Parteischule, im wesentlichen eingerichtet nach den Vorschlägen, die Genosse Bauer im Jännerheft des „Kampf“ gab; 36 Genossen und 2 Genossinnen nahmen als Schüler und Schülerinnen teil, darunter 30 Teilnehmer aus Böhmen. Dieses gewaltige Ueberwiegen der Teilnehmer aus Böhmen ist die naturgemässe Folge des Umstandes, dass ein deutschböhmisches Städtchen, Bodenbach, der Standort der Schule war. Schülern aus Deutschböhmen — es nahm auch ein tschechischer Genosse aus Prag als Schüler teil — wurde zuerst diese neue Institution zugänglich gemacht, deren Standort von Jahr zu Jahr, wird sie nach dem ersten Versuch eine ständige Einrichtung, in ein anderes Gebiet Deutschösterreichs verlegt werden soll. In dem Lande, in dem die Wiege der Oesterreich seit Jahrzehnten erschütternden nationalen Kämpfe stand und in dem diese Kämpfe heute noch mit besonderer Wucht toben, ist im besonderen ein erweiterter Stab durchgebildeter, mit Grundlagen, Entwicklungskräften und Zielen des Sozialismus besonders vertrauter Agitatoren und Organisatoren von unschätzbarem Werte.

Die Organisationen, und nicht nur die Deutschböhmens, waren sich der Wichtigkeit der Schaffung der Schule wohl bewusst, das beweist die Tatsache der Schülerzahl, die das vorgesehene Maximum überschritt, nicht zu vergessen des Umstandes, dass manche Anfragen um Teilnahme an der Schule aus fernen Gebieten abschlägig beschieden werden mussten, sollte das Ergebnis des Unterrichtes durch eine zu grosse Teilnehmerzahl nicht fühlbar leiden. Trotzdem waren in der Schule auch von weiter her Teilnehmer: drei aus Niederösterreich, drei aus Schlesien, einer aus Oberösterreich und ein tschechischer Genosse aus Mähren. Berücksichtigen wir, dass die Kosten für die Schüler, die mehrfach wohl nur infolge des Umstandes, dass der Inhalt mancher Organisationskassen nicht den Wünschen entspricht, sehr niedrig, manchmal allzu niedrig bemessen wurden, immerhin für die Organisationen, besonders wenn mehrere von ihnen zwei Delegierte entsandten — der Metallarbeiterverband entsandte drei Genossen — nicht klein waren, dann können wir ermessen, welch hoher Wert dem zu schaffenden Werke beigemessen wurde. Wie sollte es anders sein, da auch ausserhalb der wenigen grossen Städte des Reiches von einer grundlegenden systematischen und wissenschaftlichen Ausbildung, der entweder im Nebenberufe tätigen, aber auch sonst mit einer quantitativ sehr beträchtlichen Menge von täglicher Agitations- und Organisationsarbeit belasteten Genossen keine Rede sein kann? Diesen Mangel empfinden alle Organisationen ausnahmslos, um so mehr, je grösser die Reihen der Organisierten werden und je mehr sich die Aufgabe ergibt, einzudringen dort, wo Mangel an Zeit und an Kräften uns bislang daran mehr oder weniger hindern. So erklärt sich wohl auch, dass neben zwanzig



politischen Organisationen und der Frauenorganisation auch zwölf gewerkschaftliche und eine genossenschaftliche Organisation Schüler entsandten. Vier Genossen nahmen auf eigene Kosten an der Parteischnule teil.

Unsere Aufgabe ist es, zu untersuchen, ob die Ergebnisse der Parteischnule die Begeisterung rechtfertigen, die ihre Anregung und Durchführung ausgelöst hat; hängt es doch auch von ihnen ab, ob die Parteischnule, so wie sie das erstmal geschaffen werde, eine dauernde Einrichtung in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie bleiben wird. Wenn wir da nun vorweg der Meinung Ausdruck geben, dass wir mit den Ergebnissen des Unterrichtes alles in allem zufrieden sein können, und aussprechen, dass dieser Unterrichtsmonat uns die Gewissheit schuf, dass die gesamte Arbeiterbewegung aus dieser Institution reichen Gewinn zu ziehen vermag, so wissen wir wohl, dass es an uns Schülern vor allem liegt, in welchem Masse das der Fall sein wird.

Bei einem Unterrichtsgegenstand mehr, beim anderen weniger und entsprechend der verschiedenen Vorbildung der Schüler wechselte das Mass dessen, was die Schüler gleich als festes Besitztum an geistigen Waffen mit nach Hause nehmen, was ihnen nur Grundriss und Umriss ist und nun im eifrigen Studium festzumachen, auszubauen ist. Von diesen sich naturgemäss ergebenden Verschiedenheiten ausgehend, hängt es natürlich von dem Lerneifer und der Lernfähigkeit, die begrenzt sein kann auch durch freie Zeit, häusliche Verhältnisse und anderes, jedes einzelnen Schülers ab, wie weit er das in der Schule Konsumierte in seinem Wirkungskreise nun produktiv verwerten kann. Denn das ist klar, dass der Zweck der Schule nicht war, nur 38 Schülern ein gewisses Mass von Wissen beizubringen, dass das nicht nur individuelles Eigentum bleiben soll, sondern weiterzugeben ist an die Arbeiter und Arbeiterinnen des Ortes, des Bezirkes oder des Kreises oder der Branchengenossen eines bestimmten Gebietes, je nach der Stellung, die der einzelne innerhalb der Arbeiterbewegung einnimmt. So kann ein Urteil, das hier abgegeben wird, wohl die Mehrheit der Schüler erfassen, nicht für jeden einzelnen gelten.

Vor allem sei konstatiert, dass die Form der Schule eine äusserst glückliche war. Es gibt in Wien, Brünn und Linz Arbeiterschulen, an denen abends ungefähr derselbe Lehrplan und umfassender vorgetragen wird. Der Lehrplan der Wiener Arbeiterschule sieht 256 Unterrichtsstunden vor, die Bodenbacher Parteischnule brachte es auf 152 Unterrichtsstunden in 27 Tagen. Trotzdem wagen wir die Behauptung, dass die Lehrfolge höhere sind als an einer Abendschule. Hier wurden die Schüler losgelöst von ihrem Berufe — mit nur vereinzelt Ausnahmen, deren Wiedereintreten die nächsten Male gewiss vermieden werden könnte — sie konnten, frei von anderen Tätigkeiten, ganz dem Lernen obliegen. Das gab die Möglichkeit intensiverer Arbeit und es schien nur die ersten drei, vier Tage, als würde den Schülern mehr zugemutet, als sie zu leisten imstande sind. Das war das Ungewohnte der Tätigkeit; wir können heute aber ruhig behaupten, dass das Mass des zu Lernenden erträglich war, wenn es auch nicht zu erhöhen sein wird. Dass der Tagesunterricht aber die richtige und allein entsprechende Erfolge ermöglichende Form einer solchen Parteischnule ist, kann nun wohl ruhig behauptet werden. Was zu beklagen ist, das ist die Kürze der zur Verfügung gestandenen Zeit. Die Anzahl der täglichen Unterrichtsstunden zu erhöhen, ist untunlich, es kann nur eine um vielleicht zwei Wochen längere Dauer der Schule in Frage kommen. Dieser Wunsch ergibt sich sowohl bei einer Betrachtung des behandelten Lehrstoffes, als auch in Hinsicht auf das, was leider durchzuführen nicht möglich war, was durchzunehmen mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit vielfach auch gar nicht geplant war. Das gilt besonders für die Seminarübungen, für praktische Anleitungen der Schüler, die sie in der Agitation und Organisation zu verwenden in der Lage sind. Wir sind weit davon entfernt, zu glauben, dass man in einer Schule lernen könne, schöne Reden zu halten, sofern es sich um Genossen handelt, die bisher auf diesem Gebiete praktisch wenig oder ungenügend tätig waren. Wir glauben aber, dass mancherlei Anregungen möglich gewesen wären, wie Reden aufzubauen sind, wie man sie logisch gliedert, und meinen, dass solche Anregungen für die grosse Mehrheit der Schüler sehr nützlich gewesen wären; dass für sie ausnahmslos von Bedeutung gewesen wären Ratschläge über die Abhaltung und Leitung von Redeunterricht und „Parteischnulen“ en miniature in



den einzelnen Organisationsgebieten, nur allein, um zu gegebener Zeit das Gelernte, nachdem es festes Besitztum des einzelnen geworden, weiterzugeben. Diese praktische Kleinarbeit ist von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit und es wäre für die Mehrheit der Schüler keineswegs überflüssige Arbeit gewesen. Es musste auch ein geplantes Seminar über Details der politischen Organisation unterbleiben, das der Genosse Seliger abhalten wollte, nachdem die Genossen Schlinger und Tuppy, die beide als Schüler anwesend waren, je ein Seminar über diese Frage abgehalten hatten. Es mangelte die Zeit, und ist es nicht Wesentliches, was unterbleiben musste, so bleibt zu erwägen, ob bei der Wiederholung der Parteischule nicht auch dafür Raum geschaffen werden kann dadurch, dass die Schule mehr Unterrichtstage zur Verfügung hat, zumal wir noch sehen werden, dass der Mangel an Zeit in wichtigeren Fragen unangenehm fühlbar war. Um so erfreulicher ist, dass die Lehrer eine Reihe von Diskussionen in den Seminarübungen dennoch ermöglichten; das bedeutet ein Eingreifen und daher um so intensiveres Mitarbeiten der Schüler selbst.

Leichter als erwartet wurden andere Schwierigkeiten überwunden: die der verschiedenen Altersstufen und der ungleichen Vorbildung der Schüler. Hielt man sich vor Augen, dass ein Schüler unter 20 Jahren, zehn 20 bis 25 Jahre, fünf 25 bis 30, dreizehn 30 bis 35, sechs 35 bis 40 und drei über 40 Jahre alt waren, dass also sehr beträchtliche Ungleichheiten obwalten, weiter, dass ähnliche Verschiedenheiten bezüglich der Art der Betätigung der Schüler in der Parteibewegung und der Vorbildung bestehen, so mochten einige Besorgnisse immerhin am Platze sein. Wie leicht konnte zuviel Wissen vorausgesetzt werden, was zur Folge haben musste, dass das Vorgetragene mehrfach unverstanden bleibt; auch die entgegengesetzte Möglichkeit lag vor: dass möglichst wenig vorausgesetzt wird, dass dann für den reiferen Teil der Schüler die Schule nicht bietet, was von ihr erwartet wurde. Letzteres ist nun gewiss nicht eingetreten, denn jenen Schülern, denen Teile des Lehrstoffes nicht fremd waren, hatte bestimmt eines gemangelt: methodische Gliederung des Stoffes, systematische Ordnung im Wissen, wozu sie im praktischen Leben bei noch so eifriger Betätigung nicht kommen konnten, weil zum systematischen Studium, zur Vertiefung in einen Zweig der sozialen Wissenschaften die nötige Zeit und Ruhe ausnahmslos mangelte. Für diesen Teil der Schüler, der sich zum anderen Teil ungefähr wie 1:2 verhielt, war die Schule — das kann ohne Einschränkung behauptet werden — ein reicher Gewinn. Nicht ganz so rückhaltlos kann das Urteil lauten, soweit die andere Seite der Frage in Betracht kommt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass für viele Parteischüler der Unterrichtsstoff völlig Neues bot und dass sie, da nicht bei den primitivsten Voraussetzungen begonnen werden konnte, grosse Schwierigkeiten zu überwinden hatten. Dieser Teil der Schüler wird sich nun schwerer als der andere Schritt für Schritt durch die gesamte Materie des Unterrichtsstoffes durcharbeiten müssen, um vollen Gewinn aus dem Unterricht zu ziehen. Der Grund wurde in der Schule gelegt, das Gebäude auch für den weniger vorgebildeten Teil der Schüler in den Anlagen klar skizziert, die Gesamtausführung ist nun Sache der Schüler, ist ihre Pflicht gegenüber der Gesamtpartei, die die Schule schuf, und gegenüber den delegierenden Organisationen. Die Möglichkeit zu dieser Weiterarbeit wurde gegeben dadurch, dass sich die Lehrer bemühten, in leicht verständlicher Form bei den Schülern durch das Diktieren von kurzen Zusammenfassungen den ganzen Gedankengang der Vorträge, die Anordnung des Stoffes in steter Erinnerung zu halten.

Der scheinbar schwierigste Lehrgegenstand, die Nationalökonomie, wurde in 27 Stunden vom Vortragenden, dem Genossen Otto Bauer, so behandelt, dass trotz der schwierigen Partien, die sich gerade hier finden, die Schüler leicht folgen konnten. Da nur 27 Stunden für diese umfangreiche Materie zur Verfügung standen, wovon, sehr zum Nutzen der Aufnahmefähigkeit der Schüler, noch drei bis vier Stunden auf Wiederholungen abgingen, musste die Darstellung so schwerer Kapitel wie „Die kapitalistische Konkurrenz“ und „Die kapitalistische Ausbeutung“ mit der Erläuterung der Gesetze, die den Warenpreis bestimmen, die Profitrate regeln, die Mehrwertrate beeinflussen, die Grundrente feststellen, in zusammen sieben Stunden erledigt sein, sollte Raum bleiben für die Behandlung des wichtigsten Kapitels „Die Konzentration des



Kapitals“ und für die Besprechung der Agrarfrage. Man ersieht aus dieser sehr unvollkommenen Angabe des Stoffes, welche Schwierigkeiten und welch gewaltiges Material in denkbar kürzester Zeit zu bezwingen waren. Und doch! Die Erfolge erscheinen gerade hier sehr zufriedenstellend. Die Methode des Genossen Bauer, immer durch einen anderen Schüler Teile des schon erledigten Stoffes rekapitulieren zu lassen, gab einen Einblick in die Aufnahmefähigkeit der Schüler. Gerade deshalb können wir konstatieren, dass der Unterrichtserfolg wenig zu wünschen übrig lässt.

Auf die gleiche Art kann über die Ergebnisse des Unterrichtes aus Sozialpolitik, daran anschliessend Theorie und Praxis der Gewerkschaften (Vortragender Genosse Adolf Braun) und aus Staatslehre (Vortragender Genosse Karl Renner) nicht geurteilt werden. In beiden Fällen fehlte das Mittel einer Art der Prüfung der Schüler ganz oder teilweise. Nicht ganz fehlt dieses Mittel der Kontrolle des Lehr Erfolges, soweit es sich um die Vorträge über Sozialpolitik handelt; es war in dieser Form überflüssig, soweit die Vorträge über Theorie und Praxis der Gewerkschaften in Frage kommen; gänzlich fehlte es bei dem Unterricht aus Staatslehre. Es ergab sich aber vor allem in den 19 Unterrichtsstunden über Sozialpolitik und den 17 Unterrichtsstunden über Gewerkschaftstheorie und Praxis, weiter in den vier Seminarstunden, die der Diskussion über die Streitfrage zwischen Zentralisten und Separatisten gewidmet waren, so reichliche Gelegenheit zu Fragen und Antworten, zu Zwischenbemerkungen der Schüler, dass sich daraus ein Urteil leicht ergibt. Schon der Umstand, dass sich mannigfache Diskussionen ergaben, beweist, dass die Vorträge von den Hörern erfasst wurden, dass sie sie durcharbeiteten, dass sie mannigfache Anregungen in Hinsicht auf jede einzelne der vielen die Sozialpolitik und das Gewerkschaftsleben betreffenden Fragen erhielten. Das Ergebnis des Unterrichtes in der Parteischule in diesen Fragen wird von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Gewerkschaften sein. Nicht nur, dass elf Gewerkschaftsbeamte unter den Schülern sassen — das Tätigkeitsgebiet vieler anderer Schüler ist fast ausschliesslich gewerkschaftlicher Natur und nur sehr wenige unter ihnen gibt es, die das in der Schule Gewonnene nicht irgendwie auch in der Gewerkschaftsorganisation verwerten könnten. Fast alle sind Funktionäre in Gewerkschaftsorganisationen, sei es in den lokalen Gebilden der gewerkschaftlichen Organisationen oder dass sie in ihr für ganze Bezirke oder Kreise tätig sind, was ja besonders von den Schülern gilt, die Parteiangestellte sind, und jenen, die in genossenschaftlichen Organisationen wirken. Fast ausnahmslos waren also die Schüler schon vertraut mit dem gewerkschaftlichen Leben und innig mit ihm verbunden. Sie besorgten sowohl Kleinarbeit wie ausgreifendere Agitations- und Organisationsarbeit. Die gewerkschaftliche Betätigung ist nicht leicht und wirkt nicht selten um so ermüdender, je mehr sie nur Kleinarbeit ist, wie in der Partei die unerlässliche Arbeit, sollen die Organisationen vorwärtskommen. Je enger der Rahmen der Betätigung, desto kleinlicherer Natur einerseits die entgegretretenden Hindernisse und desto ermüdender die Arbeit, desto weniger aber lässt sie andererseits auch die Zeit, den engen Rahmen zu durchbrechen und auf das Ganze zu sehen. Den Blick auf das Ganze gab einer Reihe von tätigen Gewerkschaftern die Parteischule und soll ihn, wie es zu wünschen ist, alljährlich einer neuen Anzahl von Gewerkschaftern in den verschiedenen Gebieten Deutschösterreichs geben. Das scheint ein nicht zu schätzendes Verdienst der Parteischule, im speziellen des Unterrichtes aus Sozialpolitik, Gewerkschaftsleben und der sich hieran anschliessenden Seminare. Der Stand der sozialpolitischen Massnahmen in den einzelnen Staaten, die Ursachen, die zu solchen Massnahmen führten, wie nach und nach die Arbeiterschaft sich aus tiefstem Elend erhob und die ersten sozialpolitischen Versuche erzwang, oder wie sie sich ergaben als Taten des Manchesterliberalismus im Interesse der Ausbeutungsmöglichkeit der Industrie, wie aber immer erst die sich zu Koalitionen vereinigenden Arbeiter aller Sozialpolitik Inhalt gaben und sie wirksam machten von Staat zu Staat, wie aus kleinen Vereinigungen der Arbeiter mächtige Körper wurden, wie sie verschieden in den einzelnen Staaten wirken: alle diese grossen Zusammenhänge und die verschieden wirkenden Ursachen, die schliesslich einem Zwecke dienen, dem Befreiungskampf der Arbeiter, sie traten klar vor die Augen der Parteischüler, die nun an ihre Arbeit gehen und verstehen, wie ihre Kleinarbeit sich einfügt in die Bewegung, die



die Welt umspannt. Um so mehr ist diese Wirkung zweifellos, als die Theorie, die zum Verständnis des Ganzen unerlässlich, nicht ohne die praktischen Möglichkeiten zu erläutern vorgetragen wurde. Ist das für die wissenschaftliche Schulung geradezu unentbehrlich bezüglich der Sozialpolitik: Koalitionsrecht, Freizügigkeit, Truckverbot, Frauen- und Kinderschutz sowie Arbeiterschutz im allgemeinen, und der Mittel der Unternehmer, um die höchste Ausbeutung zu ermöglichen: Arbeitsbuch, Arbeitsnachweise, Wohlfahrtseinrichtungen, Akkordsysteme, Prämiensysteme und andere, so ist nicht minder erfreulich, dass in den Vorträgen über das Gewerkschaftswesen Theorie und Praxis innig miteinander verflochten waren. Hier hat der praktische Gewerkschafter Tag für Tag Hindernisse zu überwinden, deren tiefer liegende Ursachen ihm ohne theoretische Kenntnisse nicht selten verborgen bleiben, denen er ohne diese praktisch vielleicht nicht wirksam genug an den Leib rücken kann. Hierher gehört vor allem wohl auch der unselige Streit in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung zwischen Zentralisten und Separatisten, der in vier Diskussionsstunden behandelt und in ruhiger, streng sachlicher Art in seinen Ursachen, seinem Wesen und seinen Wirkungen analysiert wurde; hierher gehören aber auch die Fragen, ob neue Methoden im gewerkschaftlichen Kampfe möglich sind, ob Branchen- oder Betriebsorganisation, die Frage über das Finanzwesen der Gewerkschaften, über Bureaucratie und Demokratie in den Gewerkschaften, über die gewerkschaftlichen Kampfmittel im weitesten Sinne, eingeschlossen Generalstreik und Generalaussperrung, die Fragen der Tarifverträge, der internationalen Gewerkschaftsbeziehungen, des Verhältnisses der Partei und der Gewerkschaften zueinander, der Grenzen der Gewerkschaftsbewegung. Man würde im Interesse der Schüler nicht gerne einen der genannten Punkte missen, ihre ausnahmslose Behandlung gibt den gewerkschaftlich tätigen Schülern eine grössere Sicherheit in ihren Arbeiten, da sie nun die an sie herantretenden Fragen leichter werten und schätzen können, vor Uebertreibungen wie vor Geringschätzung sich unschwer bewahren können. Es ist der Stolz der österreichischen Arbeiterbewegung, dass Parteileben und Gewerkschaftsleben durch zahllose Fäden innerlich und äusserlich verbunden sind: eine Quelle der grossen Erfolge, die die österreichische Arbeiterbewegung verzeichnen kann. Wie es im grossen ist, so im kleinen! Die Schule, die man mit einem bequemen Ausdruck Parteischule nennt, man könnte sie auch, betrachtet man lediglich ihre Ergebnisse, auch Partei- und Gewerkschaftsschule nennen, denn gleichermassen nützlich wirkte sie, gleichermassen werden sich im praktischen Leben ihre Erfolge offenbaren.

Wäre es der praktischen Wirkung genug, dass eine Schar von Genossen theoretisches Wissen, dessen praktische Anwendung ihnen klar vor Augen geführt wurde, nun weitertragen und vermehren kann, so stossen wir gerade hier noch auf ein anderes Moment von ausserordentlicher Bedeutung. Sowohl der Genosse, der sich hauptsächlich in der Partei bewegt, wie auch der Gewerkschafter, die ja samt und sonders über zu wenig Arbeit nicht zu klagen haben, sie stehen notwendig in steter Fühlung mit der Masse der Genossen und Genossinnen, vielfach mit Leuten, die der Bewegung erst gewonnen wurden, aus der Zeit des Indifferentismus ihr Denken und Fühlen noch bewahrt haben, ja, die vielfach angesichts einer Lohnbewegung oder eines sonstigen Kampfes, der lokal von mehr oder weniger grosser Bedeutung ist, in die Reihen der Organisierten kommen. Der Funktionär der Organisation hört nun — am häufigsten wohl in der Zeit von Lohnbewegungen — die unmöglichsten Verlangen, hört im Falle der Nichterfüllung Vorwürfe. Wie oft kommt es nicht vor, dass ihm die Wünsche nicht mehr so unmöglich erscheinen, dass er, der sich vor allem dem widersetzen soll, was der Organisation und damit den Arbeitern selbst schaden kann, die Widerstandskraft vermissen lässt? Nicht böswillig! Zum Teil aus Schwäche vielleicht, zum grössten Teil aber, weil ihm das nötige Mass der Erkenntnis fehlt. Man vermag ihm in Vortragszyklen, in der Fachpresse und auf Konferenzen nicht zu sagen, es fehlt ja auch Raum und Zeit, was alles mit entscheiden muss, sind weittragende Wünsche der Mitgliedschaft zu erfüllen oder abzulehnen: das Wesen der Organisation in allen seinen Teilen und manches sonst muss berücksichtigt werden. Der am Orte oder im Kreise verantwortliche Genosse hatte weder Zeit noch Gelegenheit, all das kennen zu lernen, um den an ihn gerichteten Wünschen widerstehen zu können und seine Meinung so zu begründen, dass sie verstanden und geteilt wird.



Oft würde es dann wohl nicht zu Lohnkämpfen kommen, die von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg bieten, oft würden Boykotts und andere lokale Kämpfe im Interesse der Arbeiter vermieden. Das scheint uns das bedeutendste Verdienst der Parteischnule, dass einer Reihe von Genossen auseinandergesetzt werden konnte, was ihnen vielleicht gefehlt hat. Das gilt für Partei- wie Gewerkschaftsorganisationen, wird beiden Nutzen bringen, der Natur der Sache nach wohl mehr der Gewerkschaftsorganisation.

Mit Sozialpolitik und Gewerkschaftswesen steht in engem Zusammenhang ein anderer Unterrichtsstoff: das Statistische Seminar des Genossen Braun (zwölf Stunden). Zwei Stunden wurden ausgefüllt mit einer Debatte über die Arbeitersekretariate, eine Tatsache, die für das Bedürfnis nach ihnen zeugen mag. Es ist zu berücksichtigen, dass es aus Deutschböhmen allein dreissig tätige Vertrauensmänner waren, deren Verlangen diese Diskussion schuf, die ein Ergebnis zeugte, um dessen willen sie hier besonders erwähnt werden soll: die Forderung nach Errichtung sogenannter „fliegender“ Arbeitersekretariate, die weiterhin in den Organisationen und in der Presse zu diskutieren sehr wertvoll sein könnte. Es würde den Rahmen dieser Darstellung wohl überschreiten, diesem Ergebnis aus einem Seminar der Parteischnule mehr Raum zu widmen, aber ein wertvolles Illustrationsfaktum ist es auch für das, was in diesem Artikel gezeigt werden soll: dass die Schule als Ganzes äusserst fruchtbringend wirkte. Es war das eine unbeabsichtigte Debatte, die nur möglich wurde, einerseits durch die Wichtigkeit der Sache, andererseits durch die rege Anteilnahme an jeder einzelnen Phase des Unterrichtes. Sie wurde, und das zeugt weiter für diese Behauptung, geboren aus den statistischen Uebungen. Statistik, das Lesen von Ziffernkolonnen, sie zu zerlegen und zu verarbeiten, scheint nicht die starke Seite von Arbeitern zu sein, die über eine Volksschulbildung nicht weit oder gar nicht hinaus kamen. Man muss gesehen haben, mit welchem Eifer gerade diese Arbeiten in Angriff genommen wurden, wie sie meist gut gelangen, trotzdem die wenigsten der Schüler vorher statistische Arbeiten gemacht hatten. Man kann ruhig aussprechen, dass auch diese Teilerscheinung auf die gute Gesamtarbeit schliessen lässt. Dass die Arbeit gelingen konnte, setzt freilich voraus die gewaltige Erziehungsarbeit, die unsere Organisationen an jedem einzelnen leisten, der in ihren Reihen tätig ist. Die Parteischnule hat an einer Reihe von Genossen in konzentrierter Art diese Arbeit fortgesetzt; stünde das Ergebnis nur im gleichen Verhältnis zur Bildungsarbeit, die jede ausgebaute Gewerkschaftsorganisation leistet, könnten wir zufrieden sein.

Ein fast allen Teilnehmern der Parteischnule neues Gebiet erschloss der Unterricht aus Staatslehre, der in 27 Stunden absolviert wurde, vom Ende des Mittelalters ausging und im letzten Teil speziell die Entwicklung Oesterreichs und die Geschichte seiner politischen Parteien seit dem Jahre 1848 behandelte. Dieses interessante Thema, das so ausserordentlich zum Verständnis der im modernen Staate wirkenden Kräfte beitrug, bedurfte gerade deshalb, weil es Neues in dem Sinne bot, dass fast keine Vorkenntnisse vorausgesetzt werden konnten, einer eingehenden Behandlung und es erklärt sich daraus wohl, dass ganz besonders hier die Zeit zu kurz wurde und die letzten Teile des Stoffes eine sehr zusammengedrückte Darstellung erfahren mussten. Das ist gewiss unerfreulich, doch bleibt fraglich, ob die Ausdehnung dieses Teiles des Lehrstoffes auf Kosten der anderen Lehrgegenstände gewünscht werden kann. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zusammenhang zwischen den neueren Ergebnissen der österreichischen Politik und der Gesamtentwicklung auch durch sehr kurze Hinweise herzustellen ist, da es sich um Bekanntes, Selbsterlebtes handelt, das nur einzugliedern ist der Geschichte des Staates. Diese äusserst umfangreiche Materie, die, von der Reformation ausgehend, alle Staatsformen in ihrer natürlichen Entwicklung zu erläutern und in ihren Wirkungen zu untersuchen hat, daraus auf das, was ist, Schlüsse zieht, von den Tatsachen der russischen Revolution, des ostasiatischen Krieges und den Erhebungen und Gärungen in Asien auf die sich vorbereitende Neuorganisation der Welt überzugehen hat, ist schlechterdings nicht erschöpfend in 27 Stunden zu behandeln. Aber mehr noch als für alle anderen Lehrgegenstände gilt es hier, dass die Schule nur die Konturen des Gebäudes zeichnen konnte; die Anordnung für den Inhalt ist gegeben, der Inhalt beschrieben, aber an alles ist noch die vervollkommnende Hand zu legen, die Anordnungen sind



erst auszuführen. Ueber fast völlig un bebauten Boden wurde das erstemal der Pflug gezogen, es ist der Samen ausgestreut, die weitere Arbeit ist nun zu machen. Sie wäre nicht zu vollbringen ohne die Tätigkeit in der Schule, mehr als sonst fehlt ja hier auch die Literatur, die heranzuziehen möglich ist. Jeder Agitator kennt die Worte. Absolutismus und Demokratie, Republik und Monarchie, jeder spricht vom Nationalismus: wie entstanden alle die Begriffe, was ist an ihnen wahr, was falsch, wie wandelten sie sich im Laufe der Zeiten? Darüber tat, eben weil die entsprechende Literatur fehlt, der Unterricht doppelt und dreifach not. Die 27 Unterrichtsstunden über Staatslehre wurden so zu fruchtbringender Arbeit. — Damit in Zusammenhang sind vier Seminarstunden über die nationale Frage zu bringen, das meist besprochene Problem in Oesterreich. Vier Stunden liessen es nicht zu, mehr zu tun, als das Problem im allgemeinen zu erörtern, seine ökonomische und politische Seite in grossen Zügen zu beleuchten: für die Details der Sache, die Amtssprachenfragen, Minoritätsschulwesen und anderes blieb keine Zeit, obwohl gerade die Frage der Minoritätsschulen einer Diskussion bedurft hätte. Im allgemeinen wurden aber die Richtlinien für die Stellung der Sozialdemokratie zum nationalen Problem in Oesterreich vorgezeichnet und diskutiert, die Hauptarbeit geleistet.

Der letzte der Lehrgegenstände betraf Rechtskunde (Vortragender Genosse Fritz Winter), innerhalb dieses Rahmens vor allem das Arbeiterrecht im engeren Sinne, das sechste Hauptstück der Gewerbeordnung und die Vertragsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Von den 17 Stunden, die Rechtskunde vorgetragen wurde, entfielen fünf auf dieses besondere Kapitel, das in Seminarübungen wirkungsvoll vervollständigt wurde. Die Erteilung von Rechtsauskünften ist eine Tätigkeit, die zumindest keinem der Partei- und Gewerkschaftsangestellten (der Mehrheit der Parteischüler) erspart bleibt und von deren richtiger Durchführung sehr viel abhängen kann. Die Wichtigkeit dieser Aufgabe und ihr Wert für die gesamte Arbeiterbewegung steigert sich ungemein, wo es Parteisekretariate gibt und noch weiter, wenn die Frage der Arbeitersekretariate in weiten Gebieten Deutschösterreichs nicht mehr nur eine Frage ist. Das Interesse an dem Unterrichtsgegenstand war bei den Schülern erfreulich gross, es lässt erwarten, dass die überall eine grosse Rolle spielenden Rechtsauskünfte äusserst günstig beeinflusst werden. — Nicht unerwähnt soll bleiben, ist es doch ein nicht uninteressantes Merkmal für die Schule überhaupt, dass das spezielle Arbeiterrecht inklusive Versicherungsgesetzgebung, Mietvertrag, Ratengesetz, Pressgesetz, Vereinsrecht eine regere Teilnahme an den Debatten auslöste als das Eherecht oder Erbrecht. Diese Erscheinung ist leicht zu erklären daraus, dass ersteres der praktischen Betätigung der Parteischüler viel näher liegt als letzteres.

Zu sehr lebhaften und aufklärenden Diskussionen führten schliesslich die Seminare, in denen das Verhältnis der Kleingewerbetreibenden und der Bauern zur Sozialdemokratie zur Verhandlung stand — vier Seminarstunden, die Genosse Bauer abhielt, in denen ebenso wie in den zwei Seminarstunden des gleichen Diskussionsleiters über die Teuerung und die Mittel zu ihrer Bekämpfung unter spezieller Berücksichtigung des Boykotts viele Unklarheiten aufgehellt, Missverständnisse beseitigt wurden.

Und das ist das Wesentliche an der Parteischule überhaupt! Das Lesen der Parteipresse und einzelner Bücher und Broschüren, Vorträge und Diskussionen, die Arbeit in den verschiedenen Organisationen überhaupt hat allen, die nun die Parteischule besuchten, die Kenntnis vieler Tatsachen vermittelt, die man in der Betätigung in der Arbeiterbewegung braucht, hat jeden Genossen zu einem unerlässlichen Mass von Wissen geführt, das ihn befähigte, Funktionen zu bekleiden. Die Funktion in einer Organisation führt zu anderen Funktionen; ist es bedauerlich, dass zu viel Arbeit sich so in einer Hand häuft, so ist es momentan nirgends zu ändern: der Mangel an befähigten Genossen macht eine Aenderung unmöglich. Die Parteischule hat nun einer Reihe von Genossen, die bisher wenig hervortraten, die Möglichkeit gegeben, vorzurücken, Funktionen einzunehmen, andere Genossen zu entlasten, eine Arbeitsteilung herbeiführen zu können, die jeder davon berührten Organisation zum Vorteil gereichen muss. Die Summe dessen, was sich an Wissen in einem Kopfe häuft, ist dann aber nicht das Entscheidende. Die Vorträge über Staatslehre führten uns von den An-



fängen des modernen Staates Schritt für Schritt bis zu den heutigen Staatsformen. Ein steter Zusammenhang, das Entwickeln neuer Formen aus den überlebten alten aufzeigend. Es genügt nicht zur Erklärung des zaristischen Regimes in Russland, wenn man dessen Wirkungen aufzählt, aber nicht zu sagen weiss, wieso dort der Absolutismus herrschen kann, da er im übrigen Europa fiel, und man kann es nicht erläutern, kennt man nicht seine Vorgeschichte und die im Reiche wirkenden historischen Mächte. Nicht die Kenntnis einer Tatsache, eine Summe von Wissen also genügt, wertvoll wird uns die Kenntnis einer Tatsache erst, wenn wir ihre Beziehungen zu dem Ganzen erfassen können und sie dann entsprechend einzuordnen vermögen. Diese Ordnung, die Zusammenhänge, die richtige Einschätzung jeder einzelnen Tatsache, das Erkennen der gesamten ökonomischen und politischen Lage des Proletariats hat der systematische Unterricht der Parteischule gegeben. Dazu musste er jedem einzelnen Neues bieten, das ihm vorher zu erreichen nicht möglich war, musste nicht nur ausbauen, sondern auch vieles neu aufbauen. Das waren viele Anforderungen, die die Schüler an die Schule, an den Unterricht stellten. Berücksichtigen wir das vorher im Detail Gesagte, so ergibt sich, dass die Schüler erhielten, was sie erwarteten, und nur Nebensächliches im Vergleiche zu dem Ganzen ausfiel.

Und das, was die Partei von der Schule erwartete, was die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die Schüler entsandten, erhofften? Wir konnten mehrfach sagen, wie im einzelnen die Aufnahme der Lehrgegenstände bei den Schülern war, wie sich das Verständnis offenbarte. In der Hauptsache hängt der Erfolg des Unterrichtes ab von der Verwertungsmöglichkeit in der Praxis, die zu beeinflussen die Organisationen Gelegenheit haben. Es wäre falsch, zu glauben, dass das Vorgetragene während des Unterrichtsmonats bewältigt werden, das heisst verdaut werden konnte, so weit, dass es nun festes Besitztum jedes Lernenden ist. Um festes Besitztum zu werden, bedarf es der Weiterarbeit auf der gegebenen Grundlage des theoretischen Unterrichtes, bedarf es der praktischen Erprobung. So kann dann die Partei sich des geschaffenen Werkes freuen, wenn die nun an ihre Arbeit zurückgekehrten Genossen und Genossinnen in ihrem Wirkungskreise an die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen weitergeben, was sie in der Schule gelernt. So wird die Parteischule die Krönung des ganzen Gebäudes der Bildungsarbeit, von der Genosse Bauer im Jännerhefte des „Kampf“ sprach, und so wird sie reiche organisatorische Früchte tragen.

---

## Max Adler: Unpolitisches

### Zum Magdeburger Parteitag

In der an inneren Kämpfen und Gärungen reichen Entwicklung unserer Partei, aus denen ihr kraftvolles Leben immer gefestigter und geklärt hervorgeht, wird die Magdeburger Tagung ein stetig nachwirkendes und für die Bewährung ihres revolutionären Charakters entscheidendes geschichtliches Moment bedeuten. Denn wenn es auch an sich kaum zweifelhaft sein konnte, welche Stellung der Parteitag zu seinem Hauptproblem, der Frage der Badenser Budgetbewilligung, nehmen werde, so musste doch die Art, wie der Parteitag seine Entschliessung fasste, alle Unruhe und Besorgnis, mit der nicht wenige Parteigenossen der diesmaligen Beratung entgegensahen, in ein frohes Vertrauen auf die Unentwegtheit proletarischer Sinnes- und Willensrichtung umwandeln. Hat es sich doch nicht bloss gezeigt, dass die überwältigende Mehrheit des Parteitages in der Frage der Budgetbewilligung keinen Standpunkt des Paktierens mit jener Macht zulassen will, die es ja eigentlich zu bekämpfen gilt, mit der im Staate organisierten kapitalistischen Gesellschaft, sondern dass diese Stellungnahme nicht etwa blosser Doktrinarismus ist, bloss kalt theoretische Prinzipienklärung, sondern heisse Lebensempfindung der Partei, glutvolle Wallung aller ihrer Willensenergien und leidenschaftlicher Ausdruck ihrer Ueberzeugung. Dies alles spricht aus der so ungewöhnlichen und darum doppelt eindrucksvollen Nachtsitzung des Parteitages, in welcher unter dem Eindruck einer gewiss nicht zu verteidigenden — sagen wir — Respektlosigkeit des Wortführers der Opposition gegen die Autorität des Parteitages nun unwiderstehlich die



Einheit und das Selbstgefühl der Partei, ihre Macht nach aussen, aber auch nach innen, endlich einmal zu einem ebenso prachtvollen als höchst nötigen Ausdruck kam. Man mag bedauern, dass eine solche moralische Kraftanstrengung gerade Parteigenossen gegenüber aufgewendet werden musste, aber man kann und soll nicht verkennen, welches wirklich historische Moment damit für die innere Parteientwicklung erreicht wurde: das Bekenntnis zu dem ungebrochenen revolutionären Willen der Partei, mögen die äusseren Verhältnisse auch noch so schwer für seine Festhaltung sich gestalten, mögen auch noch so grosse Verlockungen vom Wege abzulenken versuchen. Gegenüber diesem elementaren Ausdruck des proletarischen Massenbewusstseins, gegenüber dieser alle Rücksichten durchbrechenden Betonung eines revolutionären Klassenwillens müssten, sollte man meinen, alle Erwägungen verschwinden, die sich an diese grosse Erscheinung des Parteitages mit den kümmerlichen Fragen heranmachen, ob diese Stellungnahme „politisch klug“ war, besonders „mit Rücksicht auf die Neuwahlen“, auf den „Zug nach links“ u. s. w. Wer von solchen Fragen nicht lassen kann, der steht im Grunde doch auf dem Boden der bürgerlichen Politik, für die das Entscheidende ist, dass sie ein Wirken über die Bedingungen dieses Staates der kapitalistischen Gesellschaft hinaus gar nicht kennt und vorzustellen vermag. Es ist daher auch charakteristisch, dass es zumeist bürgerliche Politiker sind, die nun in der Öffentlichkeit von einer Schwächung des politischen Fortschrittes orakeln und den Argumenten der Revisionisten zu Hilfe kommen. Als ob es der bürgerliche Fortschritt und Freisinn ist oder die bürgerliche Demokratie, und sei sie noch so echt und stramm, welcher die Sozialdemokratie überhaupt ein solches Interesse entgegenbringen könnte, dass sie darüber ihre Ziele zurücksetzen dürfte oder auch nur die Möglichkeit einer Verschleierung derselben bei den Massen ihrer Anhänger riskieren dürfte! Immer wird meines Erachtens das zum Schiboleth der bürgerlichen und proletarischen Politik werden, nicht bloss, wie auf dem Parteitag von Frank gesagt wurde, alles zu tun, was den Aufstieg der Arbeiterklasse zur politischen Macht fördert, — denn dies kann schliesslich auch ein bürgerlicher Demokrat wollen, da die politische Macht der Arbeiterklasse eine Ausgleichung mit jener der anderen Klassen im Staate an und für sich noch durchaus nicht ausschliesst. Sondern alles dazutun, respektive bei jeder politischen Aktion im Vordergrund des Bewusstseins zu haben, dass es endlich ein Aufhören mit dem schrecklichen Kulturwiderspruch einer Arbeiterklasse habe und zu diesem Ende mit jeder Form des bürgerlichen Staates in einem unüberbrückbaren Gegensatze zu leben, — das ist der Geist der proletarischen Politik. Und wenn Genosse Frank sowie die meisten Revisionisten gewiss sagen werden, dass sie selbstverständlich dieser Auffassung zustimmen, da sie sonst ja nicht Sozialdemokraten wären, so liegt der ganze Unterschied hier wie in anderen prinzipiellen Punkten eben nur darin, dass der Revisionismus zwar dieser Ansicht, aber nicht dieses Geistes ist. Er wünscht die politische Macht der Arbeiterklasse schliesslich nicht anders, wie eben jede politische Partei Macht zu gewinnen strebt. Es fehlt das Distanzgefühl zu dem politischen Kampf des bürgerlichen Staatslebens, in den wir nur notgedrungen, vielleicht allzuviel, hinabsteigen. Die Gegenwart mit ihren staatlichen und wirtschaftlichen Problemen erfüllt allzusehr den Zukunftsblick einer solchen Politik, statt dass die grosse sozialistische Zukunft sie diese Gegenwart zwar sicher nicht übersehen liesse, aber sie doch empfänglicher machte für den Hauch der Vergangenheit, der bereits aus allen ihren überkommenen Elementen aufsteigt, aus ihren überlebten Regierungsformen, ihren traditionellen Kulturidealen, ihren erstarrten religiösen Ideen, ja sogar aus ihrem stets mehr verarmenden täglichen Leben im Familien- und gesellschaftlichen Verkehr.

So glaube ich wird der Sinn der Budgetbewilligungsdebatte in Magdeburg allein in seiner — ich möchte sagen — parteipädagogischen Bedeutung, in seinem evolutionistischen Werte gefasst, wenn man sich losmacht von der Anschauung, dass der eigentliche Kern des Streites die Budgetbewilligung als solche oder gar nur die Disziplin gewesen sei. Das hiesse beim Aeusseren und Oberflächlichen stehen bleiben. Nicht einen blossen Disziplinbruch galt es abzuwehren, sondern einen Akt geistiger und moralischer Selbsterhaltung der Partei zu setzen. Denn es ist schon oft gesagt worden, kann aber nicht stark genug betont werden: die parlamentarische Verweigerung des Budgets ist nur ein Ausdruck, nur ein Symbol für den vom Staate und von der bürgerlichen Gesell-



schaft wegführenden Charakter der proletarischen Politik. Er ist ein Ausdruck in einer für die Massen besonders sinnfälligen Form, weil gerade dort vorgebracht, wo er der Aufmerksamkeit der vollen Oeffentlichkeit sicher ist, und wo der Wille des Volkes gleichsam verkörpert hart auf den der Herrschenden stösst. Diesem herrschenden Geist gegenüber, dem Willen zum Staate, das heisst aber zur Fortdauer der Klassenherrschaft, der Arbeiterfron, der Subalternisierung des grösseren Teiles der Staatsbürger — allem dem entgegen tritt das schroffe Nein des Proletariats, tritt der hinter aller Mitarbeit im Staate immer wache und sprungbereite Wille zur Beseitigung dieses Staates — je eher, je besser. Man unterschätze nicht die Bedeutung dieser Willensenunziation, auch wenn sie nichts anderes ist, als eine „leere Demonstration“. Die Leerheit dieser Demonstration wird reichlich erfüllt durch die Kraft der revolutionären Bereitschaft in den Massen, von der man nicht glauben darf, dass man sie sonst ohneweiters stets hervorrufen könnte. Nur vom Standpunkt des reinen Parlamentariers in der Partei konnte man dazu gelangen, gering von diesen „Demonstrationen“ zu denken. Aber wichtiger als die Widerspruchslosigkeit und — Bequemlichkeit des parlamentarischen Standpunktes ist die Unverwirrtheit und Gradlinigkeit des proletarischen Massegeistes. Und ein Proletariat, das mit dem Staat in klassenbewusster Weise unversöhnlich ist, wird der Bewegung der Partei noch immer nötiger sein als parlamentarische Fraktionen, die mit den Parteien dieses selben Staates versöhnlich geworden sind. Zuletzt — wenn die Verweigerung des Budgets wirklich ein solcher parlamentarischer Widerspruch wäre, wie sie es sicher nicht ist, — denn kann ich nicht zum Beispiel als angestellter Ingenieur an der Vervollkommnung von Waffen arbeiten müssen, obgleich ich den Krieg verwerfe? — wenn selbst die Budgetverweigerung ein parlamentarischer Widerspruch wäre, müsste er dann auch ein proletarischer Widerspruch sein? Wäre er nicht viel mehr geeignet, den Widerspruch unseres staatlichen Lebens überhaupt recht krass hervortreten zu lassen, wenn sich zeigte, dass das Volk — und das ist die Sozialdemokratie — selbst im Vollbesitze politischer Rechte heute noch gar keine verfassungsmässigen Möglichkeiten hat, seinen Willen überhaupt zum Ausdruck zu bringen, weil dieser im Grunde ja die wirtschaftliche und nicht die politische Verfassung stürzen will.

Und damit rührt die ganze Frage der Budgetbewilligung an ein viel tieferes Problem, von dem sie nur ein Teil ist, an das Problem von der Bedeutung des Parlamentarismus für unsere Bewegung überhaupt, von seinem Wert und seinen Grenzen. Insofern bleibt die Frage noch offen, ob die Budgetverweigerung ein richtiges und zweckdienliches Mittel ist für das, was sie bezeichnen soll: die Intransigenz der Sozialdemokratie gegenüber dem Staate. Nur dass dann diese Intransigenz selbst überhaupt nicht mehr zweifelhaft werden kann. Wird also die Frage aufgeworfen, ob die Sozialdemokratie am Ende nicht einen zu grossen Wert auf die Arbeit in den Parlamenten legt und auf ihre Bemühung um die Arbeitsfähigkeit notleidender Vertretungskörper, wird zur Debatte gestellt, ob sich der Schwerpunkt des Parteibewusstseins vielleicht nicht allzusehr von den Massen weg zu ihren Fraktionen verschoben habe, eine vielleicht im sozialen Leben ebenso unnatürliche wie in der Physik unmögliche Erscheinung, wird gefragt, ob die Partei durch ihre gewerkschaftliche, genossenschaftliche und bildungsvermittelnde Organisation nicht vielleicht eine grössere gesellschaftliche Macht ansammelt, die sie gegebenenfalls in unmittelbare politische Aktion umsetzen kann, — wenn sie die revolutionäre Organisierung der Massen nicht vergisst — so ist die Diskussion über die Frage der Budgetbewilligung nunmehr auf einen ganz anderen als den rein politischen, ich möchte sagen klubmässigen, Boden gestellt, von dem aus, wie immer die Antwort ausfallen mag, doch jedenfalls unmöglich sein wird, über der Politik den Sozialismus zu übergehen. Dann erst wird man vielleicht sagen dürfen, dass die Frage der Budgetbewilligung bloss eine Sache der Taktik sei. Dass der Magdeburger Parteitag aber entgegen den Versicherungen der Allesvermittler in dieser Sache heute noch keine „blosse Frage der Taktik“ gesehen hat, sondern mit dem Mute der Selbstgewissheit das Prinzipielle in ihr herausgegriffen und festgestellt hat, das werden alle Genossen ihm mit freudigem Danke gedenken, und nicht zuletzt die Ueberstimmten, geht es erst einmal fest an den Feind.



## Adolf Braun: Demokratie und Bürokratie in den Gewerkschaften

Sidney und Beatrice Webb haben ihr grosses Werk, das in deutscher Sprache unter dem Namen „Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine“ erschienen ist, selbst „Industrial Democracy“ (Demokratie in der Industrie) genannt. Sie sehen in den Gewerkschaften Englands die ausgebildetste Form der praktischen Anwendung demokratischer Prinzipien. Aber sie zeigen auch, wie sich der Gedanke der Demokratie den Bedürfnissen grosser Massen anpassen musste, die unmöglich über jede Ausgabe, über jede Aktion ihres Verbandes direkt entscheiden können.

Solange die Gewerkschaften kleine Körperschaften bildeten, deren Mitglieder in einem Orte wohnten, sich somit leicht verständigen konnten, weil sie unschwer zusammzubringen waren, konnte über jeden Gegenstand, der uns heute auch unwichtig erscheint, eingehend diskutiert werden, da konnte stets und auch über unbedeutende Fragen abgestimmt werden, ganz formell konnte man die Meinung der Gesamtheit der Mitglieder, beziehentlich ihre Mehrheit feststellen. Es war selbstverständlich, dass sich — theoretisch — in lokalen Organisationen alle Mitglieder an der Verwaltung zu beteiligen vermochten, dass die verhältnismässig kleinen Verwaltungsarbeiten von den Mitgliedern in den Feierabendstunden ausgeführt werden konnten. Ganz anders musste die Verwaltung und die ganze Verfassung der Gewerkschaften werden, als die Organisationen sich über einen Ort ausdehnten, als sie das ganze Land zu erfassen bemüht waren, ja über die Grenzen des Landes Einfluss zu gewinnen suchten. Hierzu kamen noch die Ausdehnung des Tätigkeitsgebietes durch die Ausbreitung von Unterstützungseinrichtungen, durch sonstige Erweiterungen des Aufgabenkreises der Organisation. Immer unmöglicher wurde es nun, die Gesamtheit der Mitglieder durch direkte Abgabe ihrer Meinungen, durch selbständige Beschlussfassung entscheiden zu lassen. Wohl wurde theoretisch der Grundsatz aufgestellt — vereinzelt auch in die Praxis übersetzt und bis zur Gegenwart vereinzelt immer von neuem gefordert — dass Entscheidungen durch Urabstimmung gefällt werden sollen. Aber auch die entschiedensten Vertreter dieser äussersten formellen Demokratie haben sich doch immer darauf beschränkt, nur für ganz besonders wichtige Entscheidungen, wie grundlegende Aenderungen der Statuten, diese Methode für wünschenswert zu erklären. Praktisch ergab sich bald die vollkommene Unmöglichkeit, alle Entscheidungen durch die Gesamtheit aller einzelnen fällen zu lassen. Mit der Zeit stellten sich immer wieder die gleichen Tatsachen und Verhältnisse ein, die zur Entscheidung drängten und für die eine Entscheidung von selbst gegeben war, da bei einem Dutzend vorangegangener Fälle unter den gleichen Umständen schon zur Zufriedenheit der Mitglieder entschieden worden war, so dass auch nicht der mindeste Anlass vorlag, zu einer anderen Entscheidung zu gelangen. Brachte dies schon eine Gesetzmässigkeit in die Verwaltung der Gewerkschaften, so hat sich neben diesem Gewohnheitsrecht auch ein tatsächlich bestimmendes, formell beschlossenes Recht der Gewerkschaften, inneres, eigenes Recht der Gewerkschaften ergeben. Die Gewerkschaften gaben sich Statuten, in denen eine ganze Reihe von Entscheidungen getroffen wurde, die jede weitere Beschlussfassung in diesen Angelegenheiten überflüssig machen sollten. Der Zweck der Organisation wurde da formell umschrieben, die Ansprüche der Mitglieder wurden festgelegt, ebenso ihre Pflichten, weiter die leitenden Personen, die Art ihrer Wahl und Amtsdauer, die Gliederung der Organisation, die Instanzen, die innerhalb der Organisation zu entscheiden hatten, die Formen eines Repräsentativsystems wurden festgelegt. Man schuf da aus der formlosen Demokratie, die für die kleinen Verhältnisse der Gewerkschaften in ihrer ersten Zeit genügte, eine Verfassung mit festgelegten Verwaltungsprinzipien, die den Bedürfnissen einer sich ununterbrochen ausdehnenden, ein ganzes Wirtschaftsgebiet umfassenden Korporation genügen sollte. Selbstverständlich haben sich mit der Entwicklung der Organisation, mit der Ausnützung der Erfahrungen Abänderungen, Verfeinerungen, Spezialisierungen ergeben, ja man kam zu der Notwendigkeit, die Statuten zu ergänzen durch Geschäftsordnungen, durch



Reglements, insbesondere durch Streikreglements, Unterstützungsreglements, ja man schuf Einrichtungen zur Schulung der Mitglieder, die mit der Ausführung der Statuten etc. betraut waren, man ging noch weiter, indem man Instruktionen schuf, ganze Bücher zur Unterweisung der Beamten der Organisation herausgab.

Aber immer waren es beauftragte, erwählte, verantwortliche, einer Wiederwahl unterworfenen Personen aus dem Kreise der Organisierten, die die Leitung der Organisation erhielten. Ueberall waren es weiter Korporationen, Ausschüsse, Beiräte — die Namen sind sehr mannigfaltig — die in Verbindung mit den vor allen Beauftragten bei der Ausführung der Statuten, der Reglements, der Generalversammlungsbeschlüsse mitwirken sollten. Stets war eine Rechenschaftsabgabe der bisherigen Beauftragten vor allen Neuwahlen vorgesehen. Ueberall war für einen Instanzenzug Sorge getragen, in letzter Linie bildete die Vertretung der Gesamtheit der Mitglieder, die Generalversammlung der Delegierten, die von den Mitgliedern in den einzelnen Verwaltungsstellen oder in Wahlkreisen gewählt wurden, die höchste Instanz der Organisation. Sie hatte in absoluter Souveränität über alle Leistungen zu entscheiden, an sie gingen alle Beschwerden, sie nimmt Rechenschaft ab von denen, die bisher die Geschäfte geführt haben, sie bestätigt sie in ihren Aemtern oder betraut neue Personen mit diesen Aemtern.

Neben den Verwaltungsstellen in den einzelnen Orten gibt es oft weitere für die Bezirke, Landesteile, Gaue, Provinzen, Gauvorstände, Provinzialkommissionen und ähnlich benannte, dann als oberste Leitung den Zentralvorstand, über den in Deutschland oft noch eine besondere Instanz, der „Ausschuss“, zur Appellation gegen die Beschlüsse des Zentralvorstandes eingesetzt ist. Und über allen diesen Körperschaften steht die Generalversammlung, die nach den Statuten eine bestimmte Zusammensetzung haben muss, in der die Demokratie kräftig zum Ausdruck kommt. Sie muss in bestimmten Zeiträumen mit allen statutarischen Sicherungen, mit ordnungsgemäßer Einberufung und Zusammensetzung stattfinden. Sie kann noch eine Ergänzung finden in ausserordentlichen Generalversammlungen, zu deren Einberufung ein bestimmter Bruchteil von Mitgliedern oder Mitgliedschaften — hie und da auch der freilich nicht überall vorgesehene Ausschuss — befugt sein kann.

Wir sehen so ein ausserordentlich ausgebildetes Repräsentativsystem mit allen demokratischen Garantien, mit ganz genau festgelegten Verfassungs-, das heisst Statutenbestimmungen, mit mannigfachen, die verantwortlichen Personen bindenden Beschlüssen, Resolutionen, Reglements u. s. w., die festgesetzt wurden oder bestätigt wurden durch die oberste demokratische Instanz, durch die Generalversammlung. In ganz ausnahmweisen Fällen, wie zum Beispiel bei Beschlüssen über Reichstarife, bei Auflösungen und Fusionen von Organisationen, bei völligen Umgestaltungen der Statuten findet die Demokratie eine weitere und letzte Ergänzung, indem Urabstimmungen vorgenommen werden können. So kann man wohl von einer weitgehenden demokratischen Garantierung der Rechte der Mitglieder sprechen.

Trotzdem wird aber häufig der Vorwurf gemacht, dass eine Bureaukratisierung in den Gewerkschaften Platz greift und dass die Demokratie sich mit der Entwicklung der Gewerkschaften nicht mehr so durchzusetzen vermag, wie das dem Geiste einer Arbeiterorganisation entspricht. Der Anlass zu diesem Vorwurf ist zumeist eine nicht zu hemmende Wirkung der Grösse der Organisation. Es ist nur scheinbar ein Ideal der gewerkschaftlichen Demokratie, dass sie ohne Beamte, die berufsmässig die gewerkschaftlichen Arbeiten ausführen, auskommen soll. Gerade bei den Gewerkschaften hat sich gezeigt, dass bei allem Idealismus der Mitglieder, der moralisch die höchste Wertung verdient, die Erledigung der gewerkschaftlichen Arbeiten in den wenigen Stunden nach Feierabend nur dort möglich ist, wo es sich um kleine Mitgliedschaften, um eine geringe Menge von Geschäften handelt. In den Zentralstellen, wo eine ordnungsmässige Buchführung über hunderttausende Mitgliedsbeiträge, über Einnahmen und Ausgaben von Millionen im Jahre, um sehr komplizierte Verwaltungseinrichtungen, Evidenzhaltungen, um sehr viele, rasche Entscheidungen, um häufige Informationsreisen, um Führung langwieriger Streiks, um mannigfache Revisionen und Kontrollen handelt, da kann unmöglich die Arbeit in kargen Feierabendstunden von übermüdeten Arbeitern durchgeführt



werden, da ergibt sich auch die Notwendigkeit eines ständigen und geschulten Personals mit reichlicher Personenkenntnis, mit vollständiger persönlicher Unabhängigkeit, mit der Möglichkeit ruhiger und gründlicher Ueberlegung. Von dem Augenblick an, wo die einzelnen Verwaltungsstellen tausend und mehr Mitglieder haben, erweist es sich auch da notwendig, eigene Beamte anzustellen, und das gleiche ist in den Gauen der Fall. Wo es möglich ist, zu einer richtigen Auswahl der Beamten zu gelangen, da ergibt es sich in der Regel, dass sich der Beamte rasch und gut bezahlt macht, dass er durch die Steigerung der einkommenden Mitgliedsbeiträge, durch die bessere Ordnung der Geschäftsbücher und Formulare, durch eine genauere Kontrolle der Forderungen an die Gewerkschaftskasse, vor allem durch die Gewinnung neuer Mitglieder, dann durch eine richtige Information des zentralen und lokalen Vorstandes einerseits Ersparnisse, anderseits eine hohe Steigerung der Einnahmen herbeiführt, so dass seine Bezahlung demgegenüber gar nicht ins Gewicht fällt. Unabhängige, den Mitgliedern stets zur Verfügung stehende, nicht an den Ort oder gar an den Betrieb gebundene Beamte werden immer mehr zur Notwendigkeit in den Gewerkschaftsorganisationen.

Auch diejenigen, die dies zugestehen, erheben doch vielfach Klage über die Zunahme des Bureaucratismus in den Gewerkschaften. Es ist ja ganz begreiflich, dass ein ständiger Beamter, der ununterbrochen innerhalb der Organisation zu wirken hat, der alltäglich auf die Statuten, auf die Kongressbeschlüsse, auf die Uebung, auf vorhergegangene Entscheidungen zurückgreifen muss, oft anders, vielleicht auch unbequemer, wenn auch im Interesse der Organisation richtiger entscheiden wird, als das Mitglied, das nach Feierabend die Geschäfte besorgt, das nicht so streng zur Verantwortung gezogen werden kann und oft mehr nach dem Herzen und aus freundschaftlicher Gesinnung als auf Grund des Wortlautes die einzelnen statutarischen Bestimmungen auslegt. Aber nicht hier liegen die eigentlichen Vorwürfe, mit denen gegen die Beamten vorgegangen wird. Es wird vielfach gesagt, dass sie die Fühlung mit den Mitgliedern verlieren, dass sie nicht mehr wissen, wie es dem einzelnen Arbeiter in der Werkstätte geht, dass sie entfremdet werden den Verhältnissen, aus denen sie erwachsen sind, dass sie nach Formeln entscheiden, dass sie oft ein anderes Interesse haben wie die Mitglieder, dass sie ihre Meinung und nicht das Interesse der Gesamtheit als das Entscheidende bezeichnen, dass sie vielfach selbst gegen die Statuten Anordnungen treffen, ohne dass es möglich ist, sich dagegen zu wehren, dass der Beamtenkörper eine eigene Interessengruppe, einen Staat im Staate bilde, dass er die weiteren Beamtenernennungen bestimme und die Generalversammlungen durch die Beamten beherrsche, so dass der Wille der Mitglieder viel zu wenig zum Ausdruck gelangen kann. Hierzu kommt noch die Unzufriedenheit einzelner Mitglieder oder einzelner Ortsgruppen, deren Forderungen nicht bewilligt werden konnten, die nur an sich und nicht an die Allgemeinheit dachten, die eine Beugung des Rechtes zu ihren Gunsten gewünscht hätten; weiter Unzufriedene, wie sie in jedem Körper vorkommen, die ihre private Differenz zum Gegenstand allgemeiner Klage machen. Erwägen wir, wie weit diese Beschwerden einer Betrachtung wert sind.

Sicherlich kann es vorkommen, dass unter den zahlreichen Beamten, die mit der engeren Bureauarbeit, wie Ausstellung von Mitgliedsbüchern in der Zentrale, Evidenzhaltung der Mitglieder, Registratur und Buchhaltungsarbeiten befasst werden, dieser oder jener durch eigene Schuld den Mitgliedern entfremdet wird, das ist aber in weit höherem Masse ein Nachteil für diese Beamten als für die Organisation. Die Entscheidungen liegen aber nicht bei diesen Personen, sondern bei denen, die die Geschäfte in dem zentralen Bureau leiten, die den Verband dirigieren, die selbst, wenn der unmöglich erscheinende Fall eintreten sollte, dass sie an der Fühlung mit den Mitgliedern keine Freude hätten, zu ihr durch ihre Tätigkeit täglich gezwungen werden. Sie müssen die Korrespondenz der Mitglieder, der Verwaltungsstellen, der Gauvorstände lesen und beantworten, sie stehen in ununterbrochener Fühlung nicht nur mit allen Organen des Verbandes, sondern auch durch ihr Auftreten als Redner und Berater in Versammlungen aller Art, von der Werkstättenversammlung, der Agitationsversammlung, den Gaukonferenzen bis zur Generalversammlung, in ständiger Beziehung auch mit den Mitgliedern. Der beste Beweis hierfür ist die grosse Anzahl der Reisetage der leitenden Männer der



Gewerkschaften; es gibt viele unter ihnen, die mehr Tage auf der Reise, als in ihren Bureaus sind, ja es gibt zum Beispiel im Deutschen Holzarbeiterverband nun schon einzelne Beamte, die ununterbrochen auf Reisen sind: als Kontrolloren, als Tatsachenfeststeller vor Streiks, als Führer vor Lohnbewegungen und als Abschliesser von kollektiven Arbeitsverträgen. So sehen wir, das Wort ohne üblen Beigeschmack gebraucht, eine gewerkschaftliche Diplomatie in ständiger Fühlung mit der Arbeiterschaft neben der eigentlichen gewerkschaftlichen Bureaucratie, die, ans Bureau gefesselt, den inneren Verwaltungsdienst ausführt, wichtige Manipulations- und Registraturarbeiten ausführt, mannigfaltige Arbeit ausführt, aber für jeden einzelnen Beamten oder Beamtengruppe regelmässig die gleiche Arbeit. Da gibt es Beamte, die die Drucksachen versenden, für die Ordnung und die Ergänzung des Materialienbestandes, für die Erledigung aller Korrespondenzen, die sich auf die Ergänzung des Drucksortenbestandes in den Filialen beziehen, zu sorgen haben. In grossen Organisationen sind für diese Tätigkeit schon mehrere ständig wirkende Personen notwendig, wobei oft eine Teilung stattfindet, indem einzelne die Packarbeiten, andere die Sortierung, wieder andere die Evidenzhaltung und die Aufzeichnung der erfolgten Expeditionen, dann der Bestände in der Zentrale und in den Verwaltungsstellen zu erledigen haben. Eine besondere Expedition erfordert das Fachblatt, sie wird dort kompliziert, wo erstens ein häufiger Wechsel von Adressen und eine starke Fluktuation von Mitgliedern stattfindet, besonders aber dann, wenn verschiedene Zeitungen an die einzelnen Verwaltungsstellen zu senden sind, so besondere Zeitungen für diejenigen weiblichen Mitglieder, deren Männer das Fachblatt beziehen, dann wo die Mitglieder besondere Fachblätter in ihrer Muttersprache zugesandt erhalten müssen. Eine weitere Expeditionsarbeit ergibt sich aus der Arbeitsteilung in der Tätigkeit des Kassiers, der dann, wenn er seine Arbeit allein nicht erledigen kann, in der Regel zuerst einer Hilfskraft den Versand der Marken an die Kassiere der Verwaltungsstellen überträgt.

In vielen Organisationen werden die Mitgliedsbücher auf Grund der in den Verwaltungsstellen ausgefüllten Aufnahmscheine in der Zentrale ausgestellt und registriert. Vielfach finden wir auch, dass die Zentrale die namentlichen Abrechnungen, das heisst die Leistungen für jedes einzelne Mitglied und seine Beitragszahlungen auf die Evidenzbogen, die für jedes einzelne Mitglied bestehen, überträgt, wiederum Arbeiten, die je nach der Grösse des Mitgliederstandes einen oder mehrere Beamte regelmässig erfordern. In diese Evidenzbogen werden dann alle Angaben, die auf das Mitglied Bezug haben, eingetragen, so der Wechsel der Verwaltungsstelle, der er angehört, die bezogenen Unterstützungen nach ihrer Art und nach ihrer Höhe, die Tatsache der Aussteuerung, des Beginnes einer neuen Unterstützungsberechtigung, Teilnahme an Lohnbewegungen und alle sonstigen die Organisation interessierenden Verhältnisse dieses Mitgliedes. Vielfach werden diese Evidenzbogen nicht nur in den Zentralen, sondern auch in den einzelnen Verwaltungsstellen geführt, also für jedes Mitglied doppelt, so dass auch in den einzelnen Verwaltungsstellen für diese Tätigkeit besondere Beamte notwendig sind. Die Aufbewahrung der Karten für die ausgeschiedenen Mitglieder lohnt sich auch. Vielfach kehren ausgeschiedene Mitglieder wieder in die Organisation zurück, so dass die Feststellung für die dem Verband früher angehörenden Arbeiter mit dem Austritte nicht an Wert verlieren. Die Ordnung aller Evidenzkarten kann alphabetisch, nach Orten, nach Berufsgruppen, nach den laufenden Nummern geschehen, immer muss aber das Prinzip sein, dass jede Karte sofort zur Verfügung steht. Das geschieht vielfach dadurch, dass man neben den verschiedenen Methoden der Aufbewahrung eine zweite Zettelregistratur in Ordnung hält, die nur den Namen des Mitgliedes und den Hinweis enthält, wo man die eigentliche Karte mit allen Angaben für das Mitglied sofort finden kann. So wichtig die Registratur der Mitglieder ist, so bildet sie nur einen kleinen Teil der gesamten Registratur, alles, was sich auf die einzelnen Verwaltungsstellen, Zahlstellen, Gaustellen u. s. w. bezieht, soll in genauer Ordnung gehalten werden. Weiter ist von grosser Wichtigkeit für die einzelnen Branchen, Orte, ja auch für die einzelnen Betriebe alles, was mit der Organisation in irgendwelche Beziehung zu bringen ist, gesondert festzuhalten und genau zu ordnen. Bei der nun immer üblicher werdenden Arbeit mit der Schreibmaschine ist es leicht möglich, von jedem Schriftstück, das ausgeht, mit einem fast gar nicht bemerkbaren Zeitaufwand mehrere Kopien zu machen, die man dann in



alle in Betracht kommenden Registraturabteilungen verteilen kann. So kann das gleiche Schriftstück in vier oder fünf Mappen liegen, so dass jeder, der eine Mappe zur Hand nimmt, alles darin finden kann, was irgendwie in Betracht kommen kann. Ordnet man noch das Material zeitlich genau oder macht man besondere Mappen für jedes Jahr, so ergibt sich eine grosse Uebersichtlichkeit, ohne dass man mit Dingen zu tun hat, die zwar geschichtlichen Wert für die Organisation haben, aber für die praktische Arbeit nicht oder nur ausnahmsweise in Betracht kommen. Dem Beamten der Organisation, der telegraphisch zur Beilegung eines Konflikts berufen wird, dessen Reisedispositionen oft geändert werden müssen, wenn er fern vom Sitze des Verbandes weilt, kann durch die Zusendung der Mappen eine grosse Erleichterung der Verhandlungen, eine oft nicht hoch genug zu schätzende Information geschaffen werden über Personalien, über Organisationsverhältnisse, über frühere Vorgänge, über Schwierigkeiten mannigfacher Art. Auch für die Agitation und für die Schlichtung von Streitfällen unter den Mitgliedern hat eine gute Registratur vielen Vorteil. Die Technik des Registrierwesens ist heute so ausgebildet, die mannigfachsten Methoden können angewandt werden, es gibt so billige Einrichtungen für diese Zwecke, dass jede Organisation eine Unterlassung begeht, die mit ihrer Entwicklung immer fühlbarer wird, wenn sie der Registrierungsarbeit nicht grosse Aufmerksamkeit und Genauigkeit schenkt. Freilich hat nur dort die Registratur Zweck, nur dort werden ihre Kosten wirklich reichlich aufgewogen, wo sie auch tatsächlich benützt wird.

Eine wertvolle Registrierungsarbeit, die eine wichtige Kontrolle der ganzen Verwaltung bildet, ist die Einzeichnung des gesamten Einlaufes. Jeder Brief, jedes Schriftstück, das einkommt, soll in einer gutgeordneten Verwaltung verzeichnet werden, der Beamte, der die Schriftstücke verteilt, macht in der Regel eine Bemerkung, oft nur ein Zeichen, aus dem hervorgeht, welcher Beamte die weitere Erledigung übertragen erhält. Auch können Bemerkungen über die Erledigung des Schriftstückes wie über den Tag der Beantwortung, über die Nummer, unter der die Beantwortung erfolgt ist, in das Einlaufregister eingetragen werden.

Während ein Teil des Einlaufes sofort von einzelnen Beamten erledigt werden kann, werden andere Gegenstände der Entscheidung des Vorstandes, der oft ein engerer oder ein weiterer ist, vorbehalten. Die Entscheidungen des Vorstandes müssen protokolliert werden, sie sollen in Abschriften in diejenigen Mappen eingefügt werden, deren Gegenstand mit den Beschlüssen des Vorstandes zusammenhängt. Das gleiche gilt auch für die Kopien der Briefe, die von dem Vorstand ausgesandt werden, wenn er nicht am Sitze der Verbandsleitung weilt.

Besondere Beamte, in der Regel die Vorstandsmitglieder selbst, beschäftigen sich mit allen die Streiks betreffenden Angelegenheiten, andere Beamte haben das Unterstützungswesen zu kontrollieren und hierüber zu korrespondieren, weitere haben mit Kasse und Buchhaltung und mit der Statistik zu tun u. s. w. Es gibt auch schon Gewerkschaften, die besondere Abteilungen für die Rechtsschutzangelegenheiten besitzen, wieder andere, die das Bibliotheks- und Bildungswesen, die die Agitation in eigenen Abteilungen erledigen; dann gibt es auch hier und da Beamte, die für besondere Industriegruppen ihre Tätigkeit zu entfalten haben. Die Einrichtung des Arbeitsnachweises erfordert gleichfalls häufig eigene Beamte, so dass man hieraus schon erkennt, welche grosse Beamtenkörper bei den Organisationen notwendig sind, deren Mitglieder bei uns nach Zehntausenden, in Deutschland nach Hunderttausenden zählen. Nun ist es selbstverständlich, dass ein derartig grosser Beamtenkörper von einem einzelnen Manne, so vom Vorsitzenden der Organisation, der häufig vom Sitze der Verwaltung abwesend ist, nicht stets übersehen und nicht vollkommen kontrolliert werden kann. Es ergibt sich hieraus das Bedürfnis, eine Teilung des Beamtenkörpers nach Gruppen herbeizuführen und über jede dieser Gruppen einen verantwortlichen Beamten einzusetzen, der die Einteilung der Arbeiten übernimmt, ihre Ausführung überprüft, der die Erledigung feststellt. Das sind Voraussetzungen für das gedeihliche Arbeiten jedes grossen Beamtenkörpers. Es muss aber freilich immer dafür gesorgt sein, dass die ganze Initiative, Leitung und oberste Kontrolle in den Personen zusammenfliesst, die von den Generalversammlungen mit der Leitung der Organisation beauftragt wurden und die sich durch



ihre ganze Stellung und Tätigkeit in ununterbrochener Föhlung mit der gesamten Mitgliedschaft befinden. Die Bureaukratie ist eine Notwendigkeit, sie darf aber nicht zu einem Widerspruch gegen das Prinzip der Demokratie in den Gewerkschaften werden.

Was als undemokratisch in den Gewerkschaften getadelt wird, sind oft Aeusserlichkeiten, die sich nicht vermeiden lassen, so die Tatsache, dass überbeschäftigte Vorstandsmitglieder nicht über die Zeit verfügen, die jedes einzelne Mitglied von ihnen zu beanspruchen das Recht zu haben meint. Häufig überschätzte Aeusserlichkeiten sind erklärlich und entschuldbar und fallen für einen nüchternen Kritiker vollständig aus dem Kreis der Betrachtung. Viel wichtiger ist ein sehr begreiflicher und natürlicher Gegensatz zwischen dem Gesamtinteresse der in der Organisation vertretenen Arbeiter und dem Interesse nicht nur der einzelnen Mitglieder, sondern auch der einzelnen Mitgliedschaften. Wer die gewaltige Verantwortung für eine Organisation von zehntausenden oder hunderttausenden Arbeitern und Arbeiterinnen trägt, der muss es, wenn auch oft schmerzhaft, tragen, dass er häufig den Wünschen der einzelnen Mitglieder und Mitgliedschaften nicht in der Weise Rechnung tragen darf, wie ihm dies selbst häufig erwünscht sein würde. Die Mittel für die längere Fortführung eines Streiks können oft reichlich vorhanden sein und doch wird ein seiner Verantwortlichkeit bewusster Leiter der Organisation nicht alle Mittel für einen noch so wichtigen Streik zur Verfügung stellen dürfen, weil er nicht die anderen Glieder seiner Organisation entblössen kann von den Voraussetzungen bevorstehender Kämpfe.

Sehr häufig kann ein Leiter einer Organisation, gerade weil sie so demokratisch aufgebaut ist, weil sich all ihr Leben in der Oeffentlichkeit abspielen muss, nicht all das sagen und auseinandersetzen, was seine Entscheidung bestimmen musste, weil er es nicht nur seinen Zuhörern, den Mitgliedern seiner Organisation, sondern auch der breitesten Oeffentlichkeit und damit auch den Gegnern, den Unternehmerorganisationen, sagen würde. Die redseligsten und alles erzählenden Vertrauensmänner der Gewerkschaftsorganisation sind nicht immer die Klügsten, sie wahren nicht stets am besten die Interessen ihrer Mitglieder. Zum Kriegführen gehört nicht nur Geld, es ist auch dazu Klugheit, diplomatisches Geschick erforderlich, das sich weit häufiger im Schweigen wie im Reden äussert. Bei den heutigen ernsten Kämpfen der Gewerkschaften mit den immer besser organisierten und immer klüger geleiteten Unternehmerorganisationen müssen von den leitenden Personen der Gewerkschaften diplomatische Fähigkeiten gefordert werden. Wer in allwöchentlichen Verhandlungen mit den Unternehmern oder ihren Vertretern ununterbrochen strenge Selbstzucht üben muss, stets jedes Wort sich zu überlegen hat, ja selbst seine Mienen beherrschen muss, der kann gerade dann, wenn er am besten die Interessen seiner Kollegen zu vertreten weiss, ein gewisses zurückhaltendes, verschlossenes, abwägendes, nicht redelustiges Wesen an den Tag legen müssen, das oberflächlichen Vorstellungen von der Demokratie oft widerspricht. Es bildet sich eine eigene Psychologie des Gewerkschaftsführers, die erwachsen ist aus der Notwendigkeit ganz anderer Verantwortlichkeiten, als sie früher waren, die zusammenhängt mit dem vollständig geänderten Geschäftskreise, mit dem ununterbrochenen Verkehr mit den Gegnern, mit einer Unsumme von Schwierigkeiten, die die Zuspitzung der sozialen Kämpfe zur Folge hatte, wozu noch kommen die gewaltigen Verwaltungskörper und die Mannigfaltigkeit der Charaktere in der Organisation und die Verschiedenartigkeit der Interessen, deren Vertretung gewünscht wird. Von welchem Umfang, von welcher Bedeutung, von welchen Schwierigkeiten ein Gewerkschaftsführer sein Tätigkeitsgebiet erfüllt sieht, verstehen die wenigsten zu würdigen. Nicht nur die Feinde nicht, auch oft die Freunde nicht.

Zu all dem kommt, dass das Leben des Gewerkschaftsführers vielfach ein anderes sein muss wie das seines Auftraggebers, des Arbeiters in der Werkstätte. Er muss mit den reichsten Männern des Landes, mit den grossen Unternehmern, mit den oft überreich bezahlten Leitern der Unternehmerorganisationen, mit Beamten, vom Gendarmen bis zum Ministerpräsidenten, verhandeln. Er muss in jeder Hinsicht die vollständige Gleichberechtigung bei den Verhandlungen fordern. Dadurch wird auch sein Auftreten bestimmt. Er muss ebenso die Möglichkeit haben, die Unternehmer und ihre Sekretäre zu empfangen, wie er sich sicher und selbstbewusst in ihren Bureaus bewegen



können muss. Das zwingt zu Aufwendungen in der Kleidung, bei der Wahl der Hotels u. s. w. Diese äussere Repräsentierung, die dem einzelnen oft unbequem und unsympathisch ist, wird weit weniger erzwungen durch den Wunsch des Beamten, als durch die Pflichten seines Amtes. Diese Aeusserlichkeiten sind es häufig, die den Vorwurf undemokratischen Gebarens der Beamten hervorrufen.

Weit bedeutsamere Wurzeln hat dieser Einwurf in einer Zwangslage der leitenden Personen der Gewerkschaften, selbständige Entschliessungen zu fassen und den Mitgliedern aufzuzwingen, die hie und da sogar im Widerspruche mit den statutarischen Bestimmungen stehen können, aber die Lücken der Statuten ausfüllen, weil hierzu ein Zwang im Interesse der gesamten Organisation vorliegt. So wie das staatliche Gesetz der wirtschaftlichen Entwicklung nicht vorauseilen kann, sondern ihr nachhinken muss, so geht es auch mit den Beschlüssen der gewerkschaftlichen Generalversammlungen, die nur die Fragen entscheiden können, die im Augenblick vorliegen, die aber keine bestimmten Satzungen anordnen können für Erscheinungen, die erst die Verschärfung der Kämpfe, eine geänderte Taktik des Unternehmertums oder sonstige unvorhergesehene Entwicklungen erzeugen werden. Hier stossen wir auf den Zwiespalt zwischen formeller Pflicht und faktischem Gebot. Wie in jeder Schlacht der als der fähigste General gilt, der gegen den Befehl des Oberstkommandierenden Entscheidungen trifft, die den Feldzug zum Siege führen, so kann es auch im Kriege der Gewerkschaften gegen die Unternehmerorganisationen Fälle geben, wo eine höhere Pflicht gebietet, ohne Rücksicht auf die Beschlüsse der Generalversammlungen, gegen den Willen, ja öfter zum scheinbaren Schaden der Mitglieder, Entscheidungen zu treffen, die im Lebensinteresse der gesamten Organisation geboten erscheinen können.

So erweisen sich die meisten Vorwürfe gegen die Bureaukratisierung der Gewerkschaften als unbegründet. Wohl mag es hie und da vorkommen, dass sich der eine oder der andere Gewerkschaftsführer, der viele Jahre tagaus, tagein, oft mit dem doppelten Achtstundentag im Dienste der Gewerkschaft, also der Gesamtheit seiner Mitglieder wirkt, nicht mehr ganz hineindenken kann in das, was den einzelnen Arbeiter in der Werkstätte bewegt. Der Arbeiter in der Werkstätte wird häufig genug durch die Werkstätte zur Beobachtung innerhalb eines engen Horizonts gezwungen. Es wäre gefährlich, vom Gesichtspunkte einer einzelnen Werkstätte, einer einzelnen Fabrik allein den gewaltigen Organismus einer grossen Gewerkschaftsorganisation zu leiten. Die mangelnde Erkenntnis der Lebensbedingungen aller Arbeiter und jedes einzelnen Arbeiters kann bis zu einem gewissen Grade wettgemacht werden durch die Feststellungen der Statistik. Sie wird auf das lebhafteste und in immer breiterer Weise gepflegt durch die gewerkschaftlichen Organisationen, die Statistik gibt uns Rechenschaft über die Massenerscheinungen, und diese Massenerscheinungen müssen es in letzter Linie sein, nicht das Schicksal des einzelnen und einer kleinen Gruppe, die die Arbeit und die Richtung der Tätigkeit der obersten Vertrauensmänner der gewerkschaftlichen Organisation bestimmt und bedingt.

Immer neues frisches Blut aus dem Kreise der werktätigen Arbeiterschaft kommt in die Leitungen der gewerkschaftlichen Organisationen, die Kombination der Vorstände aus berufsmässigen Vertretern der Arbeiterinteressen und aus noch im Betriebe tätigen Arbeitern mindert weiter die mehr eingebildeten als tatsächlichen Gefahren einer Bureaukratisierung der gewerkschaftlichen Organisationen. Der ganze Geist der Arbeiterschaft ist ein demokratischer, mit ihm verträgt sich eine Bureaukratisierung nicht, und die ununterbrochene Fühlung zwischen dem grossen Körper der Mitgliedschaften und ihren Geschäftsführern muss immer wieder ausgleichend wirken.

Es soll nicht geleugnet werden, dass es innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Tendenzen gibt, die nicht auf Personen, sondern auf die natürliche Entwicklung zurückzuführen sind, die als bureaukratisierend bezeichnet werden können. Aber die Erkenntnis dieser Gefahren, die oft nur zu reichlicher Kritik, die den verantwortlichen Personen zugewendet wird, ihr Aufgabenkreis, ihr Ursprung, ihre Ziele und Ideale werden immer wieder korrigierend wirken und die demokratische Grundlage der Gewerkschaften immer von neuem sichern.



## Julius Deutsch: Die gewerkschaftliche Internationale

„Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse.

Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung.“

Als Karl Marx vor sechzig Jahren diese Worte, die in den stolzen Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ ausklangen, in die Welt sandte, fanden sie nur einen schwachen Widerhall. Noch lebten die Arbeiter in ihrer übergrossen Mehrzahl in stumpfer Gleichgültigkeit, die sie in ergebener Knechtseligkeit ihr Dasein verbringen liess. Nur wenige vermochten sich aufzuraffen, um als die Pioniere des Klassenkampfes in die Schranken zu treten. Aber selbst diese wenigen, die für die Sache des Sozialismus gewonnen waren, fassten nicht in der gleichen Weise wie Marx den internationalen Zusammenschluss der Arbeiter als eine ökonomische Notwendigkeit auf. Ihnen war die internationale Verbindung vorerst nicht mehr als die Realisierung einer Idee, die sie von der bürgerlichen Demokratie übernommen hatten. In seinem Kampfe gegen die die Ausbreitung der Produktion hemmenden staatlichen Grenzen war der Liberalismus zu einem Ideal der Internationale gekommen, das von humanitären Anschauungen durchsetzt war. Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, unbeschränkte Freiheit des Individuums war die Devise. Die nationalen Verschiedenheiten erschienen von diesem Gesichtspunkte aus als Vorurteile, über die die „Aufgeklärten“ leicht hinwegsehen zu können glaubten. Die Arbeiter, die diesen Kosmopolitismus aufnahmen, waren international aus Gefühl, ihnen schwebte mehr eine kulturelle Gemeinschaft der Nationen als ein gemeinsames ökonomisches Interesse vor.

So erklärt es sich auch, dass nicht die Gewerkschaften, die Organisationen des wirtschaftlichen Kampfes, zu den ersten internationalen Vereinigungen kamen, sondern die politische Richtung der Arbeiterbewegung, die in erster Linie die Gemeinsamkeit der kulturellen Bestrebungen betonte, wenn auch natürlich der wirtschaftliche Hintergrund nicht vollends fehlen konnte. Der erste Internationale Arbeiterkongress zu Genf im Jahre 1886 erklärte, „dass die internationale Arbeiterassoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle Mitmenschen, ohne Rücksicht auf die Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen“. Der Artikel 1 der Statuten umschreibt in recht dehnbarer Weise den Zweck der neugegründeten Vereinigung in folgender Weise: „Die gegenwärtige Assoziation ist gegründet zur Herstellung eines Mittelpunktes der Verbindung und des planmässigen Zusammenwirkens zwischen den in verschiedenen Ländern bestehenden Arbeitergesellschaften, welche dasselbe Ziel verfolgen, nämlich: den Schutz, den Fortschritt und die vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.“ Verschiedentlich war an diesem Kongresse auch davon die Rede, dass die Internationale Arbeiterassoziation sich mit dem Streikwesen befassen solle. Besonders die Vertreter von England, dem Lande der bereits starken Gewerkschaften, sahen darin die vornehmste Aufgabe der internationalen Vereinigung. Es zeigte sich indes bald, dass die Internationale Arbeiterassoziation ausserstande war, in dieser Beziehung planmässige Arbeit zu verrichten. Es musste innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens erwachsen, um die internationale Idee zur praktischen bedeutsamen Tat werden zu lassen.

Zwei Tatsachen sind es vor allem, die die Gewerkschaften auf die Bahn internationaler Vereinigungen drängten: Die Verbreiterung des Arbeitsmarktes zugunsten der Unternehmer (Anschwellen der industriellen Reservearmee in den Industriezentren) und die Abhängigkeit der Arbeitsbedingungen des einen Landes von denen des anderen.



Die Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte lässt in den Unternehmern den Wunsch erstehen, stets eine möglichst grosse Anzahl Arbeiter zur Ausbeutung bereit zu finden. Und überdies sollen diese Arbeitskräfte um billiges Geld in das Joch gespannt werden können. Da ziehen die hungrigen Menschen, die über nichts anderes als ihre Arbeitskraft verfügen, aus allen Himmelsrichtungen herbei, um in den Industriegebieten Arbeit und Brot zu finden. Der Kapitalist lässt sich schmunzelnd diesen Zuzug gefallen; aus je zurückgebliebenen Gegenden die Arbeitsucher kommen, desto wohler wird ihm um das Herz, denn nun kann er hoffen, eine grosse Zahl genügsamer, das will sagen billiger Arbeitskräfte zu erhalten. Stellt sich der Zuzug billiger Arbeitskräfte nicht in genügendem Umfange ein, dann nimmt der Kapitalist selbst die Sache in die Hand, indem er die Wanderung der arbeitswilligen und billigen Kräfte organisiert. Auf nationale Momente nimmt der Unternehmer keine Rücksicht. Sein Bestreben ist nur darauf gerichtet, auf dem Arbeitsmarkte eine beherrschende Stellung einzunehmen. Das wird in der Weise zu erreichen gesucht, dass das Angebot der Arbeitsuchenden so gross als möglich, die Nachfrage der Kapitalisten aber recht schwach gestaltet wird. Die Arbeiter sollen unter sich eine scharfe Konkurrenz um jede Arbeitsstelle ausfechten, während die Unternehmer eine Auswahl unter den sich Anbietenden vornehmen können. Für sich selbst sucht der Kapitalist den Arbeitsmarkt grösser und weiter zu gestalten, für den Arbeiter versucht er ihn nach Möglichkeit einzuengen.

Diesem arbeiterfeindlichen Bestreben muss die Gewerkschaft entgegentreten. Sie geht zuerst daran, dem Arbeiter individuell zu helfen, er soll möglichst viele Arbeitsgelegenheiten in sein Kalkül ziehen können; auf der Suche nach Arbeit soll er weder auf eine oder zwei Unternehmungen, noch auf einen oder zwei Orte allein angewiesen sein. Die Kraft der Gewerkschaft soll ihn durch die Erleichterung der Arbeitssuche in die Lage versetzen, seine Arbeitskraft so teuer als möglich zu verkaufen. An die Stelle der Verbreiterung des Arbeitsmarktes zugunsten der Unternehmer, wie sie das freie Walten der kapitalistischen Entwicklungskräfte herbeiführt, soll eine Verbreiterung des Arbeitsmarktes zugunsten der Arbeiter treten. Das hilft dem einzelnen Arbeiter persönlich und nützt dem ganzen Kreis der Berufsgenossen.

Schon die zünftigen Gesellenorganisationen des Mittelalters haben es sehr wohl verstanden, auf den Arbeitsmarkt einzuwirken. Auch in der einfachen Warenproduktion der damaligen Zeit konnte mit den einheimischen Arbeitskräften allein nicht immer das Auslangen gefunden werden. Der Austausch der Arbeitskräfte wurde durch das Wandern der Gesellen bewirkt. Auf der Wanderschaft erweiterte sich der Kreis der für den Gesellen in Betracht kommenden Arbeitsgelegenheiten, weshalb die Gesellenverbände das Wanderwesen nach Kräften förderten. Sie unterstützten die durchreisenden Berufsgenossen und sorgten auch für sie im Falle einer Erkrankung. Sie bemühten sich, dem Wanderer, falls er danach Verlangen trug, Arbeit zu verschaffen, und gaben ihm Auskunft über alle Angelegenheiten des Gewerbes. Der auf diese Art recht innig gewordene Zusammenhalt wandernder und sesshafter Gesellen hat die Gesellenbruderschaften des Mittelalters stark und reisig gemacht. Das gemeinsame Interesse schlang ein Band der Solidarität um die Gesellen in Süd und Nord, in West und Ost, das vielen Erprobungen wacker standhielt. Und nun gar erst, wenn es zu einem Kampfe kam! Wurde über einen Ort der Boykott verhängt, dann fand sich nur höchst selten ein Geselle, der ihn zu brechen wagte. Die Bruderschaften der verschiedenen Städte standen in reger Verbindung miteinander und hüteten strenge das kostbare Gut des solidarischen Zusammenwirkens.

In unserer Zeit versucht die Gewerkschaft gleichfalls dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, an anderen Orten sein Glück zu versuchen, sie befördert deshalb durch die Einrichtung der Reiseunterstützung die Wanderschaft. Sollen dem Wanderer die Grenzen nicht zu enge gezogen sein, dann müssen mit den Gewerkschaften der benachbarten Länder Abkommen getroffen werden, die dem Wanderer auch im Auslande das Fortkommen erleichtern. Als die Gewerkschaften eines Reiches nur erst Lokal- oder Provinzorganisationen waren, mussten schon innerhalb des Reiches Gegenseitigkeitsverträge erstehen. Nun aber die modernen Gewerkschaftsorganisationen Reichsvereinigungen geworden sind, gehen die Abmachungen von Reich zu Reich, sie gewinnen internationalen Charakter.



Die internationalen Abmachungen zur Erleichterung der Arbeitsuche blieben nicht auf die Reiseunterstützung beschränkt. Sollte der Zweck des Vertrages — der Schutz des einzelnen vor Not und schlechten Arbeitsbedingungen, Schutz der ganzen Kollegenschaft vor einer Schmutzkonzurrenz des Arbeitsuchenden — erreicht werden, dann mussten auch andere Unterstützungszweige der internationalen Vereinbarung unterworfen werden. So entstand eine reiche Fülle von Abmachungen — wir werden sie im einzelnen noch zu untersuchen haben — deren Ziel es ist, dem Verbandsangehörigen im Auslande womöglich die gleichen Vorteile zu sichern, deren er im Inlande teilhaftig ist.

Die durch die internationalen Unterstützungseinrichtungen herbeigeführte Beeinflussung des Arbeitsmarktes macht sich im wirtschaftlichen Kriege natürlich noch ungleich bedeutsamer fühlbar als in der Zeit des Friedens. Ob im Falle eines Lohnkampfes die ausländischen Berufsgenossen vom Kampfplatze ferngehalten werden können, ist für viele Kämpfe von grösster Bedeutung, ja nicht selten hängt davon der Ausgang des Kampfes ab. Diese Fernhaltung von Fremden ist nur möglich, wenn neben den ideellen Faktoren, denen allerdings die Hauptrolle zufällt, das materielle Moment der Unterstützung in Wirksamkeit tritt. Durch Gewährung von Reiseunterstützungen kann man auf den Zuzug bestimmend wirken, durch Auszahlung von Arbeitslosen- oder Streikunterstützungen die Kampfesancen der Arbeiterschaft recht erheblich beeinflussen. Die internationalen Unterstützungen, die auf Gegenseitigkeitsverträgen beruhen, tragen also auch einen wohl zu beachtenden Kampfcharakter.

Wir sagten schon, dass neben der Ausweitung des Arbeitsmarktes zugunsten der Unternehmer die Abhängigkeit der Arbeitsbedingungen der verschiedenen Länder voneinander zur internationalen Vereinigung der Gewerkschaften dränge. Das industrielle Anlagekapital drängt dorthin, wo es die billigsten Arbeitsbedingungen findet. Wenn in einem Lande günstige Arbeitsbedingungen herrschen, in einem anderen aber bedeutend schlechtere, dann wendet sich entweder die Industrie selbst nach dem Lande der schlechten Arbeitsbedingungen, oder aber — und das ist häufiger — sie bezieht aus diesem Lande die billigen Arbeitskräfte, um damit die mehrfordernden heimischen Arbeiter gefügig zu machen. Eine dauernde Verbesserung der Arbeitsbedingungen in irgend einem Lande ist bei den engen Verbindungen der Industrieländer untereinander kaum anders möglich, als durch eine gemeinsam geführte, internationale Aktion der Arbeiterschaft. Diese Erkenntnis führt zu einem internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausch der Gewerkschaften über den einzuschlagenden Weg. Der Meinungs- und Erfahrungsaustausch erstreckt sich bald nicht mehr allein auf die momentan durchzuführenden Aktionen, sondern umfasst das ganze weite Gehege der Gewerkschaftstätigkeit. Man berät über die beste Art der Agitation, die zweckmässigsten Formen der Organisation und daran schliessen sich die Versuche einer planmässig-einheitlichen Kampfesführung. Die wirtschaftliche Kampfesführung unterliegt bereits in manchen Berufen einer langen Kette wichtiger internationaler Vereinbarungen. Angefangen von den internationalen statistischen Erhebungen über die Arbeitsbedingungen oder der vorgeschriebenen internationalen Kampfesmeldung bis zur gegenseitigen finanziellen Hilfeleistung und der eingeführten internationalen Widerstandskasse gibt es eine Menge bedeutsamer Vereinbarungen.

Betrachten wir vorerst die internationalen Organe der Gewerkschaften, deren Aufgabe es ist, die internationale Vereinigung zu repräsentieren und die getroffenen Vereinbarungen durchzuführen. Sie haben in der Internationale eine ähnliche Entwicklung durchgemacht wie in der Gewerkschaftsbewegung der einzelnen Länder. Als sich die Notwendigkeit einer internationalen Verständigung geltend machte, kam man vorerst zu Kongressen zusammen, um sich über die erforderlichen gemeinsamen Aktionen zu besprechen. Die internationalen Gewerkschaftskongresse waren die ersten und anfangs auch die einzigen Organe der internationalen Gewerkschaftsbewegung. Sie erwuchsen zumeist im Gefolge der grossen internationalen Sozialistenkongresse. Die Berufsgenossen, die auf den Sozialistenkongress geschickt waren, fanden sich zusammen, um die internationalen Angelegenheiten ihres Berufes zu besprechen. Es gab und gibt aber stets nur internationale Branchenkongresse, nicht auch allgemeine Gewerkschaftskongresse, wie sie innerhalb der Länder üblich sind. Es vertritt der allgemeine internationale Sozialistenkongress auch die



internationale Gewerkschaftsbewegung. Daneben gibt es eine internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die von Zeit zu Zeit zusammentritt, um die internationalen allgemein gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu beraten. Es ist dies eine periodische Zusammenkunft der gewerkschaftlichen Generalsekretäre.

In den gemeinsamen Beratungen der Berufsgenossen verschiedener Länder wurde die Notwendigkeit einer engeren Vereinigung immer klarer erkannt. Zuerst wurde diese Vereinigung dadurch herbeigeführt, dass die einzelnen Reichsverbände untereinander Gegenseitigkeitsverträge abschlossen. Diese regelten zumeist nur die Uebtrittsbedingungen der Mitglieder und ihren Unterstützungsanspruch. Die Kampfeskraftigkeit der Gewerkschaften erforderte einen weiteren Ausbau der Internationale. Es entstanden die internationalen Berufsverbände, Föderationen, Unionen. Die Tätigkeit dieser Unionen griff bald so weit aus, dass internationale Sekretariate zur Bewältigung der vielen Arbeiten eingerichtet werden mussten. Der letzte Jahresbericht des internationalen Gewerkschaftssekretärs zählt bereits 29 internationale Branchensekretariate auf. Neben diesen wirkt noch das internationale Generalsekretariat — das Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen — das von Karl Legien geleitet wird.

Die Branchensekretariate der grösseren internationalen Föderationen geben seit einiger Zeit periodische Mitteilungen heraus, die sich vielfach bereits zu richtigen internationalen Gewerkschaftszeitungen entwickelt haben. Der Einführungsartikel der internationalen Buchbinder-Mitteilungen sagt, das Mitteilungsblatt „soll zunächst das allgemein und dauernd Wichtige von den Vorgängen in den verschiedenen Verbänden mitteilen und dazu beitragen, dass das Wertvolle und Bewährte in den Einrichtungen eines Verbandes auch in den übrigen Verbänden eingeführt werden kann, sofern sonst die in Betracht kommenden Umstände dies empfehlenswert erscheinen lassen“. Die internationalen Gewerkschaftsblätter dienen also der gegenseitigen Verständigung. Da findet man Berichte über den Stand der Organisation in den verschiedenen Ländern, Abhandlungen über bewährte Methoden der Agitation und Organisation, Mitteilungen über Lohnkämpfe, Wirtschaftsberichte u. s. w. Auch die Berichte über die Tätigkeit der internationalen Sekretäre sind in diesen Blättern zu finden.

Wenden wir uns nunmehr der Betrachtung der Aufgaben und Arbeitsmethoden der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen zu. Nun wir die internationalen Organe kennen, müssen wir ihre Wirksamkeit untersuchen. Da das Sekretariat und die Zeitschrift nur den Zwecken der Föderation dienen, ist es unsere Aufgabe, eben diese Föderation näher zu betrachten.

Die Tätigkeit der internationalen Föderationen bewegt sich natürlich keineswegs in festen, unverrückbaren Bahnen, sondern macht im Gegenteil mannigfache Wandlungen durch. Ueber die Art der internationalen Betätigung gab und gibt es innerhalb der Föderationen stets recht lebhaft Meinungsverschiedenheiten. Als im Jahre 1889 in Paris der erste internationale Buchdruckerkongress stattfand, wurde der Plan der Errichtung einer „europäischen Widerstandskasse“ recht lebhaft diskutiert. Wie so oft, versuchte man auch hier das notwendige Ziel einer Bewegung gleich am Anfange vorwegzunehmen. Die straffste Form des internationalen Zusammenschlusses sollte mit einem Male, ohne alle Uebergänge herbeigeführt werden. Die kühler denkenden deutschen und österreichischen Buchdrucker wehrten sich gegen dieses phantastische Projekt. Sehr treffend führte damals das österreichische Buchdruckerorgan „Vorwärts!“ aus, dass diese „europäische Widerstandskasse“ unter den gegebenen Verhältnissen „eine ganz unpraktische und überflüssige Forderung“ sei, ein undurchführbares Ideal. Und das Blatt bekannte sich zu dem richtigen Programm: „Die internationale Organisation kann nur auf dem festen Boden der nationalen (Reichsorganisation) erstehen.“

Am Beginn des internationalen Zusammenschlusses begegnen wir ähnlichen Diskussionen in allen Berufen. Man kennt noch nicht die Schwierigkeiten des Zusammenarbeitens und glaubt ohneweiters alle Zwischenglieder überspringen zu können. Grossartige, faszinierende Pläne berauschen die Köpfe, um erst allmählich der Erkenntnis zu weichen, dass die internationale Organisation für sie vorerst noch nicht reif ist. An den internationalen Gewerkschaftskongressen, die im Jahre 1891 im Anschlusse an den



Brüsseler Sozialistenkongress stattfinden, waren es besonders die österreichischen Delegierten, die mit ruhiger Besonnenheit allen Utopistereien — sie wurden gewöhnlich von den Franzosen ausgeheckt — entgegentraten. Seitdem hat sich die internationale Gewerkschaftsorganisation beträchtlich entwickelt und bereits einen erheblichen Teil von dem verwirklicht, was man damals am Beginn erträumte.

Das Wesen einer modernen internationalen Gewerkschaftsorganisation wollen wir an den Einrichtungen des Internationalen Metallarbeiterbundes erfassen. Das Statut dieses Bundes besagt:

„Der Internationale Metallarbeiterbund hat den Zweck, das Zusammenarbeiten der Metallarbeiterorganisationen aller Länder auf gewerkschaftlichem Gebiet zu fördern und die Organisierung der Metallarbeiter in den in dieser Hinsicht noch rückständigen Ländern zu betreiben.“

Dieser Zweck soll erreicht werden:

1. Durch Austausch von Berichten, Veröffentlichung und Besprechung der wichtigsten Vorgänge auf gewerkschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet und durch Veröffentlichung von das internationale Zusammenarbeiten fördernden Abhandlungen.

2. Durch Verbesserung des Gegenseitigkeitsverhältnisses der einzelnen Landesverbände, und zwar durch:

a) Wahrung der Rechte der Mitglieder der dem Bunde angeschlossenen Organisationen beim Aufenthalt im Ausland und Schaffung von Uebertrittsbestimmungen von der Organisation eines Landes in die eines anderen;

b) Unterstützung von Organisationsbestrebungen in Ländern, wo Organisationen der Metallarbeiter noch gar nicht oder nur schwach vertreten sind;

c) Aufstellung und Durchführung von Grundsätzen für die moralische und finanzielle Unterstützung von Lohnkämpfen und Aussperrungen;

d) Veranstaltung internationaler Metallarbeiterkongresse.

Fassen wir dieses Programm in eine Formel zusammen, dann kommen wir zu dem Satze: Gegenseitiger Meinungs-austausch, Schutz der persönlichen Interessen der Mitglieder, Unterstützung schwacher Verbandsvereine und gegenseitige Hilfsbereitschaft in Wirtschaftskämpfen. Alle internationalen Föderationen bekennen sich zu einer oder mehreren der hier angeführten Bestrebungen. Die Art der Verwirklichung wechselt natürlich nach Zeit, Ort und Beruf, die Tätigkeit ruht aber im Wesentlichen stets auf derselben Basis: Dem gegenseitigen Meinungs-austausch dienen die internationalen Bulletins, die internationale Auskunftstelle und nicht zumindest der internationale Kongress. Die persönlichen Interessen der Mitglieder werden durch Gegenseitigkeitsverträge zu wahren gesucht, wobei auch das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft seine Berücksichtigung findet. Die Unterstützung schwacher Verbandsvereine bessert die Arbeitsbedingungen in zurückgebliebenen Gegenden und hemmt den Zustrom unorganisierter indifferenter Preisdrücker. Wird die Arbeiterschaft eines Landes in einen grösseren Lohnkampf verwickelt, dann eilen die Berufsgenossen aller Länder zu Hilfe. Nicht allein durch die Bereitstellung finanzieller Mittel, sondern mehr noch durch die Fernhaltung von Zuzug vermögen sich die Gewerkschaften gegenseitig zu unterstützen.

Zu den hier besprochenen Tätigkeitsgebieten kommen nicht selten einige weitere. Bei einer Anzahl internationaler Föderationen tritt das Bestreben, auf die Arbeiterschutzgesetzgebung der verschiedenen Länder befruchtend einzuwirken, stärker in den Vordergrund, als es bei Föderationen, wie die internationale Metallarbeitervereinigung, die mehr auf dem Boden der gewerkschaftlichen Selbsthilfe stehen, der Fall ist. So hat sich zum Beispiel die Internationale Transportarbeiter-Föderation als eines ihrer Ziele gesteckt: „Erhebungen über die zum Schutze für Leben und Gesundheit der in den Transportgewerben beschäftigten Arbeiter erlassenen Gesetze und Verordnungen; Förderung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung, soweit dies im Bereiche der Möglichkeit für die Föderation liegt.“ — Weit gesteckt ist bereits heute der Rahmen der internationalen Gewerkschaftstätigkeit. Und wir bemerken, dass sich dieses Tätigkeitsgebiet immer weiter zu erstrecken anschickt. Es erwächst die gewerkschaftliche Internationale zu stets grösserer Bedeutung für die Gewerkschaften der einzelnen Länder.

Die praktisch angewandte Internationale lässt freilich vielfach Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Erstrebten erstehen. Es beeinflussen mitunter auch nichtgewerkschaftliche Momente die rein gewerkschaftlichen Angelegenheiten. Nur ein Beispiel: die deutschen qualifizierten Arbeiter wandern mit Vorliebe nach der Schweiz und Italien. Von dort her



kommen aber, mit Ausnahme der italienischen Maurer und Bauhilfsarbeiter, nur wenige Arbeiter nach Deutschland. Es fällt deshalb den Schweizer und italienischen Gewerkschaften schwer, Gegenseitigkeitsverträge auf Reiseunterstützung mit den deutschen Gewerkschaften abzuschliessen, weil sie sich damit verhältnismässig grosse finanzielle Lasten aufbürden. Ein anderes hinderndes Moment der vollen Gegenseitigkeit ist die Kleinheit und finanzielle Schwäche mancher Organisationen. Mit einer französischen Gewerkschaft etwa macht der Abschluss eines Gegenseitigkeitsvertrages fast stets gewisse Schwierigkeiten, weil diese Gewerkschaften finanziell nicht sehr leistungsfähig zu sein pflegen.

Aber alle diese Schwierigkeiten werden mit der Zeit überwunden, denn die wirtschaftliche Interessensolidarität der Arbeiter schweisst die Gewerkschaften aller Länder zu immer festeren Vereinigungen zusammen. Nur bare Verblendung kann an dieser nie rastenden, treibenden Kraft des internationalen Zusammenschlusses vorbeigehen. Wenn heute zum Beispiel die österreichischen Separatisten meinen, auf nationaler Basis die Gewerkschaften aufbauen zu können und sich damit ausserhalb des Rahmens der gewerkschaftlichen Internationale stellen, verkennen sie völlig die wirtschaftliche Notwendigkeit der modernen Internationale. Den Schaden ob dieser Verkennung müssen leider die von den Separatisten geführten tschechischen Arbeiter tragen. Sie verlieren alle persönlichen Vorteile des internationalen Zusammenschlusses. In der Zeit, in der es für den Arbeiter immer wichtiger wird, ein grösseres Gebiet zur Verwertung seiner Arbeitskraft offen zu haben, wird dem tschechischen Arbeiter durch die selbstgewollte Abschliessung der Arbeitsmarkt eingeengt. Und zu den persönlichen Nachteilen treten die der ganzen Klasse; die tschechischen Arbeiter werden in ihrem Kampfe gegen das Kapital isoliert und damit empfindlich geschwächt.

Ob die separatistische Episode in Oesterreich bald vorübergehen wird? Wir wagen es kaum zu hoffen. Aber die heimatlichen Misshelligkeiten — der Oesterreicher hat ja von seiner Heimat kaum anderes als Misshelligkeiten — sollen uns den Blick auf das grosse Ganze nicht trüben. Wir dürfen uns wahrhaftig der Entwicklung der letzten Jahre freuen. Aus schüchternen Ansätzen ist gross und machtvoll die gewerkschaftliche Internationale emporgediehen. Ein festes Band umschliesst die Arbeiter aller Industrieländer der Erde. Und im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus wird dieses Band noch fester und sicherer werden. Die Gewerkschaftsbewegung hat die internationale Idee zur internationalen Tat geschmiedet. Wir bauen frohgemut weiter an dem stolzen Werke: an dem Weltenbund der Arbeit.

---

## Ernst Falk: Die Gesundheitspflege im Klassenstaat

Da der Staat eine Herrschaftsorganisation ist, ein Instrument der ökonomisch herrschenden Klassen, so müssen alle seine sozialen Einrichtungen mehr oder weniger deutlich den Stempel des Klassencharakters erkennen lassen. Wir wundern uns nicht, wenn vor allem die Gesetzgebung und die Rechtspflege ein sichtbarer Ausdruck der Macht der herrschenden Klassen ist; wir haben uns längst gewöhnt, den Kampf um bessere Schulen von diesem Gesichtspunkte zu betrachten, die Diener der christlichen Religion, die einstens die Zuflucht der Armen und Enterbten war, im Dienste der Reichen und der Nutzniesser unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu sehen. Und gerade an diesem Beispiele lernen wir recht anschaulich, wie es dieser Wirtschaftsordnung gelingt, alle sozialen Einrichtungen, mögen sie in ihren Anfängen noch so sehr den Zwecken dieser Ordnung zuwider gewesen sein, in ihren Dienst zu stellen. Weil es nun gilt, diese durchgreifenden Zusammenhänge auf allen Gebieten zu verstehen, um sich davor zu schützen, ihre Erscheinungen isoliert zu betrachten und erfolglos zu bekämpfen oder gar kleinmütig zu beklagen, so scheint mir der Versuch durchaus gerechtfertigt und notwendig, auch die Einrichtungen, die in unserer Gesellschaft der



Gesundheits- und Krankenpflege dienen, von diesem uns sonst so geläufigen Standpunkt zu betrachten.

Ich stelle es selbstverständlich nicht in Abrede, dass die Bestrebungen der Gesundheitspflege, vor allem die Pflege der Kranken, ursprünglich anderen Quellen entsprungen sind, dass insbesondere diese den charitativen Werken der Kirche zuzuzählen war. Aber wie wir sie heute sehen, einen weitverzweigten, vielgestaltigen Mechanismus, langsam und nur zögernd vervollkommenet unter dem Drucke der emporstrebenden Gesellschaftsschichten, sind die öffentlichen Einrichtungen für die Gesundheitspflege unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung auf den Leib geschnitten, den Interessen der herrschenden Klassen angepasst.

Genügsam erörtert sind die drückende Wohnungsnot, der künstlich gezüchtete und von vielen Regierungen patronisierte Lebensmittelwucher, diese schweren Geisseln des Proletariats, als dass es notwendig wäre, diese wichtigen Quellen schwerer Gesundheitsschädigungen erst in diesem Zusammenhang aus unserem Wirtschaftssystem herzuleiten und zu begreifen. Daran reiht sich, ebenso durchsichtig, die überlange Arbeitszeit in gesundheitswidrigen Arbeitsräumen, die Heim-, Frauen- und Kinderarbeit, dann die schon ihrer Natur nach gesundheitsgefährlichen Betriebe, denen der hineingeborene Proletarier sich kaum entwinden kann. So weit wird jeder geschulte Beobachter leicht und willig meinem Gedankengang folgen. Soll es aber auch zutreffen, dass alle die Einrichtungen — um bei unseren heimischen Verhältnissen zu bleiben — des Sanitätsdepartements des Ministeriums des Innern, des Obersten Sanitätsrates, der Landessanitätsräte, der Physikate mit ihren vielen untergeordneten Organen, dass alle die Kliniken und Krankenhäuser, die Polikliniken und Untersuchungsanstalten letzten Endes und vor allem den Interessen der herrschenden Klassen dienen? Hier wird mancher überzeugte und sonst sehr konsequente Parteigenosse vielleicht stutzig werden. Und doch ist dem so, und dem Erweis dieser Behauptung möchte ich mich zunächst zuwenden, ohne zu meinen, das interessante Thema mit dieser kurzen Betrachtung erschöpfen zu können.

Jene zuerst genannten offiziellen Einrichtungen also gelten vor allem der gesundheitlichen Sicherheit der herrschenden Klassen. Sie dienen vornehmlich der Erkennung und Eindämmung von Epidemien, die in ihrem Wüten zwar wie jede Mühsal das Proletariat am härtesten treffen, aber doch auch vor den Türen der Reichen nicht Halt machen. Wir wissen, dass die Tuberkulose und das Säuglingssterben ihre Opfer vorwiegend aus den Elendsvierteln holen; aber auf den tausend Verkehrsadern, die vom Proletariat zu den Wohlhabenden führen — ich erinnere nur an die Dienstmädchen, die mitten unter ihnen leben — findet die Proletarierkrankheit ihren Weg auch zu der Wiege des wohlgehegten Bürgerkindes, und eine mangelhafte Milchversorgung kann auch ihm ans Leben gehen. Cholera-, Blattern-, Scharlachepidemien, Keuchhusten, Masern, sie alle fassen am leichtesten in den Quartieren der Armen Fuss, aber Schulen, Eisenbahn und tausend andere Gelegenheiten bringen die Gefahren auch den Besitzenden nahe. Wenn also Einrichtungen zu ihrer Eindämmung erhalten werden, so dienen die Herrschenden vor allem sich selbst.

Aber auch der Ausbildung der Studierenden und jungen Aerzte müssen Opfer gebracht werden. Je grösser der Wohlstand, desto öfter pflegt man den Arzt, oft auch mehrere zugleich für sich und seine Angehörigen in Anspruch zu nehmen. Kein Können aber darf sich weniger auf reines Buchwissen stützen als das ärztliche; es kann sich nur am Krankenbette entwickeln und nur eifrige Beobachtung und gewissenhafte Untersuchung zahlreicher „Fälle“ vermag das Wissen so zu festigen, dass es im Dienste des Kranken nutzbar werden kann. Und die Besitzenden legen Wert darauf, sich nur gut ausgebildeten Aerzten anzuvertrauen. Diesem Zwecke werden also die Kliniken, die Spitäler, besonders der grossen Städte, die Polikliniken nutzbar gemacht, und jeder und jede Kranke, die in diesen Anstalten Hilfe sucht, ist gleichzeitig Unterrichtsobjekt. Es liegt darin sicherlich nichts Entwürdigendes, wenn das Leiden des einen später vielen anderen zum Segen wird, wenn „neues Leben aus den Ruinen blüht“, und ich für meinen Teil wäre bei jeder Erkrankung gerne dazu bereit. Nur das eine muss gefordert werden: dass die Benützung der Kranken zum Unterrichtsobjekt stets mit der wichtigsten Rücksicht, mit der auf sein Wohl verbunden bleibe, dass man niemals ob des



Lehrzweckes den Heilzweck, über dem „Fall“ den kranken Menschen vergesse. Und noch eines: es ist gewiss einer der unverhülltesten Belege für den Klassencharakter all unserer sozialen Institutionen, dass die Last des medizinischen Unterrichtes, der vornehmlich den Besitzenden zugute kommt, ausschliesslich den mittellosen Kranken, dem Proletariat, aufgebürdet ist. Wenn sich der Besitzende mit seinem Honorar von dieser Last loskauft, so ist das ein Zustand, nicht weniger aufreizend als der früher auch bei uns geübte Loskauf von der militärischen Dienstpflicht. Das Proletariat wird nicht fordern, von dieser Last befreit zu werden, denn der medizinische Unterricht, der auch in seinem Interesse gelegen ist, kann ohne Kranke nicht erteilt werden; das Proletariat muss sich aber gegen das drückende Privileg auflehnen, das ihm die herrschenden Klassen hierin auferlegt haben, und die Verallgemeinerung dieser Pflicht verlangen.

Endlich liegt es noch in einer dritten Hinsicht im Interesse dieser Klassen, die oben genannten Institutionen zur Gesundheitspflege zu erhalten und zu erweitern: sie bieten einer grossen Zahl ihrer Klassengenossen eine mehr oder weniger auskömmliche Existenz. Alle die Stellen der beamteten Aerzte, von den Hofräten, Direktoren, Primärärzten bis zu den Bezirks-, Distrikts- und Gemeindeärzten und Sekundärärzten, desgleichen die der Militärärzte, ja auch die Tätigkeit der Aerzte im freien Berufe geben vor allem vielen Angehörigen der herrschenden Klassen den Lebenszweck und -Unterhalt. Selten gelingt es einem Proletarierkind, in diese Stellungen emporzusteigen, und noch sind die Aerzte selten, die, in einträglichere Jahre gelangt, ihres oft dürftigen Daseins als Studenten und junge Aerzte nicht vergessen und sich dann nicht im Tross der Mächtigen gefallen. Viel krasser noch als sonst irgendwo sehen wir diesen Klassenstandpunkt bei der Wiener Verwaltung, die dem Egoismus noch eine besondere Schamlosigkeit verbindet, zum Parteizweck verengt: alle Verstadtlichungsaktionen auch auf dem Gebiete der Gesundheitspflege entspringen nicht etwa tiefer sozialpolitischer Erkenntnis, sondern es gilt für Parteimitglieder und ihre Schützlinge neue Stellen zu gewinnen und zu schaffen. Was hier die Christlichsozialen im kleinen und in klarer Absicht tun, das geschieht förmlich schon automatisch im grossen von den gesamten besitzenden Klassen.

Von der Notwendigkeit von Vorkehrungen für die Gesundheitspflege der Proletarier sind indes selbstverständlich auch die Herrschenden überzeugt. Hängt doch davon nicht nur die Wehrkraft des Staates, die Leistungsfähigkeit der Industrie und Landwirtschaft, die Steuerkraft ab, sondern auch die Ruhe des Landes. Eine dünne Reihe von Erlebnissen, die der Spitals-, der Wohnungsnot, dem Ernährungselend des Volkes entspringen, wie sie fast alltäglich durch die Zeitungen gehen, ist offenbar keine zu gewagte Belastungsprobe für die Geduld der leidengewohnten Proletarier; es gibt aber eine Grenze, über die solchen Notstand hinausgedeihen zu lassen für die Herrschenden gefährlich werden kann, und im Dienste dieser Erkenntnis geschieht vielfach das, was sich als „goldenes Herz“ rühmen lässt. Geht es einmal vor einem Obdachlosenasyl, vor einer Wärmestube bewegter zu als sonst, so wird wohl gerne festgestellt, es sei zu keinen „Ausschreitungen“ gekommen. Hier wird diese Grenze der sozialen Einsicht unserer Herrschenden grell beleuchtet, und wo diese zu wachsen scheint, da ist das nur der Erfolg der wachsenden Kraft des organisierten Proletariats.

Aber noch eines letzten Antriebes müssen wir gedenken, wenn wir die Bemühungen der Besitzenden um die Ausgestaltung der öffentlichen Gesundheitspflege verstehen wollen. In ihrer Gefolgschaft finden wir nicht nur immer noch einen beträchtlichen Teil des Proletariats, soweit es sich seiner Klassenlage und der geeigneten Mittel zu ihrer Besserung noch nicht bewusst geworden ist, sondern auch ein Kleinbürgertum, das in seiner Lebenshaltung auf durchaus proletarischem Niveau steht, in seiner wirtschaftlich-traurigen Lage aber den trügerischen Versprechungen zünftlerischer und fromm tuender Lobpreiser der „guten alten Zeit“ glaubt und die verlässlichste Stütze aller reaktionären Mächte ist. Diese Bevölkerungsschichten bedürfen auch der öffentlichen Ordinationen, der Spitalsbehandlung, da sie die Kosten einer Privatbehandlung im Krankheitsfalle nicht erschwingen können, und um dieser verlässlichen Kerntruppen willen müssen die Herrschenden gleichfalls wohl oder übel gewisse Aufwendungen für solche Zwecke gutheissen.



Die bisher gediehenen Ausführungen machen es verständlich, dass in der kapitalistischen Gesellschaft der ärztliche Beruf, so viele öffentliche Interessen er auch berühren mag, ein sogenannter „freier“ Beruf ist, dass der Arzt also sein Können gegen eine angemessene persönliche Bezahlung jedermann zur Verfügung stellt. Da die Studien des Mediziners zeitraubend und kostspielig sind — der fleissigste Student kann sie erst im 24. Lebensjahre formell abschliessen — da es ferner wünschenswert, ja notwendig ist, dass er nach diesem Studienabschluss sein Wissen und Können in einer längeren praktischen Spitalstätigkeit vertiefe, so stellt das medizinische Studium in unserer heutigen Wirtschaftsordnung eine Kapitalsanlage dar, die sich nach dem späten Abschluss der Lehrjahre möglichst gut verzinsen soll. Der ärztliche Beruf wird zu einem Wirtschaftsbetrieb: nicht wer der ärztlichen Hilfe am dringendsten bedarf, sondern wer sie am besten bezahlen kann, wird sie am leichtesten finden. Zahllose kranke Proletarier bleiben ohne ärztliche Behandlung und nehmen so unberechenbaren Schaden, weil sie nicht zahlungs- oder kauffähig sind, mancher gesunde Protz dagegen kann sich den Luxus eines Leibarztes leisten. Mancher Arzt sitzt mit den erworbenen Kenntnissen unbeschäftigt da, weil er keine „Käufer“ für sein Können findet, und lernt das bittere Brot des geistigen Proletariers kennen; mancher Modearzt und Menschenkenner rafft in einer kurzen Reihe von Jahren ein beträchtliches Vermögen zusammen. Ja selbst die rein äusserlichen Merkmale des kapitalistischen Betriebes hat der ärztliche Beruf angenommen: die Ordinationsräume in einer gewissen Eleganz sind eine Bedingung grösserer Honorare, Privatsanatorien und -kliniken schiessen aus dem Boden, Aktiengesellschaften werden zu diesem Zwecke begründet — denn auch da ist das grössere Kapital die Bürgschaft für den grösseren Ertrag, für die bessere Konkurrenzfähigkeit — selbst die Reklame wird nicht vernachlässigt: die Kleinen versuchen es im Annoncenteil der Zeitungen und werden dafür von den Aerztekammern gemassregelt, die Grossen machen es geschickter in den Personalnachrichten, in überflüssigen Interviews über „hohe“ Kranke in fernen Weltteilen, in kostspieligen Fahrten im tausenden Automobil, in Unterfertigungen allerlei wichtigtuerscher Aufrufe. Und noch eines: die gut ausgebildeten Aerzte, die längere Jahre auf ihre Ausbildung verwendet und mehr Kapital „investiert“ haben, drängen sich in die grossen Städte, in die Viertel der Wohlhabenden, so dass sich die Proletarier, an deren siechem Leib das ärztliche Können erworben wird, im allgemeinen mit den schlechter ausgebildeten Aerzten zufriedengeben müssen. Die Krankenkassengesetzgebung hat die erste Bresche in diese kapitalistische Feste der Krankenfürsorge geschlagen. Nun hat auch eine grosse Zahl von Proletariern ein Recht auf ärztliche Hilfe und die Kassenverwaltungen bemühen sich auch, gut ausgebildete Aerzte für ihre Mitglieder zu gewinnen. Aber das kann nur ein aufmunternder erster Schritt sein auf dem mühevollen Wege zu dem Ziele, das sich unser Parteiprogramm in diesem Belange gesteckt hat: unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel. — Vielleicht sollte hier noch eine Einschaltung über die Qualität der ärztlichen Hilfe gemacht werden? Werfen wir einen Blick in die Sprechstunde eines Arztes für Zahlungsfähige! Da sitzen zum Beispiel vier Kranke und zu ihrer gewissenhaften Erledigung braucht er vielleicht  $1\frac{1}{2}$  Stunden, ja noch länger. Und das ist keine überflüssige Mache: es gilt die Vorgeschichte des Kranken, die Entstehung der gegenwärtigen Krankheit zu erheben, aus den feststellbaren Symptomen in sorgfältiger Untersuchung und Ueberlegung die Diagnose und ihre Bedeutung für den gerade betroffenen Menschen bei sich zu formulieren, das Wesen der Erkrankung dem Laien verständlich zu machen, die Behandlung genau anzugeben, meist auch in kurzen Worten niederzuschreiben. Denn das Gedächtnis aufgeregter Kranker oder ihrer Angehörigen verdient nicht viel Vertrauen. Eine solche Arbeit verlangt natürlich die angemessene Entlohnung. Und nun geht derselbe Arzt in seine Poliklinik, wo er Mittellosen unentgeltlich ordiniert. Zwanzig, dreissig und mehr Patienten müssen da in derselben Zeit erledigt werden, die früher vier in Anspruch nahmen, und wenn auch die grosse Erfahrung manche Schwierigkeit überbrückt, so ist es doch klar, wie verhältnismässig ungründlich, unpersönlich, schematisch diese Krankenversorgung ist. Und nicht anders geht es bei den meisten Kassenordinationen zum Schaden aller Beteiligten. Die Kranken können nicht gewissenhaft versorgt werden und der Arzt wird allmählich unter dem Druck



dieser Verhältnisse ein oberflächlicher Routinier. Denselben Unterschied finden wir bei den Besuchen in der Wohnung der Patienten: im Hause des Zahlungsfähigen dauert solch ein Besuch, nicht überflüssigerweise, oft bis zu einer Stunde, der Arme muss, die Zeit drängt ja, in wenigen Minuten erledigt werden. Auch diesen Klassenunterschieden in der Krankenuntersuchung und -behandlung muss unser Kampf gelten: der Arbeiter und sein Kind sollen sich derselben Sorgfalt erfreuen wie sein Arbeitgeber. Kurzsichtig wäre es, aus diesem Anlasse Anklagen gegen die Kassenverwaltungen zu erheben; mit ihren beschränkten Mitteln können sie das nicht leisten; könnten die Arbeiter das aus eigener Tasche — und die Kassen sind ja vornehmlich auf ihre Beiträge gegründet — dann bedürften sie keiner Organisationen in Kassen. Nur mit grossen Zuwendungen aus öffentlichen Geldern lassen sich die grossen Mittel aufbringen, die eine einwandfreie ärztliche Versorgung unseres Volkes beansprucht. Freilich eine „Kultur“, die sich im Wettbau von Riesenschlachtschiffen und anderen komplizierten Mordwerkzeugen zum Schutze des Profits einer kleinen Anzahl erschöpft, hat für die Gesundheitspflege des Volkes wenig übrig.

Und so darf es uns nicht wundernehmen, wenn die gesetzliche Verpflichtung zu den sanitären Leistungen bei uns der Gegenstand eines unaufhörlichen Streites der unterschiedlichen Verwaltungsquellen ist. Da ihnen nur geringe Summen für solche Zwecke bleiben — unter dem Titel der Wehrfähigkeit und der Zinsen der Staatsschuld werden die Steuererträge zum grössten Teil in die Taschen der Herrschenden geleitet — so überwälzt der „Staat“ jene Verpflichtung auf die „Länder“, diese, insolvent und impotent, verlassen sich auf den Druck, den das Proletariat auf die Kommunalverwaltungen viel unmittelbarer üben kann, diese leugnen jede Verpflichtung, und unter diesem anmutigen Spiele verstirbt der einsame Proletarier hilflos auf seinem elenden Lager, hauchen die kranken Proletarierkinder ihren letzten Seufzer auf dem Arm der obdachlosen Mutter aus, treibt das Kapitel der Spitalsnot immer neue aufreizende Blüten. Unsere Gesellschaft rühmt sich gerne, dass die grosse Anzahl unentgeltlicher Ordinationsanstalten es wenigstens in der grossen Stadt jedem Kranken möglich mache, die angemessene Hilfe zu finden. Wir haben gesehen, wie knapp angemessen sie ist. Aber bedenkt man, was es für einen Arbeiterhaushalt bedeutet, wenn die Mutter einer Ordination wegen mehrere Stunden die Wirtschaft im Stiche lassen muss, wenn sich das öfter in der Woche wiederholt? — Und nun noch ein Wort über die Spitalsnot! Es ist ja eine offenkundige Tatsache, dass eine solche besteht, und aus meinen früheren Ausführungen erhellt wohl, dass sie förmlich einen integrierenden Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung darstellt. Es dürfte aber nicht bekannt genug sein, dass diese Spitalsnot dadurch noch wesentlich erhöht wird, dass unsere Krankenanstalten auch vielfach dem Unterricht dienen müssen und dass es uns an Anstalten für chronisch Kranke und Unheilbare fast ganz fehlt. Wenn ein Tuberkulöser wegen „Platzmangel“ von einer Anstalt abgewiesen wird, so kann es im nächsten Augenblick geschehen, dass ein anderer Kranker, der etwa mit einer interessanten Nervenkrankheit behaftet ist, bereitwillig Aufnahme findet. In diesem Falle war der „Platzmangel“ ein bequemer Vorwand, um den für Unterrichtszwecke uninteressanten Tuberkulösen abzuweisen. Viele Kranke wiederum werden abgelehnt, weil ihr Zustand langwierig und dabei einer Heilung nicht fähig ist: man braucht die Betten für akut Erkrankte, die Aussicht auf Heilung bieten. Man müsste also den Proletariern den Rat geben, dass sie, wenn sie schon krank werden, sich wenigstens eine „interessante“ Krankheit aussuchen, dass sie sich aber ganz besonders vor chronischen und noch mehr vor unheilbaren Erkrankungen hüten mögen, denn vor solchen bricht fast immer „Platzmangel“ aus. Leider ist es aber eine harte Tatsache, dass gerade die Skrofulotuberkulose, diese meist chronische und dabei „uninteressante“ Erkrankung, die Proletarier in einer erschreckenden Masse heimsucht, vor dem alle anderen Infektionskrankheiten fast nichts bedeuten. Und gerade für die Behandlung solcher Kranker ist zum Beispiel in Wien fast nichts vorgekehrt. Und für das Kindesalter steigen alle diese Schwierigkeiten ins Ungemessene. Fast alle Heilanstalten für Kinder sind auf die Privatwohlthätigkeit gestellt, die Aufnahme von Kindern unter vier Jahren begegnet, wenn es sich nicht um eine akute Infektionskrankheit handelt, oft grossen Schwierigkeiten, für Säuglinge ist fast nichts vorgesehen, trotzdem das



Säuglingssterben den Verheerungen der Tuberkulose nichts nachgibt. Der skrofulösen Kinder gibt es in Wien sicherlich viele Tausende, und für skrofulotuberkulöse Kinder haben wir kaum 20 Betten! Um jene bittere Warnung also auf das Kindesalter auszudehnen, ist es bei uns vor allem sehr unüberlegt, im Säuglingsalter krank zu werden, vor dem vollendeten vierten Jahre sind alle chronischen Erkrankungen sehr unbeliebt, namentlich aber vor der Skrofulotuberkulose mögen sich Kinder hüten, wenn sie nicht vergebens von Spital zu Spital wandern sollen. Verhältnismässig besser sind noch die Aussichten auf Aufnahme, wenn man sich bei einer Tuberkulose des Sprunggelenkes zum Beispiel zu einer raschen Amputation entschliessen mag, die ja keinen langen Spitalsaufenthalt erfordert; wenn Eltern aber den begreiflichen Wunsch hegen, ihrem Kinde die Gliedmassen, wenn möglich, zu erhalten, dann werden sie schwer ein freies Bett finden. — Alle diese aufreizenden Verhältnisse kommen daher, dass die Oeffentlichkeit, das heisst die Herrschenden, für die Kranken nur beschränkte Mittel beistellen, nicht mehr, als ihren persönlichen Interessen etwa entspricht. Die Privatwohlthätigkeit aber ist dem Massenkrankenelend gegenüber natürlich ohnmächtig.

Der Theoretiker könnte sich mit diesen Feststellungen zufriedengeben, denn sie fügen sich gut ins Lehrsystem und enthalten nichts Ueberraschendes. Auf diesem kühlen Standpunkte aber kann sich der Proletarier, der das ganze Elend am eigenen Leibe spürt, kann sich der praktische Politiker, der dem Proletariat dienen will, nicht gefallen. Wir müssen neben der Befreiung der Klasse, die unser Endziel darstellt, jetzt schon der Erhöhung des individuellen Lebensglücks der Proletarier von heute und morgen nach Kräften dienen. Und wenn es weiter wahr ist, dass nur eine gesunde Klasse die Herrschaft zu erobern vermag, so müssen wir schon jetzt mit doppeltem Eifer der Gesundheitspflege des Proletariats gedenken. Aus meinen allgemeinen Ausführungen ergibt sich eine lange Reihe praktischer Gegenwartsforderungen. Ihrer Skizzierung — sie erst werden einen greifbaren Agitationsstoff abgeben — soll ein weiterer Aufsatz gewidmet werden.

## Eduard Stojetz: Die Revolution der Kunst

Unter diesem Titel haben die Genossen Richter in Heft 7 und Schromm in Heft 10 des dritten Jahrganges des „Kampf“ etwas eigentümlich anmutende Ansichten ausgesprochen. Beide befassten sich jeweils mit dem Rückgang eines Gewerbes und bei beiden ist die Moderne das Karnickel. Sie hat die Vergolder und Bildhauer geschädigt und — das ist die Konsequenz — nur die Rückkehr zu den früheren Verhältnissen, die Reaktion in der Kunst, wäre imstande, diesen zwei Kategorien von Arbeitern wieder den lohnenden Erwerb zu verschaffen, den sie vor der Revolution besessen.

Gegen einen solchen Wunsch kann im Hinblick auf die unmittelbar Betroffenen allerdings nichts eingewendet werden, es ist nur die Frage, welcher Wert solchen Wünschen eingeräumt werden kann. Wenn das moderne Haus, das moderne Möbel und Hausgerät in seinen Formen und Farben wesentlich von den früheren Zeiten absticht, wenn am Ende doch jedes Ding das Produkt seiner Zeit ist, wenn wir auch im Gewerbe, im Kunstgewerbe mit der „Entwicklung“ zu rechnen haben, dann mag diese Art von Revolution wie alle Revolutionen für die mit dem Alten verknüpften unangenehm, ja schlimm sein, aber sie hat eben das den Revolutionen Anhaftende — für viele Nützliches zu bringen.

Am augenfälligsten wird das ja bei den Verkehrsmitteln sichtbar. Ebenso wenig wie man den zierlichen, vergoldeten Barokmöbeln Anmut absprechen kann, wird gegen die Poesie des vierspännigen Postwagens mit dem „lustigen Schwager“ Ernsthaftes eingewendet werden können. Goethe bezeichnete das in seiner italienischen Reise als herrlich. Trotzdem würde er heute von dem Eisenbahnwagen Gebrauch machen. Aber auch über die Entwicklung der Verkehrsmittel, der Kunst der Technik, welche nicht wenig revolutionär wirkte, haben die durch sie Geschädigten sich wohl nicht gefreut. Zu all dem



wäre zu bemerken, dass hier eine weitaus grössere Zahl von Personen, deren Lebensinteresse mit der Entwicklung der Verkehrsmittel verknüpft ist, in Betracht kommt als bei den Vergoldern, deren Gesamtzahl nach Richter 573 Personen in Wien — in der günstigsten Zeit — beträgt.

Wenn die Moderne in ihrer Entwicklung Bildhauer und Vergolder zum Teil ausschaltet, so lässt sich deshalb noch nicht behaupten, dass die Kunst im Gewerbe ebenfalls verschwand. Sie hat bloss eine andere Richtung eingeschlagen und neue Gruppen der Kunstindustrie geschaffen. Wer wollte behaupten, dass die Herstellung der Möbel just in den letzten zehn Jahren nicht zu einer wahrhaft künstlerischen geworden? Freilich ohne Bildhauerei. Dass dabei die Qualität der Erzeugnisse wuchs, ist gerade Fachleuten am besten bekannt. Das moderne Möbel, soll es vor dem kritischen Auge bestehen, muss durch edles Material in tadelloser Verarbeitung wirken und im Bau liegt die Kunst. Dabei ist der Mangel an Schnitzwerk, besonders bei den billigeren Qualitäten, geradezu ein Vorzug. Unsere Zeit verlangt allenthalben, besonders aber in der Wohnung, Reinlichkeit, leichte Reinigungsmöglichkeit. Die angenagelten Ornamente sind Staubsammler so wie die Plüschgardinen und die glücklich verschwundenen Makartbuketts, an deren Stelle frische Blumen und Leinen- oder Tüllgardinen getreten sind.

Das Prinzip der glatten Fläche, dessen Sieg der Moderne zu verdanken ist, hat sich auch bei anderen Geräten, zu ihrem Vorteile, durchgesetzt. Selbst in der Stube des Arbeiters kommt es, wenn auch leider erst allmählich, zum Ausdruck. Anstatt der „ornamentalen“ Gläser und Flaschen, Töpfe und Kannen haben sich die glattwandigen Gefässe eingebürgert. Sehr zum Nutzen der Hausfrau, welche nun in der Lage ist, leicht rein zu halten. Dabei kam die Kunst durchaus nicht zu Schaden, denn einmal sind die Formen weitaus schöner geworden und mangels Gelegenheit, das minderwertige Material mit Ornamenten zu verkleiden (siehe Möbel), Gipsapplikationen zu vergolden, also den Eindruck von „Gold“ hervorrufen zu wollen, muss reines Urmaterial verwendet werden. Geradezu überraschend ist der künstlerische Fortschritt bei den Beleuchtungskörpern. Da haben Gas und Elektrizität die Revolution besorgt. Man erinnere sich an die recht unkünstlerischen Zimmerlampen, primitive Gussarbeit, und vergleiche die edlen, schönen Beleuchtungskörper von heute. Dabei ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls aber sind Tausende Arbeiter in dieser, man wird zugeben, Kunstindustrie beschäftigt. Neu beschäftigt, da ein ganz neues Gebiet in dieser Richtung erschlossen wurde.

Ein weiteres wieder zur Blüte gebrachtes Kunsthandwerk ist die Glasmalerei. Ich erinnere nur an die herrlichen Arbeiten in der Kirche in Steinhof. Auch private Gebäude werden vielfach mit Glasmalerei geschmückt, wobei zum Teil auch Vergolderei in Betracht kommt. Was die Baukunst anbelangt, muss man allerdings den Bauten Schmieds, dessen edle Gothik beim Wiener Rathause unübertrefflich wirkt, Respekt entgegenbringen. Dasselbe ist bei den übrigen Wiener Monumentalbauten der Fall. Aber keinesfalls möchte ich in das uneingeschränkte Lob der Wiener Ringstrasse einstimmen. Die übergrosse Zahl der Gebäude hat da mit Kunst recht bescheidene Verbindung, es wäre denn, man begeistert sich grundsätzlich für Hauskolosse mit reichlich angeklebtem Stuck.

Gewiss, man kann, besonders in Innenräumen, Stuckarbeit bewundern, aber nur bedingt. Vielleicht vom historischen Standpunkte.

Leute, welche sich Paläste erbauen lassen, werden auch bei der modernen Bauweise, bei kostbarem Material, die Kunst nicht zu kurz kommen lassen. Das liegt in der Natur der Sache. Bei den billiger hergestellten Häusern aber kann man auf die Pseudokunst der Gipsornamente, welche „Stein“ darstellen sollen, um so mehr verzichten, als diese Maske nur dazu dienen kann, die Qualität der Wohnräume zu verschleiern. Das ist ja auch ein Verdienst der Moderne, dass sie diese Kunstlüge beseitigt hat und an deren Stelle die Gediegenheit der Innenausstattung setzte. Einfache, solide Fassaden wurden zum Prinzip erhoben, dafür mehr Fleiss und Kunst auf die Räume verwendet. Ich finde das Prinzip der Kunst bei der Tapete ebenso ausgedrückt als wie zum Beispiel bei der Bildhauerei oder bei der Vergoldung (von der nicht dekorativen Kunst natürlich ab-



gesehen), desgleichen wird man der heute betriebenen Malerei von Innenräumen künstlerische Ausführung nicht absprechen können.

Die Moderne hat die Demokratisierung der Kunst im Gefolge, oder mehr: die Kunst konnte nicht mehr beschränkt bleiben auf den kleinen Kreis der Liebhaber, sie musste sich demokratisieren, den Kontakt mit der Masse suchen, wollte sie nicht veröden. Darum kann ich nicht dem Genossen Schromm beipflichten, wenn er behauptet, dass dies ein Niedergang sei. Wenn infolge der Entwicklung innerhalb bestimmter Kreise eine Anzahl Arbeiter darunter zu leiden hat, so ist das eben die Konsequenz jeder Entwicklung. Dem steht unleugbar gegenüber, dass auf der anderen Seite, oft in wesentlich verstärkter Masse, andere gewinnen, neue Zweige der Kunst und des Kunsthandwerks erblühen. Wir können und müssen der Kunst vergangener Zeiten Ehrfurcht entgegenbringen, weil sie uns das Wirken verflössener Geschlechter versinnbildlicht, weil sie die Basis unserer eigenen Entwicklung war, aber der revolutionären Wirkung unserer Zeit können wir auch im Hinblick auf die Kunst nicht widerstehen, denn ganz richtig: „Der Zeit ihre Kunst, der Kunst ihre Freiheit!“

---

## Josef Luitpold Stern: Anschaulichkeit und Propaganda

Mitentscheidend für den Fortschritt jeder Idee ist das pädagogische Geschick ihrer Agitatoren. Agitation und Pädagogik gehören überhaupt zusammen. Der richtige Lehrer ist immer ein feuriger Werber und der rechte Agitator ist immer ein geschickter Lehrer. Lehren bedeutet doch nichts anderes als für eine Sache werben. Die Zusammenhänge strecken aber noch tiefer. Die Formen der politischen Agitation wachsen vielfach aus den jeweils geltenden Anschauungen über Pädagogik. Die Propagandamittel und die Lehrmittel einer Zeit stimmen in ihren Grundzügen immer überein; ihre Vorzüge und Nachteile sind dieselben. Die Mängel zum Beispiel, die dem heutigen Schulbetrieb anhaften, stecken meiner Meinung nach auch in den parteipolitischen Propagandaförmern der Gegenwart. Es ist nur eine andere Fassung des gleichen Gedankens, wenn man sagt: die Reformgedanken der modernen Pädagogen sind ganz darnach, auch der politischen Propaganda wertvoll zu werden.

Eine der Grundforderungen neuerer Lehrkunst ist die Anschaulichkeit. An die Stelle des Wortes setzt man die Sache. Sobald man den Schmetterling zeigen kann, hat es keinen Witz, ihn langatmig zu beschreiben. Das Kind soll die Begriffe erleben. Das sind die Keimzellen einer demokratischen Pädagogik. Der Absolutismus führt zur Autoritätsgläubigkeit, die Demokratie zur Selbstüberzeugung. Darum geht die demokratische Pädagogik vor allem darauf aus, den Willen und die Kraft zum eigenen Schauen zu wecken und zu steigern. Dabei kommt ihr die ungeahnte Entfaltung der modernen Reproduktionskunst zu willkommener Hilfe. Bald wird ein guter Schulbetrieb ohne graphische Blätter, ohne Lichtbild und ohne Kinematogramm gar nicht mehr denkbar sein. Die politische Agitation dagegen bewegt sich noch in alten Gleisen. Von diesen neuen Behelfen weiss sie noch keinen rechten Gebrauch zu machen. Es kann aber nicht bezweifelt werden, dass hier neue Wege erfolgreich zu beschreiten sind. Es gilt, das graphische Blatt, das Skioptikon und die Kinematographie der politischen Agitation dienstbar zu machen.

Die graphische Darstellung ist der Parteipresse nichts Fremdes mehr. Freilich muss im Interesse der Sache aufs strengste gefordert werden, dass die gebotenen Illustrationen — soweit dies die Technik des Zeitungsbetriebes zulässt — allen künstlerischen Möglichkeiten genügen. Ein verzeichnetes Bild verfehlt seinen Zweck, es gleicht einem falschen Ton, einem missglückten Satzgefüge. Eine Reihe schlechter Bilder aber wird zu einer direkten Gefahr und führt zum Verderb des Anschauungsvermögens. Der schlechte Zeichner zeichnet immer schlecht, gleichgültig ob er die goldene Hochzeit eines Selchmeisters oder den Demonstrationszug einer Viertelmillion Arbeiter darstellt. Die Illustration



tionen der Arbeiterpresse müssen sich von denen der bürgerlichen Bilderpresse nicht nur durch die Wahl der Stoffe, sondern ebenso auch durch ihre künstlerischen Werte unterscheiden. Wird dieses Prinzip beachtet, dann sollte die Illustration keineswegs nur auf die Rubrik der Tagesneuigkeiten beschränkt bleiben. Der Leitartikel über das Wohnungswesen, der sozialpolitische Aufsatz über die Gefahren der Bergarbeit, die Gerichtssaalnotiz über Lehrlingselend, das Feuilleton über Alkoholismus, aber auch unsere Broschüren und Bücher — auch sie könnten mitunter durch ein Bild an Wirkungskraft gewinnen. Vor allem wäre die Anwendung der Kunstwartmethode (zwei Bilder als Beispiel und Gegenbeispiel) für die Veranschaulichung krasser Klassegegensätze gut denkbar. Eine Klischeezentrale für die Parteipresse hätte hier viel segensreiche Arbeit zu leisten.

Aber nicht das Bild allein verdient unsere besondere Beachtung, sondern die graphische Darstellung überhaupt, vorzüglich die graphische Darstellung statistischer Ergebnisse. Die originellen und augensichtlichen Methoden dieser Art, das Diagramm, die graphische Addition und Subtraktion, die Profilpartitur, das Kraftkartogramm — man wird sie in den Druckwerken unserer Parteiverlage noch vergebens suchen. Immer pflanzen sich noch vor den Blicken des hilflosen Lesers die umständlichen Zahlenkolonnen auf, wo das Zickzack einer Kurve viel offenkundlicher zu sprechen vermöchte. Unsere Schriftsteller sollen das bedenken. Mit Recht sieht Professor Reyer in den graphischen Partituren eine neue Weltsprache, sie gestatten „in höherem Masse als Wort und Zahl einen umfassenden Ueberblick, sie offenbaren sofort Kontraste, sie regen Gedanken, Kombinationen und Schlüsse an und erleichtern die Prognose“. Es wäre schön, wenn sich die politische Agitation der Methoden der graphischen Darstellung bemächtigen wollte.

Ferner sollten wir die Vorführung von Lichtbildern an unseren Vereinsabenden und in unseren Kursstunden zu fördern bestrebt sein. Wie oft tritt der Referent in einen Kreis von Arbeitern, die nach schwerem Tagdienst müd und stumpf dasitzen. Ein farbiges Bild weckt ihre Freude und beschwingt ihr Vorstellungsvermögen. Man hat vielleicht noch zu wenig nachgedacht, wie viele Vorträge durch ein paar Lichtbilder an Verständlichkeit und Lebhaftigkeit gewinnen würden. Wohl lässt sich die Anwendbarkeit des Skioptikons nicht so weit spannen, wie es sich jüngst ein reichsdeutscher Krämerverein dachte, der an einen berühmten Philosophen herantrat mit der Bitte um einen Lichtbildervortrag über das Wesen der Seele; aber das erscheint mir als gesichert, dass die Einführung von Lichtbildern unsere meisten Vereinsvorträge nur interessanter und lehrreicher gestalten würden. Vielleicht liesse sich auch manche Volksversammlung vom Skioptikon erobern. Die österreichische Genossenschaftsbewegung hat ja bereits die Propagandakraft des Lichtbildes erprobt. Die Experimentierlust könnte hier noch manche Ueberraschung bringen. Jedenfalls sollte unser Reichsbildungsausschuss in Verbindung mit dem reichsdeutschen Bildungsausschuss einen Katalog von Diapositiven veröffentlichen.

Von grosser Bedeutung wäre es schliesslich, wenn wir auch die Kinematographie der agitatorischen Praxis nicht länger fernhielten. Nur der Ununterrichtete wird lächeln, wenn er hört, dass die amerikanische Geistlichkeit dem Kinematogramm bereits das Kirchentor geöffnet hat. Wir beurteilen die Kinematographie zu sehr nach der Wirkung, die auf uns die alltäglichen Films der Kinotheater machen. In Wahrheit ist die Kinematographie ein wunderbarer Triumph des menschlichen Strebens nach Anschaulichkeit. In ihr bergen sich noch unerkannte, unübertreffliche Bildungswerte. Nichts könnte die Erkenntnis dessen, was ist, den Massen so nahe bringen als die Kinematographie. Die Kinotheater lassen zumeist nur „Kunstfilms“ und Naturaufnahmen sehen. Die Darstellung des gesellschaftlichen Lebens, der wirtschaftlichen Vorgänge wird kaum gepflegt. Das ist kein Zufall. Die unmittelbare Lebendigkeit der kapitalistischen Wirtschaft spricht eine Sprache, die nicht allen ein Vergnügen bedeuten kann. Für die Arbeiterschaft wäre es freilich eine Quelle der höchsten Belehrung, wenn ihr durch Kinematogramme der Blick in die tausendfachen Grossbetriebe als die Stätten der kommenden Sozialisierung erschlossen würden. Das technologische Wissen, das gerade für den Sozialisten unerlässlich ist, gewänne reiche Nahrung, und Wirklichkeitssinn wie weiterschaffende



Phantasie kämen derart zu rechtem Grund und Wurzelhalt. Wollten sich zum Beispiel die österreichischen Arbeiterheimunternehmungen zusammenschliessen, so könnten sie uns zu solchen Films verhelfen und der sozialistischen Bewegung wäre ein neues und wichtiges Propagandamittel gewonnen.

Das sind einige Andeutungen und Anregungen. Das Thema selbst ist ebenso interessant als unerschöpflich. Die Freude am Schauen wurzelt tief in der künstlerischen Natur der Masse und sie sucht um so sehnlicher ihre Betätigung, je grausamer sie in das Grau der Grossstadt gezwängt wird. Wir sollten das nicht länger übersehen. Der Kapitalismus ist schon einige Zeit daran, sie durch wertlose, aber profitable Schaustellungen zu verderben und in wirklichkeitsfremde und also für ihn gefahrlose Bahnen abzulenken. Aber auch die Augenkultur ist ein Ding, um das wir uns zu kümmern haben. Wir wollen das Proletariat in allen seinen Regungen zur Mündigkeit und Selbständigkeit hinführen. Das kann nicht gelingen, wenn wir nicht auch das Sehen jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin zu einer eigenen und bewussten Betätigung auszugestalten wissen. „Schon mein Schauen ist Denken“, konnte Goethe bekennen. Wir wachsen der grossen Wende um so rascher entgegen, je grösser die Zahl der Arbeiter wird, deren Schauen schon Denken bedeutet.

## Rundschau

### Bildungsarbeit

Der Unterrichtsausschuss der Wiener Arbeiterorganisationen hat in Nr. 8 seines Organes „Bildungsarbeit“ den Bericht über seine Tätigkeit in der Zeit vom 1. Juli 1909 bis 30. Juni 1910 veröffentlicht. Dem Unterrichtsausschuss sind 344 Vereine mit 87.743 Mitgliedern angeschlossen. Die Vortragsvermittlung des Ausschusses hat 315 Organisationen insgesamt 1267 Einzelvorträge vermittelt. Ausserdem wurden 77 Vortragszyklen mit 393 Vorträgen und 82 Unterrichtskurse mit 1946 Unterrichtsstunden veranstaltet. Die Arbeiterschule, an der im ersten Kurs an 63, im zweiten Kurs an 61 Abenden unterrichtet wurde, ist hiebei nicht mitgezählt. Die „Bildungsarbeit“ hat 2135 Abonnenten. Durch den Unterrichtsausschuss wurden 2614 Arbeiterkarten für die volkstümlichen Hochschulkurse abgesetzt. Die Arbeitsleistung des Wiener Unterrichtsausschusses ist überraschend gross — Wien bietet heute den Arbeitern mehr Gelegenheit zur Fortbildung als jede andere Stadt der Welt. Zur Fortbildung vor allem im wissenschaftlichen Sozialismus! Von den 1267 Einzelvorträgen behandelten 21·2 Prozent den Sozialismus, 19·6 Prozent die Geschichte, 12·9 Prozent Politik und Sozialpolitik. Von den 77 Vortragszyklen behandelten 44 sozialistische, geschichtliche und politische Themen! Andererseits zeigt der Bericht aber auch, dass die Wiener Arbeiter von dieser Bildungsgelegenheit in ganz unzureichendem Masse Gebrauch machen. Nur zwei Fünftel aller Gewerkschaftsortsgruppen lassen

überhaupt Einzelvorträge abhalten, nur etwa fünf Vorträge im Jahre entfallen durchschnittlich auf diese Ortsgruppen, nur etwa die Hälfte der organisierten Arbeiter Wiens hört auch nur einmal im Jahre einen Vortrag. Die Gesamtzahl der Besucher der 77 Zyklen beträgt nur etwa 6000! Das ist ein beschämendes Ergebnis! Unsere Vertrauensmänner sollten den Bericht des Unterrichtsausschusses in der „Bildungsarbeit“ sehr sorgfältig studieren und an die Behebung der Mängel dieser Arbeit ihre ganze Kraft setzen! Jede Ortsgruppe soll in jedem Jahre wenigstens acht Einzelvorträge halten und einen möglichst grossen Teil ihrer Mitglieder zu regelmässigem Besuch der Vortragszyklen über sozialistische Themen verhalten — das sind unsere nächsten Forderungen auf diesem Gebiet! Für die Zukunft der Arbeiterbewegung ist die sozialistische Bildungsarbeit wichtiger als manche aufregende politische Aktion!

### Die Prager Konferenz

Am 25. September hielt die tschechische Sozialdemokratie in Prag eine Konferenz ab, in der über die Ergebnisse des Kopenhagener Kongresses verhandelt wurde. Ueber den Konflikt selbst sprechen wir an anderer Stelle. Hier nur einige Einzelheiten zur Ergänzung.

Genosse Soukup erzählte, dass die tschechischen Zentralisten in Kopenhagen im Namen von 118.000 tschechischen Arbeitern gesprochen haben. Er fügte hinzu: „Ich weiss nicht, woher diese Zahl genommen wurde. Es ist aber eine Tatsache, dass, wenn wir früher eine solche Statistik



forderten, sie uns verweigert wurde. Wir haben es also wenigstens in Kopenhagen erfahren. „Wir wollen dem Genossen Soukup verraten, dass diese Zahl, — die Auflage der tschechischen Fachblätter der Reichsgewerkschaften — dem offiziellen Bericht der Gewerkschaftskommission über das Jahr 1909 entnommen ist. Der Genosse Soukup sollte doch die Gewerkschaftsberichte lesen!

Genosse Němec erzählte: „Wir haben schon 1893 in Budweis erklärt, dass wir eine selbständige Partei sind. Wir haben erklärt, dass wir zwar ein gemeinsames Programm mit den deutschen Genossen haben, dass wir immer bereit sind, in grossen Sachen gemeinsam vorzugehen, dass aber im übrigen die tschechische Partei vollkommen selbständig ist und über ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig entscheidet.“ Diese Erklärung wurde mit Händeklatschen begrüsst. Gibt es in Oesterreich noch eine internationale sozialdemokratische Gesamtpartei? Unterwerfen sich die tschechischen Genossen noch der Mehrheitsentscheidung eines Gesamtparteitages? Das muss festgestellt werden.

Genosse Němec hat in Prag die heftigsten Angriffe gegen Viktor Adler gerichtet. Jahrelang haben die Herren Klofač, Choc und Fresl die tschechischen Genossen verhöhnt, dass sie sich von Adler „kommandieren“ lassen. Nun beschimpfen die tschechischen Genossen Adler, um sich von diesem Vorwurf zu reinigen. An einen Mann von der historischen Bedeutung Adlers reichen diese Angriffe natürlich nicht hinan; aber sie verletzen die Empfindungen vieler anderer Genossen. Wir haben an den sachlichen Differenzen genug: wollen die tschechischen Genossen die Schwierigkeiten noch durch persönliche Erbitterung steigern?

Für die Qualität dieser Angriffe nur ein Beispiel: Zu den Sitzungen des Internationalen Bureaus hatten alle Vertreter der sozialistischen Tagespresse Zutritt. Genosse Nadvornik, der als Vertreter des Brünner zentralistischen Blattes „Proletár“ in Kopenhagen war, sah, dass viele Journalisten das Beratungszimmer des Bureaus betraten; er glaubte sich daher gleichfalls dazu berechtigt und wollte auch an einer Sitzung teilnehmen. Er betrat, natürlich ganz allein, den Sitzungssaal. Sofort ging Adler, von Soukup darauf aufmerksam gemacht, auf ihn zu und klärte ihn über seinen Irrtum auf; nur die Vertreter der Tagespresse, nicht er, der ein nur zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt vertrete, dürfe den Beratungen beiwohnen. Nadvornik verliess hierauf den Saal. Genosse Němec war bei dieser Szene, die übrigens vollständig unbeachtet geblieben ist, ebenso anwesend wie ich; dies hindert ihn

nicht, in Prag im Tone höchster Entrüstung zu erzählen, „dass Adler sich erdreistet habe, den aus unserer Partei hinausgeworfenen Menschen ostentativ in das internationale Sekretariat hineinzuführen“.

Nach dieser Probe wird man es uns wohl ersparen, andere Beispiele separatistischer Argumentation anzuführen. Wir wollen den tschechischen Genossen nur sagen: Wer den Frieden will, darf die Stimmung nicht durch den Gebrauch solcher Kampfmittel verbittern. O. B.

## Separatistische Erziehungsarbeit

Die Separatisten greifen seit Monaten die deutsch österreichischen Sozialdemokraten überaus heftig an. Nun, nach Kopenhagen, wird dieselbe Kampfmethodik auch gegen die Genossen der anderen Länder angewendet. Eine kleine Probe mag illustrieren, wie die tschechische Arbeiterschaft zu internationaler Gesinnung erzogen wird. Im „Právo Lidu“ vom 24. September schreibt Genosse Němec:

„Es haben uns Leute gerichtet, die zu Hause ihre Verhältnisse nicht in Ordnung zu bringen verstehen und sich selber untereinander raufen, dass es ein Jammer ist, es zu erzählen — Russen, Polen, Holländer, Deutsche, Franzosen, Engländer, Bulgaren. Es haben uns Leute gerichtet, die es nicht zustande bringen, sich untereinander auch nur im entferntesten über ein einheitliches sozialistisches Prinzip in Programm und Taktik zu verständigen. Und diese Leute verurteilten uns darum, weil wir eine andere Ansicht über die Form der gewerkschaftlichen Organisation haben! Und diese Leute nannten uns Verräter und Verbrecher an der Arbeiterbewegung, obwohl viele von ihnen kaum jemals in irgendeiner Arbeiterorganisation gearbeitet haben. Wir nennen nur Plechanow, der einen abgespaltenen Teil der russischen Sozialisten vertritt und in der Schweiz lebt, Karski, der die russischen Polen vertritt und Redakteur des Blattes der deutschen Sozialdemokratie in Leipzig ist, Walewski, der eine andere polnische Partei vertritt und in Paris lebt, den jungen Adler, der in Zürich lebt, u. s. w. Der Genosse Legien aus Deutschland, dieser alte Feind der tschechischen Arbeiter, warf uns schliesslich aus der Internationale hinaus.“ O. B.

## Verfassungskämpfe

Grosse Verfassungskämpfe werden den Arbeitern keines Landes erspart bleiben. Ist in den Staaten des europäischen Festlandes der Kampf um die Demokratisierung der Gesetzgebung und der Verwaltung eine Hauptaufgabe der Arbeiterklasse, so erscheint in den demokratisch re-



gierten angelsächsischen Ländern die übergrosse Macht der Gerichte als das grösste Hindernis des proletarischen Kampfes. In England haben gewerkschaftsfeindliche Gerichtsentscheidungen die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei herbeigeführt und heute zwingt der Osborne-Entscheid, der den Gewerkschaften die politische Betätigung unmöglich machen will, die Gewerkschaften zum politischen Kampf um ihr politisches Recht. Viel komplizierter ist das Problem in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dort stören die Richter nicht nur durch Einhaltsbefehle gegen streikende Arbeiter und ihre Organisationen die Lohnkämpfe, sie missbrauchen auch das ihnen eingeräumte Recht, die Verfassungsmässigkeit der Gesetze zu überprüfen, immer wieder dazu, Arbeiterschutzgesetze mit der Begründung umzustossen, dass sie der Bundesverfassung widersprechen.

Ganz ähnliche Probleme tauchen nun auch in Australien auf. Dort hat die Arbeiterpartei einen sehr interessanten Versuch unternommen, an den Extraprofiten, die die Schutzzölle den Unternehmern garantieren, auch den Arbeitern einen Anteil zu sichern. Sie hat im Bundesparlament ein Gesetz durchgebracht, das den Unternehmern gewisser durch Schutzzölle begünstigter Industrien eine hohe Steuer auferlegt, die den Gewinn aus dem Schutzzolle reichlich aufwiegt, die aber nicht bezahlt werden muss, wenn die Unternehmer den in ihrem Solde stehenden

Arbeitern die auf Grund des Gesetzes zu bestimmenden Arbeitsbedingungen (Minimallohn und Maximalarbeitszeit) gewähren. New protection, „neues Schutzsystem“, wurde diese Verknüpfung des Schutzzolls mit dem Arbeiterschutz getauft. Nun hat aber das Bundesgericht dieses Gesetz für ungültig erklärt und dies damit begründet, dass das Bundesparlament durch die Erlassung dieses Gesetzes seine Kompetenz überschritten, in die Kompetenz der Gesetzgebung der Einzelstaaten eingegriffen habe. Es scheint, dass die Arbeiter Australiens auf diese Weise in denselben politischen Kampf gedrängt werden sollen wie die der Vereinigten Staaten von Amerika: in den Kampf um die Ausdehnung der Rechte der Bundesgesetzgebung gegen die Gesetzgebung der Einzelstaaten — Zentralismus gegen Föderalismus! — und um die Beschränkung der Macht der Gerichte zugunsten der Gesetzgebung. Dieser Verfassungskampf ist aber desto schwieriger zu führen, da die Bundesverfassungen selbst das grösste Hindernis ihrer Abänderung sind, ihre Abänderung auf gesetzlichem Wege schier unmöglich erscheint. Selbst in den demokratischsten Ländern der Welt ist es nicht undenkbar, dass der Klassenkampf nicht anders entschieden werden kann als in einer revolutionären Erhebung, die die föderalistischen Verfassungen umstösst, den Bund der Arbeiter zum Herrn des Staatenbundes macht und die revolutionäre Masse zum Richter über die Gerichte.

## Bücherschau

### Parteigeschichte

Eine gut geschriebene Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, die nun fast ein halbes Jahrhundert umfasst, würde eines allgemeinen Bedürfnis in der Partei abhelfen. Aber wir werden auf ein solches Werk, das in der Ausführung auf nicht geringe Schwierigkeiten stösst, noch geraume Zeit warten müssen. Um so lebhafter ist es zu begrüssen, dass in dem kürzlich erschienenen Buch aus der Feder des Genossen Hannich — einem der ältesten Kampfgenossen in der Partei — wenigstens ein Anfang dazu gemacht wurde. Was uns Hannich in seinen „Erinnerungen“\* erzählt, reicht in die ersten Anfänge der politischen Organisation des österreichischen Proletariats zurück und die Aufzeichnungen verlieren nicht an Wert und Interesse durch den Umstand, dass sie sich vornehmlich mit der Entstehung und Entwicklung der nordböhmischen Arbeiterbewegung — mit Reichenberg als Zentrum — beschäftigen. Hat doch gerade unsere Parteibewegung im deutschen Böhmen, und hier wieder insbesondere jene des Reichenberger Gebietes, in den Organisationsbestrebungen

und Kämpfen der österreichischen Arbeiterschaft seit jeher eine bedeutende Rolle gespielt, war doch gerade Böhmen für uns nicht nur immer ein sehr fruchtbarer, sondern auch ein sehr heisser Boden.

In dem ihm eigenen, trockenen und nüchternen Stil, ohne überflüssiges Dekorationsbeiwerk, schildert der Verfasser in anschaulicher Weise das Entstehen der ersten, selbständigen Arbeiterorganisation im Reichenberger Talkessel mit seinen vielen kapitalistischen Zwingburgen. Einmal zum proletarischen Denken erwacht und stark beeinflusst durch die Agitationsschriften Lassalles, eilen die Arbeiter in hellen Scharen unter die Fahnen der Sozialdemokratie. Eine Reihe selbstlos und uneigennützig wirkender Männer — unter ihnen auch der Verfasser der „Erinnerungen“ — die nun fast alle der Grabhügel deckt, stellen sich an die Spitze der jungen Bewegung und wissen ihr durch Belehrung, unermüdete Agitation und organisatorisches Talent Ziel und Inhalt zu geben. Das war in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre. Begeisterung und grenzenlose Hingabe kennen keine Grenzen. Immer breitere Wellen wirft die Bewegung, trotzdem die Behörden schon recht frühzeitig sich abmühen, sie an der Ausbreitung zu hemmen und einzuengen. Die Organisation

\* Wiener Volksbuchhandlung. Preis 50 h. 100 Seiten. Oktav.



macht Fortschritte, Blätter werden gegründet, es gibt Demonstrationsversammlungen. Doch je mehr die Partei wächst, desto nervöser wird die Staatsgewalt, bis sie sich endlich in jener furchtbaren Reaktionsepoche austobt, die sich in der brutalen Unterdrückung der Organisation, in Verhaftungen der Vertrauensmänner, in Hausdurchsuchungen, Hochverrats- und Geheimbundprozessen äussert. Und neben den Gewalttaten, neben der rücksichtslosen Rechtsbeugung der Behörden, der unselige Bruderzwist im eigenen Lager, der wie im übrigen Oesterreich auch die nordböhmische Arbeiterschaft in „Gemässigte“ und „Radikale“ spaltete!

Das Buch des Genossen Hannich — es reicht in seinen Schilderungen bis in die Zeit kurz vor dem Hainfelder Parteitag — ist eine fleissige Arbeit und es konnte so, wie es geschrieben ist, nur von einem Genossen geschrieben werden, der selbst mitten in den Kämpfen der damaligen Zeit stand und am eigenen Leibe erfahren hat, was es vor dreissig und mehr Jahren bedeutet hat, Sozialdemokrat zu sein. Es wird nicht nur von den jüngeren Genossen, denen jene vergangenen Zeiten mehr oder minder fremd sind, mit Interesse und Nutzen gelesen werden, es bildet auch für den zukünftigen Geschichtschreiber der Partei einen wertvollen Behelf. Eduard Rieger.

## Deutsche Parteiliteratur

Die Wiener Volksbuchhandlung hat unsere Propagandaliteratur um eine Schrift des Genossen Robert Danneberg über „Das sozialdemokratische Programm“ bereichert. Danneberg beginnt seine Darstellung mit einer Skizze der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise. Leider vermissen wir hier die Darstellung der österreichischen Entwicklung; gerade die Entseignung der böhmischen Ritterschaft und der bäuerlichen Volksmasse Böhmens und die Geschichte des österreichischen Merkantilismus hätten packende Beispiele der ursprünglichen Akkumulation geboten. Auf die historische Skizze folgt eine vortreffliche Darstellung der Entwicklung der kapitalistischen Betriebsformen und der sozialen Wirkungen der technischen Umwälzung. Weniger gelungen scheint uns der gerade für Oesterreich so wichtige Abschnitt über die Wirkungen der kapitalistischen Entwicklung auf den „Mittelstand“; die Entwicklung der Landwirtschaft wird nur gestreift, die Darstellung der Entwicklung des Detailhandels geht auf die verschiedenen Formen des kapitalistischen Detailhandels nicht ein, auch die Darstellung des Niederganges des Handwerks sollte ausführlicher sein, die verschiedenen Formen des Niederganges noch schärfer unterscheiden. An diesen Abschnitt reiht Danneberg eine sehr gute Darstellung der Aktiengesellschaften, der Kartelle, der Trusts, der Banken, an; dagegen vermissen wir hier eine Darstellung der neuesten technischen Entwicklung des Kapitalismus, insbesondere der technischen Ursachen der Ueberlegenheit des Grossbetriebes, der fortschreitenden Automatisierung des Produktionsprozesses und ihres Einflusses auf die Qualifikation der Arbeit (wofür Danneberg selbst im Kapitel über die industrielle Reservearmee einige

gute Beispiele gibt), der Vorteile der modernen Produktionszusammenfassungen, wie sie Parvus in seiner jüngsten Broschüre „Der Staat, die Industrie und der Sozialismus“ (Seite 118 bis 134) so anschaulich zusammengefasst hat. Auch die Rolle des Staates in der gesellschaftlichen Entwicklung hätte eine ausführlichere Erörterung verdient: die Kritik der Mittelstandspolitik wäre gerade in Oesterreich notwendig, der moderne Staatskapitalismus wird eine immer ausgedehntere, immer wichtigere Erscheinung. Sehr gut, vom revolutionären Geiste des Marx'schen Sozialismus erfüllt, ist der letzte Abschnitt, der vom Klassenkampf des Proletariats handelt.

Danneberg hat in seiner Broschüre den grössten Teil der neuen Parteiliteratur und viele Abhandlungen aus Zeitungen und Zeitschriften verarbeitet. Dass er in der Regel darauf verzichtet hat, seine Quellen anzugeben, wäre vielleicht nicht notwendig gewesen. Die Darstellung ist schlicht, sehr leicht verständlich, aber auch lebendig und wirksam. Unserer Bildungsarbeit hat Danneberg gerade das gegeben, was sie am dringendsten gebraucht hat. Das Büchlein ist nicht nur für jeden Arbeiter eine vortreffliche Einführung in den Sozialismus, es wird auch jedem schon geschulten Genossen einen Schatz wichtiger Tatsachen und anregender Gedanken geben. Es gehört unbedingt in jede Arbeiterbibliothek. Unseren Rednern, unseren Vortragenden wird es die Vorbereitung zu Vortragsreihen über das Parteiprogramm und zu Einzelvorträgen über einzelne soziale Fragen sehr erleichtern. Unsere Organisationen können die Verbreitung sozialistischer Erkenntnis in der Arbeiterschaft nicht wirksamer fördern, als wenn sie für die Massenverbreitung dieser Broschüre sorgen; sie sollten das Büchlein wenigstens jedem Vertrauensmann, womöglich jedem organisierten Arbeiter in die Hand geben! Nur möchten wir nicht, dass die neue Programmschrift Kautskys älteres Buch „Das Erfurter Programm“ verdrängt. Dannebergs Büchlein enthält zwar weit mehr ökonomisches Tatsachenmaterial als Kautskys Buch und es ist insbesondere den Bedürfnissen der österreichischen Arbeiter natürlich besser angepasst. Anderseits aber bleibt Kautskys Darstellung unseres Programms in ihrer klassischen Klarheit unübertroffen und sie erörtert gerade die Probleme ausführlich, die Danneberg nur streift. Die beiden Bücher ergänzen einander; sie sollen in unseren Bibliotheken nebeneinander stehen.

Von der „Teuerung in der Schweiz“ handelt eine Broschüre, die vom Sekretariat des Schweizer Gewerkschaftsbundes in Bern herausgegeben wurde. In vielen interessanten Tabellen wird der Umfang der Teuerung dargestellt. Die Ursachen der Teuerung werden im ganzen zutreffend gezeigt; die Darstellung deckt sich hier in fast allen Punkten mit der Darstellung meiner Broschüre über die Teuerung. Die Teuerung wird nicht nur auf die Massnahmen der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung, sondern auf die Grundgebrechen der kapitalistischen Produktionsweise zurückgeführt. Die von Huggler verfasste Broschüre wird unseren Genossen in der Schweiz, nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch der Partei gute Dienste leisten. O. B.